Gutachten

über die

voraussichtliche Gebarung der

gesetzlichen Pensionsversicherung

in den Jahren 2026 bis 2031

gemäß

§ 2 Abs. 1 Z 1 Alterssicherungskommissions-Gesetz

Wien, November 2026

(Beschluss durch die Alterssicherungskommission am 27.11.2026)

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung 2

2 Voraussetzungen 4

2.1 Gesetzliche Grundlagen 4
2.2 Datenquellen 5

3 Finanzierung der gesetzlichen Pensionsversicherung, Bundesbeitrag, Bundesmittel 6

3.1 Beiträge für Teilversicherte 9
3.2 Partnerleistung 10
3.3 Sonstige Beitragsübernahmen 11
3.3.1 Bundesbeitrag für Erhöhung der Beitragsgrundlage im BSVG 11
3.3.2 Beitragsübernahme bei Erwerbstätigkeit neben Pensionsbezug 11
3.3.3 Beitragsübernahme bei Erwerbstätigkeit nach Erreichung des Regelpensionsalters 11
3.3.4 Beitragsgutschrift „Dürrepaket“ 11
3.4 Ausfallhaftung 12
3.5 Ersatz des Ausgleichszulagenaufwandes 12

4 Entwicklung der Bundesmittel 14

4.1 Zerlegung der Bundesmitteldynamik im Prognosezeitraum 19
4.2 Entwicklung der Ausgleichszulagen 21

5 Pensionsaufwand 23

5.1 Pensionsstand 26
5.1.1 Bestimmende Faktoren des Pensionsstandes 26
5.1.2 Zugang in die Alterspension 29
5.1.3 Entwicklung des Pensionsstandes 34
5.2 Pensionshöhe 37
5.2.1 Pensionsanpassung 37
5.2.2 Struktureffekt 38
5.2.3 Entwicklung der Durchschnittspension 41
5.2.4 Pensionsleistungen - Pensionsbezieher 43

6 Beitragseinnahmen aus Pflichtbeiträgen 44

6.1 Zusammenhänge mit der wirtschaftlichen Entwicklung 44
6.2 Entwicklung der Pflichtbeiträge 46
6.2.1 Beitragssätze 47
6.2.2 Entwicklung des Versichertenstandes 48
6.2.3 Entwicklung der Beitragsgrundlagen 50

7 Kennzahlen 52

7.1 Pensionsquoten 52
7.2 Deckungsquoten 53

8 Vergleich mit früheren Gutachten 55

8.1 Vorjahresgutachten 55
8.2 Entwicklungspfade vergangener Gutachten 58

9 Anlagen 62

9.1 Aktuelle gesetzliche Änderungen mit Auswirkung auf die Finanzierung der gesetzlichen PV 62
9.2 Rehabilitation vor Pension – „IP neu“ 66
9.3 Anpassung und Aufwertung 69
9.4 Prognoserisiken 76
9.5 Abbildungsverzeichnis 79
9.6 Tabellenverzeichnis 80
9.7 Übersichten, Gebarungstabellen und Zeitreihen 81

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AlVG	Arbeitslosenversicherungsgesetz
AMPFG	Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz
AMS	Arbeitsmarktservice
AP	Alterspensionen
APG	Allgemeines Pensionsgesetz
Art.	Artikel
ASVG	Allgemeines Sozialversicherungsgesetz
AWZ	Aufwertungszahl
AZ	Ausgleichszulage
BB	Bundesbeitrag
BBG	Budgetbegleitgesetz
BGBl.	Bundesgesetzblatt
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BM	Bundesministerium
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BSVG	Bauern-Sozialversicherungsgesetz
BVAEB	Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau
FLAF	Familienlastenausgleichsfonds
FSVG	Freiberuflichen-Sozialversicherungsgesetz
GSVG	Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz
IP	Invaliditätspensionen
KEZ	Kindererziehungszeiten
KV	Krankenversicherung
Mio.	Millionen
Mrd.	Milliarden
Nr.	Nummer
NSchG	Nachtschwerarbeitsgesetz
ÖBB	Österreichische Bundesbahnen
PAG	Pensionsanpassungsgesetz
PV	Pensionsversicherung
PVA	Pensionsversicherungsanstalt
UG21	Budgetuntergliederung UG21 (Soziales und Konsumentenschutz)
UG22	Budgetuntergliederung UG22 (Pensionsversicherung)
VAEB	Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau
VPI	Verbraucherpreisindex
WIFO	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

1 Einleitung

Für die schon seit 2020 von unterschiedlichen Krisen geprägte Finanzierungssituation der gesetzlichen Pensionsversicherung zeichnet sich 2026 eine leichte Erholung ab. Die markanten Anstiege der Bundesmittel der Jahre 2020, 2023, 2024 und 2025 sind heuer und auch im Prognosezeitraum des vorliegenden Gutachtens nicht mehr zu erwarten.

Zuvor allerdings haben Covid-Pandemie, der Energiepreisschock infolge des russisch-ukrainischen Krieges, die darauffolgenden zwei Rezessionsjahre und zuletzt der Irankrieg 2026 die Rahmenbedingungen der Pensionsversicherung beträchtlich erschwert und den Anteil der Bundesmittel am Bruttoinlandsprodukt sowie den Anteil der Bundesmittel an den Gesamtausgaben des Bundes auf Werte steigen lassen, die in dieser Höhe bisher nicht zu beobachten waren. Es ist absehbar, dass die Diskussion über die Frage, ob die Pensionsversicherung nachhaltig ausgestaltet ist, anhalten wird, da derzeit nicht davon ausgegangen werden kann, dass die dezente wirtschaftliche Erholung, die in den nächsten Jahren erwartet wird, ausreicht, um die besagten Kennzahlen wieder sinken zu lassen. In der Diskussion über die Höhe der Bundesmittel sollte aber nicht unberücksichtigt bleiben, dass deren absolute Höhe nicht alleine auf die Pensionsversicherung im engeren Sinn zurückzuführen ist. Die Gebarung der Pensionsversicherungsträger enthält einige Aufwandsarten, die mit Pensionen nicht unmittelbar zu tun haben. Jüngstes Beispiel dafür ist die Anhebung des Beitragssatzes zur Krankenversicherung im Jahr 2025. Alleine diese Maßnahme hat aufgrund der Zuzahlungen der Träger zur Krankenversicherung den Anteil der Bundesmittel am Bruttoinlandsprodukt nachhaltig um rund 0,1 %-Punkte erhöht. Daneben wurden aber auch bereits einige kostendämpfende Maßnahmen getroffen und zeigen Wirkung. Konkret etwa die Verschärfungen der Zugangsvoraussetzungen in die Korridorpension, oder die verminderte Pensionsanpassung 2027. Durch diese Maßnahmen tragen beide relevanten Gruppen zur Stabilisierung des Systems bei: Menschen, die bereits eine Pension beziehen, und Menschen die künftig eine Pension beziehen werden.

Eine zentrale Herausforderung für die Pensionsversicherung bleibt nach wie vor die Beschäftigungsentwicklung. Eine Erholung wird zwar auch in diesem Bereich erwartet, so dass im Prognosezeitraum dieses Gutachtens die Zahl der pensionsversicherten Erwerbstätigen mit der Zahl der Pensionen Schritt halten wird. Das Zahlenverhältnis zwischen den beiden Gruppen wird sich, nach einer Verschlechterung in den

Krisenjahren, bei 1,70, also auf einem etwas niedrigeren Niveau als vor 2020 einpendeln. Um jedoch die Wachstumsraten der Bundesmittel auf einen Wert zu bringen, der annähernd dem Wirtschaftswachstum entspricht, müsste die Zahl der Erwerbstätigen etwas stärker steigen, als die Zahl der Pensionen. Dieses Erfordernis ergibt sich daraus, dass die durchschnittliche Pension stärker steigt, als die durchschnittliche Beitragsgrundlage.

Neu im vorliegenden Gutachten ist ein Kapitel, in dem die Prognosen seit 2016 mit den danach realisierten Ergebnissen verglichen werden. Dieses zeigt auf anschauliche Weise, wie stark die Entwicklungen in der Pensionsversicherung von wirtschaftlichen Rahmenbedingungen abhängen. Die Zahl der Gutachten, die den tatsächlichen Kostenverlauf überschätzt haben, hält sich in etwa die Waage mit der Zahl der Gutachten, die ihn unterschätzt haben. Die Analyse der Abweichungen verdeutlicht einmal mehr, dass die Prognose konjunkturabhängiger Größen immer nur ein Szenario unter vielen möglichen darstellt, nämlich jenes, das mit den zum jeweiligen Prognosezeitpunkt wahrscheinlichsten Annahmen übereinstimmt.

2 Voraussetzungen

2.1 Gesetzliche Grundlagen

Mit 1. Jänner 2017 ist das Bundesgesetz zur Einrichtung einer Kommission zur langfristigen Finanzierung der Alterssicherungssysteme (Alterssicherungskommissions-Gesetz) in Kraft getreten (BGBl. I Nr. 29/2017). Darin sind die Aufgaben, die Zusammensetzung, die Geschäftsordnung und die Abdeckung der Kosten der beim Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz einzurichtenden Kommission zur langfristigen Finanzierung der Alterssicherungssysteme geregelt.

Gemäß § 2 Abs. 1 Z 1 dieses Gesetzes ist bis längstens 30. November eines jeden Jahres ein Gutachten über die voraussichtliche Gebarung der gesetzlichen Pensionsversicherung sowie über die Kostenentwicklung der Pensionen der Beamten des Bundes, der Länder und der Gemeinden für die folgenden fünf Jahre zu erstatten.

Gemäß § 10 Abs. 1 sind die Bürogeschäfte zu führen:

1. bezüglich der gesetzlichen Pensionsversicherung vom Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz;
2. bezüglich der Pensionen der Beamten des Bundes, der Länder und der Gemeinden vom Bundesministerium für Finanzen (BMF).

Im vorliegenden Gutachten wird gemäß § 2 Abs. 2 die voraussichtliche Gebarung der gesetzlichen Pensionsversicherung für die nächsten fünf Jahre dargestellt. Die Kostenentwicklung der Pensionen der Beamten ist vom Bundesministerium für Finanzen darzustellen.

Für den gesamten Prognosezeitraum wird von der geltenden Rechtslage ausgegangen.

2.2 Datenquellen

Hinsichtlich der verwendeten Wirtschaftsdaten ist die Grundlage des vorliegenden Gutachtens die Konjunkturprognose des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung (WIFO) vom 14. Oktober 2026. Für die Jahre ab 2028 wurde eine anhand dieser Konjunkturprognose aktualisierte mittelfristige Prognose des WIFO verwendet.

Diese Annahmen wurden, so wie in § 10 Abs. 3 Alterssicherungskommissions-Gesetz vorgesehen, mit dem BMF abgestimmt.

Basisjahr im vorliegenden Gutachten ist das Jahr 2025, da für dieses Jahr endgültige Daten aus dem Bereich der Pensionsversicherung (unter anderem Pensionsstände, Durchschnittspensionen, Versicherte und Beiträge) und auch endgültige Gebarungsdaten vorliegen. Die Änderungsraten in den Übersichten, auf die auch im Text Bezug genommen wird, beziehen sich daher auf dieses Basisjahr. Die Projektionen im Bereich der Beamten basieren auf Lohnsteuerdaten 2024. Da es bei den Beamten keine endgültigen Vollzugsdaten 2025 gibt, wird vom BMF der Zeitraum 2026 bis 2031 dargestellt (2026 ist das zweite Prognosejahr). Zur besseren Vergleichbarkeit wurden daher im vorliegenden Gutachten in den Übersichten neben den Änderungen in den einzelnen Jahren sowohl die Gesamtänderung 2025 bis 2031 als auch jene von 2026 bis 2031 dargestellt.

Die für die Berechnungen maßgeblichen Parameter sind in der ***Übersicht 1*** zusammengefasst.

Datengrundlage der dargestellten Tabellen und Grafiken sind neben eigenen Berechnungen die Statistischen Nachweisungen und laufende Monatsdaten der PV-Träger.

Berechnungen, die eine Bevölkerungs-/Geburtenprognose erfordern, beruhen auf zum Erstellungszeitpunkt des Berichtes aktuellen Daten der Statistik Austria.

Bei den vorliegenden Ergebnissen handelt es sich um nominelle Werte.

3 Finanzierung der gesetzlichen Pensionsversicherung, Bundesbeitrag, Bundesmittel

Die Finanzierung der gesetzlichen Pensionsversicherung erfolgt im Umlageverfahren, was bedeutet, dass laufende Ausgaben der Pensionsversicherungsträger durch laufende Einnahmen gedeckt werden.

Die laufenden Ausgaben werden primär durch den Pensionsaufwand bestimmt. Daneben erbringt die Pensionsversicherung aber auch Leistungen wie Gesundheitsvorsorge und Rehabilitation und leistet Krankenversicherungsbeiträge für die Pensionisten.

Die laufenden Einnahmen sind im Wesentlichen die Pensionsversicherungsbeiträge der pflichtversicherten Erwerbstätigen (=Pflichtbeiträge), Beiträge für Teilversicherte und die Partnerleistung des Bundes im Bereich der Selbständigen.

Die Einnahmen liegen üblicherweise unter den Ausgaben, die Differenz wird über die Ausfallhaftung des Bundes ausgeglichen. Die Ausfallhaftung ist jedoch nicht die einzige Zahlung, die vom Bund geleistet wird. Auch einen Teil der Beitragseinnahmen der Pensionsversicherung leistet der Bund. Dabei handelt es sich um Beiträge für bestimmte Personengruppen, die der Gesetzgeber dem Bund übertragen hat. Erstens leistet der Bund Beiträge für Teilversicherte, dabei handelt es sich grosso modo um Personengruppen, die zwar nicht erwerbstätig sind, für die der Gesetzgeber aber dennoch eine Pensionsversicherung vorgesehen hat (siehe Kapitel 3.1). Zweitens leistet der Bund die Partnerleistung, die dazu dient, die von Selbständigen (Bauern und Gewerbetreibenden) geleisteten Beiträge auf das in der Pensionsversicherung übliche Niveau von 22,8% der Beitragsgrundlage anzuheben (siehe Kapitel 3.2). Seit 2020 übernimmt der Bund für gesetzlich festgelegte Personengruppen Beiträge, die in der Gebarungsposition „sonstige Beitragsübernahmen“ zusammengefasst sind.

Der so genannte „Bundesbeitrag“ setzt sich daher zusammen aus:

- einem Teil der Beiträge für Teilversicherte (§ 52 Abs. 4 Z 1 ASVG, § 27e Z 1 GSVG, § 24e Z 1 BSVG)
- der Partnerleistung (§ 27 Abs. 2 Z 2 GSVG, § 8 FSVG, § 24 Abs. 2 Z 2 BSVG),
- sonstigen Beitragsübernahmen
    - Erhöhung der Beitragsgrundlage nach § 23 Abs. 6 Z 1 BSVG

  - Beitragsübernahme für erwerbstätige Pensionsbezieher nach § 54b ASVG, § 27g GSVG bzw. § 24g BSVG in den Jahren 2024 und 2025
  - Beitragsübernahme ab dem Jahr 2027 für Personen, die über das Regelpensionsalter hinaus arbeiten nach § 51 Abs. 7 ASVG, § 27 Abs. 6 GSVG, § 24 Abs. 6 BSVG, § 8 FSVG
  - Beitragsgutschrift nach § 419a BSVG im Jahr 2026
- der Ausfallhaftung des Bundes (§ 80 Abs. 1 ASVG, § 34 Abs. 1 GSVG, § 31 Abs. 1 BSVG)

Die folgende Abbildung veranschaulicht die Finanzierungsstruktur der Pensionsversicherung. Die Darstellung beruht auf den Zahlungen des Jahres 2025.

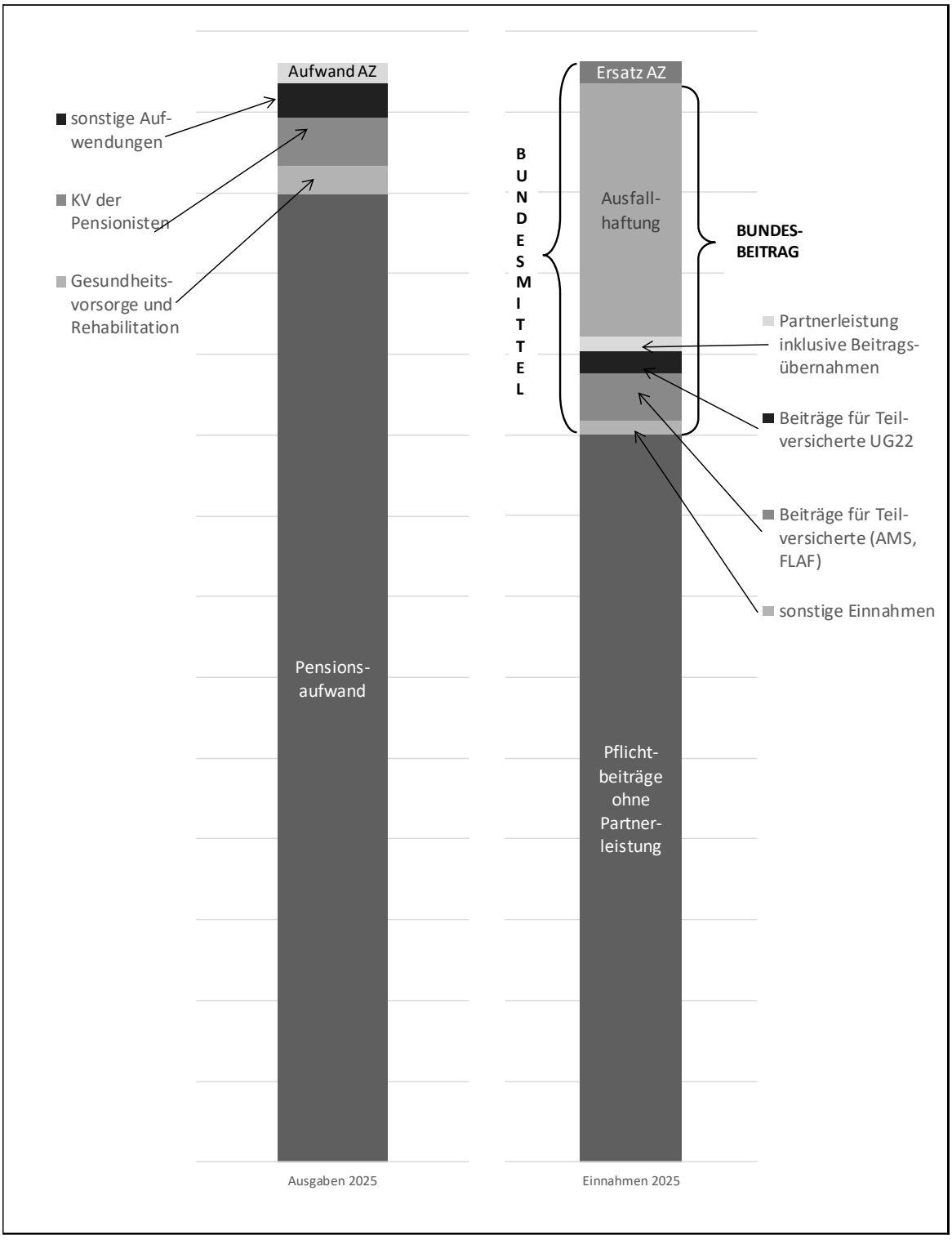


Abbildung 1: Ausgaben und Einnahmen gesetzliche Pensionsversicherung 2025

Der linke Balken stellt die Ausgabenseite der Pensionsversicherung dar, der rechte Balken die Einnahmenseite. Auf der Einnahmenseite finden sich auch jene Mittel, die aus dem Bundesbudget in die gesetzliche Pensionsversicherung fließen (Bundesmittel und jener Teil der Beiträge, die vom Arbeitsmarktservice bzw. dem Familienlastenausgleichsfonds zu leisten sind).

3.1 Beiträge für Teilversicherte

Zur Finanzierung der Beitragszeiten für Teilversicherte gemäß § 8 Abs. 1 Z 2 ASVG und § 52 Abs. 4 ASVG sowie den Parallelbestimmungen in GSVG und BSVG sind folgende Zahlungen vorgesehen:

Teilversicherte	**Tragung der Beiträge durch**
Bezieher einer Geldleistung nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz, dem Sonderunterstützungsgesetz, dem Überbrückungshilfegesetz und dem Arbeitsmarktservicegesetz oder von Umschulungsgeld (berufliche Rehabilitation)	Arbeitsmarktservice (AMS)
Zeitsoldaten	BM für Landesverteidigung
Kindererziehungszeiten bzw. Bezieher des Familienzeitbonus	75% Familienlastenausgleichsfonds (FLAF), 25% Bund (UG22)
Bezieher von Wochengeld, Sonderwochengeld, Krankengeld, Rehabilitationsgeld (medizinische Rehabilitation), Wiedereingliederungsgeld, Übergangsgeld; Präsenz- und Ausbildungsdienstleistende, Zivildiener; (in den Jahren 2012 und 2013 auch Bezieher einer Familienhospizkarenz)	Bund (UG22 – Pensionsversicherung)
Bezieher einer Leistung aufgrund Familienhospizkarenz, Pflegekarenz, Familienhospizteilzeit oder Pflegeteilzeit	seit 2014 Bund (UG21 – Soziales und Konsumentenschutz) ARÄG 2013, BGBl. 138/2013

Tabelle 1: Teilversicherte, Tragung der Beiträge

Insgesamt belaufen sich die Beiträge für Teilversicherte derzeit auf rund 4,3 Mrd. €. Die folgende Grafik zeigt die Zusammensetzung der Beiträge für Teilversicherte im Jahr 2025:

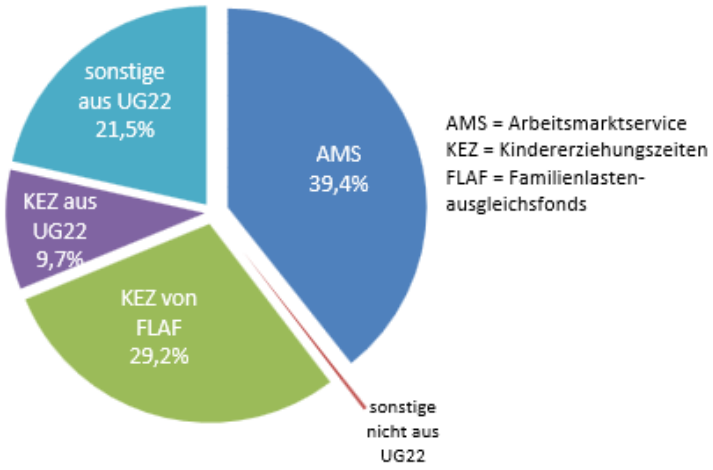


Abbildung 2: Zusammensetzung der Beiträge für Teilversicherte 2025

Die Höhe und die Entwicklung der einzelnen Zahlungsströme sind in der ***Übersicht 20*** dargestellt.

Der starke Anstieg bei der Leistung des AMS im Jahr 2020 (+42,9%) ist auf den Anstieg der Arbeitslosen von rund 301.000 im Jahr 2019 auf fast 410.000 im Jahr 2020 zurückzuführen. Die Arbeitslosenrate stieg von 7,4% auf 9,9%, sank danach aber auf 8,0% und 2022 auf 6,3%, wodurch auch die Beiträge wieder gesunken sind. Ein wesentlicher Teil der Entwicklung ab 2026 ist auf die Abschaffung des Weiterbildungsgeldes zurückzuführen.

Im Bereich der Beiträge für Teilversicherte kann es immer wieder zu Nach- bzw. Rückverrechnungen kommen. Dadurch kann die Korrelation zwischen der Zahl der Begünstigten und dem finanziellen Volumen verschleiert sein, wie etwa anhand der unregelmäßigen Änderungsraten bei den Leistungen des FLAF im Beobachtungszeitraum zu sehen ist.

3.2 Partnerleistung

Versicherte nach dem GSVG, FSVG und BSVG sind selbständig, es ist somit nicht möglich, die Leistung der Pensionsversicherungsbeiträge wie im Bereich der Unselbständigen auf Dienstgeber und Dienstnehmer aufzuteilen. Der Gesetzgeber hat daher die „Partnerleistung“ vorgesehen, um die Beitragsleistung der Selbständigen auf das in der Pensionsversicherung geltende Niveau von 22,8% der Beitragsgrundlage anzuheben (§ 27 Abs. 2 Z 2 GSVG, § 8 FSVG, § 24 Abs. 2 Z 2 BSVG). Die Höhe der Partnerleistung beträgt derzeit im GSVG 4,3%, im FSVG 2,8% und im BSVG 5,8% der Beitragsgrundlage. Ab 2027 wird der Eigenbeitrag im BSVG auf 17,4% erhöht, die

Partnerleistung sinkt von 5,8% auf 5,4% (Budgetbegleitgesetz 2027-2028).

3.3 Sonstige Beitragsübernahmen

3.3.1 Bundesbeitrag für Erhöhung der Beitragsgrundlage im BSVG

Die in der Pensionsversicherung geltende Beitragsgrundlage für hauptberuflich im landwirtschaftlichen Betrieb beschäftigte Kinder bis zum 27. Lebensjahr beträgt seit 2020 nicht ein Drittel, sondern die Hälfte der jeweiligen Beitragsgrundlage. Jener Teil des Pensionsversicherungsbeitrages, der sich aus dieser Erhöhung ergibt, ist aus Mitteln des Bundes zu tragen (§ 373 Abs. 3 BSVG).

3.3.2 Beitragsübernahme bei Erwerbstätigkeit neben Pensionsbezug

In den Jahren 2024 und 2025 übernahm der Bund für Personen, die ab Erreichung des Regelpensionsalters neben der Pension einer Erwerbstätigkeit nachgehen, jenen Beitragsteil, der in der Pensionsversicherung auf die versicherte Person fällt, und zwar bis zu einer Höhe von 10,25% des doppelten Betrages der im Jahr gültigen Geringfügigkeitsgrenze.

3.3.3 Beitragsübernahme bei Erwerbstätigkeit nach Erreichung des Regelpensionsalters

Für Personen, die ab Erreichen des Regelpensionsalters neben der Pension erwerbstätig sind bzw. ihren Pensionsantritt aufschieben, entfällt ab 2027 der PV-Beitrag (Dienstnehmeranteil) zur Gänze, für Selbständige reduziert sich der Beitragssatz aliquot (BGBl. I Nr. 88/2026).

3.3.4 Beitragsgutschrift „Dürrepaket“

Vollversicherte BetriebsführerInnen sowie die persönlich haftenden GesellschafterInnen haben Anspruch auf Gutschrift der Beiträge, die für das vierte Quartal 2026 für die Kalendermonate Oktober und November zu entrichten sind und bis zum 31. Jänner 2027 fällig werden. Die Beiträge gelten als entrichtet (BGBl. I Nr. 88/2026). Die Gegenfinanzierung dieser Gutschrift erfolgt aus der bäuerlichen Krankenversicherung in Form einer temporären Absenkung des Hebesatzes. Dieser bestimmt, wie viel aus Mitteln der Pensionsversicherung über den Eigenbeitrag der Pensionsbezieher hinaus zur Krankenversicherung zugeschossen wird.

3.4 Ausfallhaftung

Im Rahmen des Bundesbeitrages kommt der Ausfallhaftung besondere Bedeutung zu (§ 80 Abs. 1 ASVG, § 34 Abs. 1 GSVG, § 31 Abs. 1 BSVG). Während nämlich die Höhe der diversen Beitragszahlungen des Bundes (Teilversicherte, Partnerleistung, sonstige Beitragsübernahmen) von der Höhe der Beitragsgrundlage und der Größe jener Versichertengruppe abhängt, für die sie geleistet werden, ist die Ausfallhaftung als Abdeckung des Fehlbetrages konzipiert, der nach Saldierung sämtlicher Erträge und Aufwendungen der PV-Träger noch verbleibt. Die Ausfallhaftung sorgt somit dafür, dass die Pensionsversicherungsträger ausgeglichen bilanzieren. Da die Ausfallhaftung fast 88 % (2025) des Bundesbeitrages ausmacht, hängt dessen Entwicklung primär von der Ausfallhaftung und damit von der Entwicklung der Erträge und Aufwendungen der Pensionsversicherungsträger ab, wobei sich die größte Wirkung aus der

- Entwicklung des Pensionsaufwandes sowie der
- Entwicklung der Pflichtbeiträge

ergibt.

Die Entwicklung des Pensionsaufwandes und der Pflichtbeiträge wird aufgrund ihrer Bedeutung für die Entwicklung des Bundesbeitrages in den Kapiteln 5 und 6 ausführlich behandelt.

3.5 Ersatz des Ausgleichszulagenaufwandes

Zusätzlich zum Bundesbeitrag wird den Pensionsversicherungsträgern vom Bund auch der Aufwand für Ausgleichszulagen ersetzt (§ 299 ASVG, § 156 GSVG, § 147 BSVG) und auch jener für Pensions- bzw. Ausgleichszulagenbonus. Die Summe aus Bundesbeitrag und dem Ausgleichszulagenaufwand wird als **Bundesmittel** bezeichnet.

Die Bundesmittel in der Höhe von 19.257 Mio. € setzten sich im Jahr 2025 folgendermaßen zusammen:

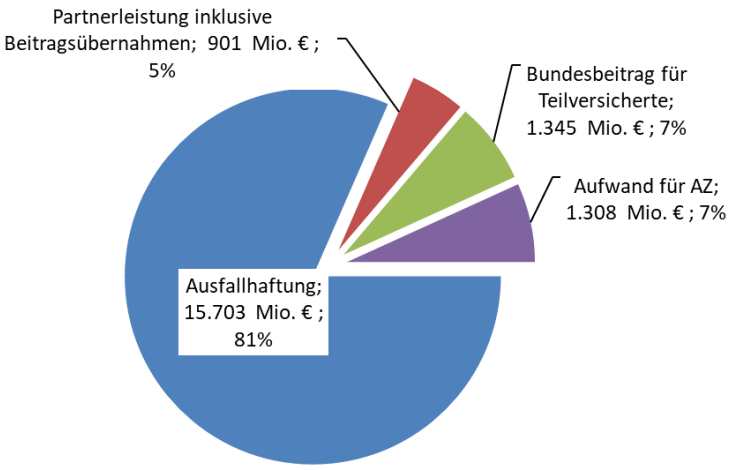


Abbildung 3: Zusammensetzung der Bundesmittel 2025

Nur rund 7% der Bundesmittel fallen auf den Aufwand für Ausgleichszulagen. Dessen Entwicklung verläuft zudem relativ stabil, sodass der bestimmende Faktor in der Entwicklung der Bundesmittel der Bundesbeitrag, und hier vor allem die Ausfallhaftung, ist. Auf die Entwicklung des Ausgleichszulagenaufwands wird im Kapitel 4.2 gesondert eingegangen.

4 Entwicklung der Bundesmittel

Nominell wird es bei den Bundesmitteln im Beobachtungs- und Prognosezeitraum voraussichtlich fast zu einer Verdreifachung kommen (+184%), und zwar von 9,6 Mrd. € (2019) auf 27,2 Mrd. € (2031) (***Übersicht 25***). Für das nominelle Bruttoinlandsprodukt wird im gleichen Zeitraum ein Anstieg von rund 60% erwartet, die Bundesmittel steigen also weitaus stärker an. Dementsprechend wird der Anteil der Bundesmittel am Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 2,42% im Jahr 2019 auf 4,30% im Jahr 2031 steigen (***Übersicht 28***). Der Großteil dieses Anstiegs hat sich im Beobachtungszeitraum abgespielt (von 2,42% auf 3,72%).

Der Anteil der Bundesmittel am BIP lässt sich sowohl im Beobachtungs- als auch im Prognosezeitraum mit der konjunkturellen Entwicklung in Zusammenhang stellen. Gut erkennbar ist am Beginn des Beobachtungszeitraumes der sprunghafte Anstieg von 2019 auf 2020, zurückzuführen auf den durch die Covid-Pandemie ausgelösten Einbruch der Versichertenzahlen. Da die Beitragseinnahmen nahezu stagnierten, stieg die Ausfallhaftung des Bundes, gleichzeitig sank das nominelle BIP um 3,9%. In den beiden Folgejahren erholte sich die Konjunktur, die Zahl der Versicherten stieg – mit entsprechend positivem Einfluss auf die Beitragseinnahmen – markant und auch das BIP legte überraschend deutlich zu. Dementsprechend sank der Anteil der Bundesmittel am BIP.

Der Energiepreisschock des Jahres 2022 führte schließlich zu zwei Rezessionsjahren, die eine länger andauernde Phase schwacher Beschäftigungsentwicklung einläuteten. Tiefpunkt dieser Phase waren die Jahre 2024 und 2025. Erst heuer (2026) beginnt die Zahl der Versicherten wieder geringfügig stärker zu steigen als in den letzten beiden Jahren. Eine Phase deutlicher Zuwächse, wie etwa in den Jahren 2015 bis 2019, ist jedoch nicht absehbar. Zwar dürfte im Prognosezeitraum die Zahl der Versicherten wieder ähnlich stark steigen, wie die Zahl der Pensionen. Infolge des Struktureffekts wird aber die Durchschnittspension weiterhin stärker steigen als das pensionsversicherte Erwerbseinkommen und das BIP-Wachstum wird verhalten bleiben, so dass der Anstieg der Bundesmittel am BIP, wenn auch in abgeschwächter Form, anhalten wird.

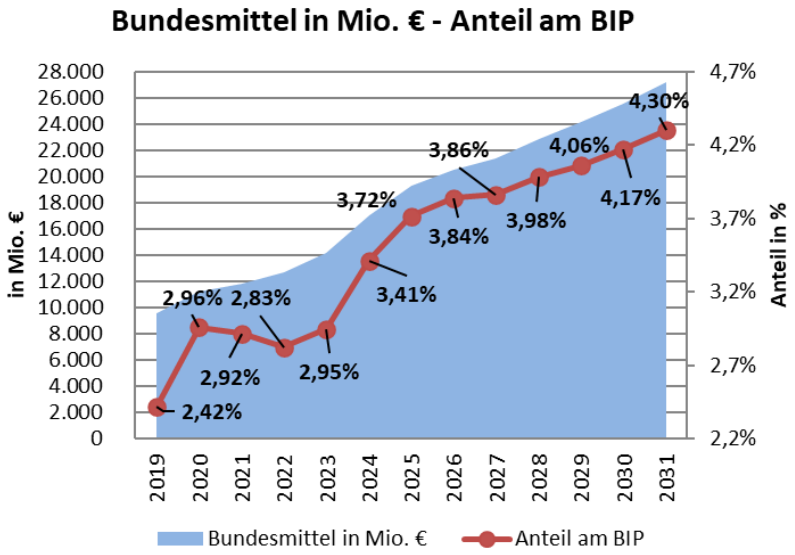


Abbildung 4: Entwicklung der Bundesmittel, Anteil am BIP

Im Folgenden werden die wichtigsten Gründe für die Entwicklung der Bundesmittel in den einzelnen Jahren des Beobachtungszeitraumes herausgearbeitet und die wichtigsten Eckpunkte für die Einschätzung des Prognosezeitraumes erläutert.

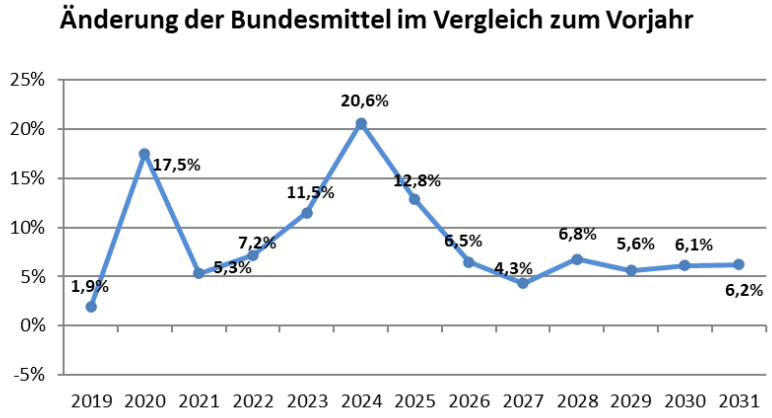


Abbildung 5: Änderung der Bundesmittel im Vergleich zum Vorjahr

- 2019: Der Anstieg der Bundesmittel war im Jahr 2019 nur sehr gering. Während der Pensionsaufwand um 4,5% stieg, stiegen die Pflichtbeiträge (ohne Partnerleistung) stärker an, nämlich um 5,1%. Die starke Steigerung der Pflichtbeiträge ist auf die positive Entwicklung der Beitragsgrundlagen (+3,3%) und der Zahl der Pflichtversicherten (+1,8%) zurückzuführen. Gleichzeitig stiegen die Beiträge für Teilversicherte, die der FLAF leistet, sehr stark, nämlich um 18,9%. Dieser sprunghafte Anstieg ist auf eine Aufrollung der Vorjahre zurückzuführen.

- 2020: Das Jahr 2020 war geprägt von der durch die Corona-Pandemie ausgelösten Wirtschaftskrise. Durch das Absinken der Pflichtversicherten um 1,6% stiegen auch die Pflichtbeiträge in der gesetzlichen PV nur um 0,6%. Der Pensionsaufwand stieg hingegen um 5,8%. Dies hatte zur Folge, dass die Ausfallhaftung und in weiterer Folge Bundesbeitrag und Bundesmittel stark anstiegen, letztere um 17,5%. Die starke Steigerung des Pensionsaufwandes erklärt sich einerseits durch den steigenden Pensionsstand (+1,7%) und andererseits durch die starke Steigerung der Durchschnittspensionen (+4,0%), wobei hier sowohl die großzügige Pensionserhöhung von durchschnittlich 2,68% (bei einem Anpassungsfaktor von 1,8%), als auch der recht hohe Struktureffekt von 1,3% zum Tragen kam. Sowohl der überdurchschnittliche Anstieg des Pensionsstandes, als auch der starke Struktureffekt dürfte auch mit der Abschaffung der Abschläge bei Vorliegen von 45 Beitragsjahren zusammenhängen, die für 2 Jahre gegolten hat.
- 2021: In diesem Jahr erholte sich die Konjunktur bereits wieder deutlich. Die Zahl der Pflichtversicherten stieg um 2,8%, die durchschnittlichen Beitragsgrundlagen um 3,1%, die Pflichtbeiträge (ohne Partnerleistung) insgesamt um 5,9%. Im Bereich der Selbständigen stiegen die Beiträge nach einem Sinken im Vorjahr (-6,8%) in diesem Jahr um 17,2%, wodurch allerdings auch die Partnerleistung des Bundes stark anstieg. Der Pensionsaufwand war um 4,8% höher als im Vorjahr – der Stand an Pensionen stieg zwar nur um 1,3%, die Höhe der Durchschnittspensionen allerdings um 3,5%, was zum größten Teil auf die gestaffelte Anpassung über der Inflation zurückzuführen ist. Insgesamt bedeutet dies eine Steigerung der Bundesmittel um 5,3%.
- 2022: Die Bundesmittel stiegen in diesem Jahr um 7,2% an. Während die Zahl der Pensionen um 1,4% gestiegen ist, waren die Durchschnittspensionen um 3,6% höher als im Vorjahr, wodurch die Steigerung beim Pensionsaufwand 5,0% betragen hat. Eine deutliche Steigerung des Gesamtaufwandes und damit eine Erhöhung der Bundesmittel bewirkten die im Jahr 2022 geleisteten Einmalzahlungen und Teuerungsausgleiche in Höhe von insgesamt 546,3 Mio. €. Ohne diese zusätzlichen Leistungen hätte die Steigerung der Bundesmittel nur 2,6% betragen. Die Pflichtbeiträge stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 6,9% (Pflichtversicherte +3,2%, Beitragsgrundlagen +3,5%). Die Beiträge für Teilversicherte, die das Arbeitsmarktservice AMS leistet, sind aufgrund der niedrigen Zahl an Arbeitslosen deutlich gesunken (-19,1%), was einen weiteren Anstieg der Bundesmittel bewirkt.

- 2023: Nominell stiegen die Bundesmittel um rund 1,5 Mrd. €, was ein Plus von 11,5% bedeutet. Gemessen am nominellen BIP stieg der Anteil auf 2,95%. Verursacht wurde dies durch eine sehr deutliche Steigerung des Pensionsaufwandes (+8,8%), der sich damit stärker erhöhte als die Pflichtbeiträge (+7,9%). Auch die Ausgaben für Gesundheitsvorsorge und Rehabilitation stiegen in diesem Jahr deutlich an (+10,4%). Weiters wurde auch 2023 eine Direktzahlung an Bezieher einer gesetzlichen Pension ausbezahlt. Diese erhöhte den Bundesbeitrag um 522,8 Mio. €.
- 2024: Die Bundesmittel stiegen um mehr als 2,9 Mrd. € (+20,6%) und damit deutlich stärker an als im Vorjahr und erreichten gemessen am BIP einen Anteil von 3,41%. Dies ist auf mehrere Gründe zurückzuführen. Aufgrund der hohen Anpassung von 9,7%, die sich aus der hohen Inflation ergab, stieg der Pensionsaufwand in diesem Jahr um mehr als 12%. Die im Vergleich zu den Vorjahren etwas geringer steigende Zahl an Pensionen, verursacht durch den in diesem Jahr beginnenden Anstieg des Regelpensionsalters der Frauen, konnte diese Entwicklung nur geringfügig abschwächen. Der Struktureffekt lag bei 1,08%. Durch den hohen Pensionsaufwand erhöht sich auch der Beitrag, den die PV-Träger zur Krankenversicherung der Pensionisten leisten. 2024 und 2025 übernahm der Bund auch einen Teil der Beiträge von erwerbstätigen Pensionisten (siehe Kapitel 3.3.2). Gleichzeitig stiegen die Pflichtbeiträge, die von den Versicherten geleistet wurden, „nur“ um 7,8%. Der Anstieg der durchschnittlichen Beitragsgrundlagen war mit +7,2% zwar beachtlich, 2024 war aber das Jahr, in dem die Entwicklung der Versichertenzahlen auf schwache +0,5% zurückging. D.h. die Aufwendungen entwickelten sich im Vergleich zum Vorjahr weit dynamischer als die Einnahmen, was zu diesem starken Anstieg der Bundesmittel führte.
- 2025: Die Steigerung der Bundesmittel war mit +12,8% erneut hoch. Die Zahl der Pensionen stieg um +1,1%, die Steigerung war so wie im Vorjahr niedriger als im Zeitraum 2020 bis 2023, hervorgerufen vor allem durch die weitere Anhebung des Antrittsalters der Frauen. Die Durchschnittspensionen waren um 5,7% höher als 2024, insgesamt stieg der Pensionsaufwand mit +6,9% weniger stark als 2024. Allerdings fiel der Zuwachs bei den Pflichtversicherten so wie zuletzt mit +0,5% bescheiden aus, zusammen mit der Steigerung bei den durchschnittlichen Beitragsgrundlagen um +4,6% wuchsen die Pflichtbeiträge um 5,2%, also erneut weniger als der Pensionsaufwand. Durch die Anhebung des Beitragssatzes zur

Krankenversicherung auf 6,0% erhöhte sich ab 2025 auch der Überweisungsbetrag, den die PV-Träger an die KV zu leisten haben, was einen unmittelbaren Anstieg der Ausfallhaftung bewirkt.

Prognosezeitraum bis 2031:

Insgesamt wird im Prognosezeitraum mit weiterhin steigenden Bundesmitteln gerechnet, der Anstieg wird aber deutlich schwächer ausfallen als im Beobachtungszeitraum (+101,1% versus +41,1%)

Auf der Ausgabenseite wird damit gerechnet, dass die Pensionsstände nicht mehr so stark wachsen wie im Beobachtungszeitraum. Zwar wären aktuell demografiebedingt die stärksten Zugangsjahrgänge zu erwarten, durch den Anstieg des gesetzlichen Antrittsalters für Frauen wird es gegenüber dem „Rekordzugang“ 2023 aber zu geringeren Zahlen kommen. Der Pensionsstand wird im Prognosezeitraum um 5,9% wachsen, im Beobachtungszeitraum waren es +8,7%. Ein wesentlicher Unterschied zum Beobachtungszeitraum ist auch die Pensionsanpassung. Durch die hohen Werte 2023 (+5,8%), 2024 (+9,7%) und 2025 (+4,6%) ergab sich alleine aufgrund der Pensionsanpassungen eine Erhöhung von 29,4%. Im Prognosezeitraum werden es nur 15,6% sein. Der Struktureffekt trägt ebenfalls zum Anstieg der Durchschnittspension bei, so dass sie im Prognosezeitraum insgesamt um 22,4% steigen wird. Überdies erhöhen sich die Beiträge zur Krankenversicherung, die die Pensionsversicherungsträger leisten, aufgrund der Beitragssatzanhebung ab Juni 2025. Diese wirkt sich auch 2026 erhöhend aus, da sie sich 2025 nur ein halbes Jahr, ab 2026 jedoch ganzjährig auswirkt.

Auf der Beitragsseite zeichnet sich 2026 bereits eine leichte Erholung der Versichertenentwicklung ab. Diese dürfte sich fortsetzen, so dass im Prognosezeitraum die Zahl der Versicherten annähernd im gleichen Ausmaß steigen wird, wie die der Pensionen (+5,6% versus +5,9%). Die Beitragsgrundlage wird durch einige Maßnahmen des Gesetzgebers gestärkt (siehe Kapitel 9.1). Da die Höchstbeitragsgrundlage auch abseits der außerordentlichen Erhöhung in den Jahren 2026 und 2027 noch sehr deutlich steigt – ein verzögerter Effekt der hohen Inflationsraten nach 2022 – steigt die durchschnittliche Beitragsgrundlage in diesen beiden Jahren ebenfalls sehr deutlich an. Im gesamten Prognosezeitraum bleibt sie mit +18,8% zwar unter dem Anstieg der Durchschnittspension (+22,4%), wächst aber merklich stärker als die pro-Kopf-Einkommen (+16,4%).

4.1 Zerlegung der Bundesmitteldynamik im Prognosezeitraum

Der Anstieg der Bundesmittel in Höhe von rund 8 Mrd. €, der im Prognosezeitraum, also 2025 bis 2031 erwartet wird, kann in die Änderungen der einzelnen Komponenten, aus denen sich die Bundesmittel zusammensetzen, zerlegt werden. Diese Zerlegung ist in der folgenden Übersicht veranschaulicht.

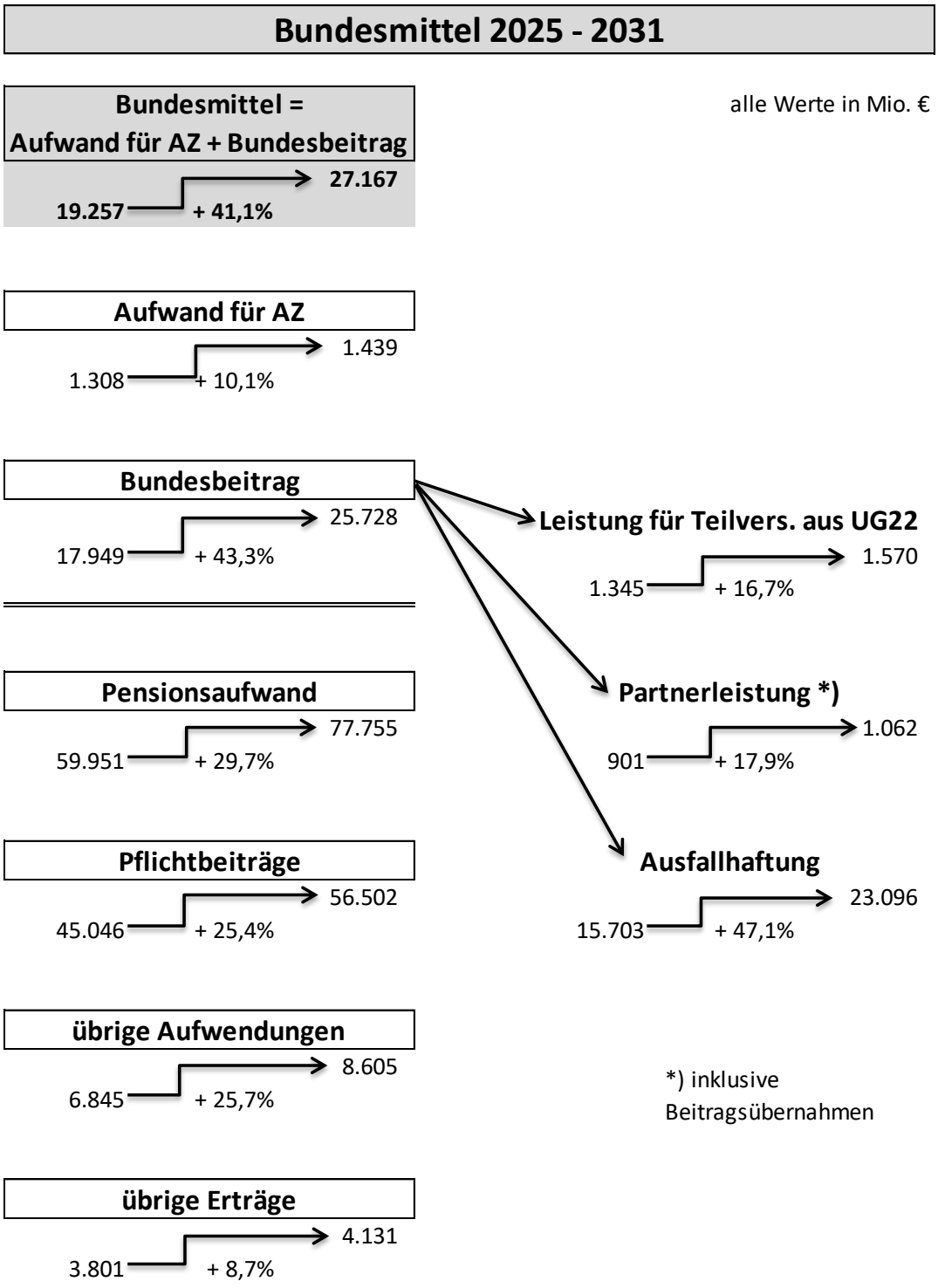


Abbildung 6: Dynamik Bundesmittel

Der Anstieg der Bundesmittel wird voraussichtlich rund 8 Mrd. € bzw. 41,1% betragen. Der Aufwand für die Ausgleichszulagen inklusive Bonus dürfte mit einem Plus von rund 132 Mio. € (+10,1%) prozentuell geringer steigen als im Beobachtungszeitraum (+328 Mio. €, +33,5%). Die Gründe dafür werden im Kapitel 4.2 erläutert. Der Anstieg des Bundesbeitrages um rund 7,8 Mrd. € (+43,3%) beruht wiederum zum größten Teil auf einem Anstieg der Ausfallhaftung um 7,4 Mrd. € bzw. +47,1%, welche damit sowohl absolut, als auch in Prozent den stärksten Anstieg aufweist. Dies beruht auf der Tatsache, dass die Pensionsaufwendungen stärker steigen als die Pflichtbeiträge. Während die Pensionsaufwendungen um fast 18 Mrd. € ansteigen, wird bei den Pflichtbeiträgen (ohne Partnerleistung und ohne sonstige Beitragsübernahmen) ein Anstieg um 11,5 Mrd. € erwartet. Dass der Pensionsaufwand stärker steigt als die Pflichtbeiträge ist nicht nur auf demografische Gründe zurückzuführen. Zwar werden die Pensionsstände um mehr als 150.000 Leistungen steigen, der Anstieg der Pflichtversicherten wird jedoch 247.000 betragen. Das Verhältnis von Pflichtversicherungen zu Pensionen bleibt damit im gesamten Prognosezeitraum auf einem Wert von 1,70 (siehe Kapitel 7.1 bzw. ***Übersicht 14a***). Eine Herausforderung für die Finanzierung wird vielmehr die Tatsache sein, dass die Beitragsgrundlage mit insgesamt +18,8% weniger stark wächst, als die Durchschnittspension mit +22,4%. Wesentlicher „Treiber“ ist neben den Pensionsanpassungen der permanent wirksame Struktureffekt. Pensionsanpassungen tragen insgesamt 15,6%-Punkte zum Wachstum der Durchschnittspension bei. Der verbleibende Zuwachs ist auf den Struktureffekt (+5,9%) zurückzuführen (siehe Kapitel 5.2.2).

4.2 Entwicklung der Ausgleichszulagen

Neben dem Bundesbeitrag wird der Aufwand für Ausgleichszulagen zu den Bundesmitteln gezählt. Seine Entwicklung kann der ***Übersicht 24*** entnommen werden. Grundsätzlich verläuft diese Entwicklung sehr stabil, eine leicht sinkende Zahl von Beziehern steht normalerweise einer moderat steigenden durchschnittlichen Ausgleichszulage gegenüber. Ausnahmen bilden jene Jahre, in denen die AZ-Richtsätze stärker erhöht wurden bzw. werden als die Pensionen. In diesen Jahren wurde zum einen der fallende Trend der Bezieherzahl gebremst, gleichzeitig stieg die durchschnittliche Höhe der AZ stärker als im langjährigen Schnitt.

Insgesamt ist der AZ-Aufwand im Beobachtungszeitraum um 33,5% gestiegen. Der große Anstieg im Jahr 2020 ist auf die Einführung des AZ- und Pensionsbonus zurückzuführen. Dies wirkte sich sowohl in der Zahl der Bezieher (inklusive Pensionsbonus-Bezieher) als auch beim Aufwand (+7,4%) aus. Jene Fälle, die bereits eine AZ beziehen und darüber hinaus einen AZ-Bonus erhalten, erhöhen die Zahl der Fälle nicht, der Bezieherkreis wird jedoch um die Zahl der Pensionsbonusbezieher (erhalten keine AZ) erweitert. Im Aufwand ist ab diesem Jahr sowohl der Aufwand für die „echte“ AZ ausgewiesen, als auch jener von AZ- bzw. Pensionsbonus. Diese Darstellung bewirkt, dass 2020 auch die durchschnittliche Höhe der Ausgleichszulagen stärker gestiegen ist.

2023 führte die außerordentliche Erhöhung der Richtsätze über dem Anpassungsfaktor gemäß PAG 2023 zu einer stärkeren Steigerung des Aufwandes (+7,5%), da dadurch sowohl die Anzahl der Bezieher als auch die durchschnittliche Leistungshöhe stärker stieg. Im Jahr 2024 wurden die AZ-Richtsätze wieder gemäß geltendem Recht erhöht, die relativ starke Steigerung beim Aufwand (+7,6%) ergibt sich aus dem hohen Wert des Anpassungsfaktors in diesem Jahr (1,097). Die Effekte 2023 und 2024 (außerordentliche Richtsatzerhöhung 2023, hoher Anpassungsfaktor 2024) sind in der folgenden Grafik deutlich zu sehen. In den Jahren 2025 und 2026 wurden die AZ-Richtsätze mit dem Anpassungsfaktor erhöht. 2027 werden die AZ-Richtsätze gemäß Budgetbegleitgesetz 2027-2028 mit dem Faktor 1,033 vervielfacht und damit stärker steigen als die Pensionen.

Für den restlichen Prognosezeitraum wird von einer Erhöhung der AZ-Richtsätze mit dem Anpassungsfaktor ausgegangen. Dies führt dazu, dass der Aufwand nur noch moderat ansteigt und am Ende etwas mehr als 1,4 Mrd. € betragen wird (+10,1% im Prognosezeitraum).

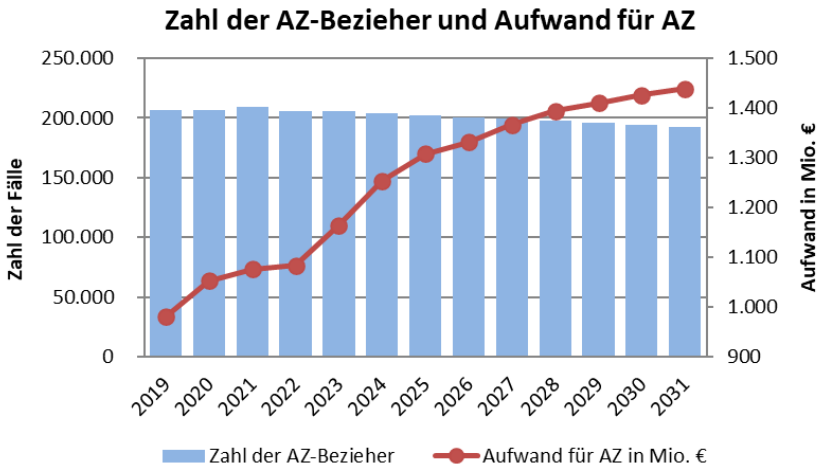


Abbildung 7: Zahl der AZ-Bezieher und Aufwand für AZ

Einen geringen Einfluss auf die Höhe des AZ-Aufwandes hat die ab 2025 geltende Regelung, dass Versehrtenrenten und andere Geldleistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung wie das Versehrtengeld und die an verunfallte BSVG-Versicherte ausgezahlte Betriebsrente nicht mehr bei der Berechnung der Ausgleichszulage berücksichtigt werden.

Der Anteil des AZ-Aufwandes an den Bundesmitteln wird am Ende des Prognosezeitraums niedriger sein als zu Beginn des Beobachtungszeitraums (2019: 10,2%, 2031: 5,3%), weil der Bundesbeitrag, und hier insbesondere die Ausfallhaftung, stärker steigt als der Aufwand für Ausgleichszulagen.

In den ***Übersichten 31 und 32*** finden sich die Zahl der AZ-Empfänger und die Höhe der durchschnittlichen AZ. Hier sieht man, dass im Prognosezeitraum die Zahl der AZ-Bezieher insgesamt um etwas mehr als 5% sinkt. Die Höhe der durchschnittlichen AZ steigt jedoch insgesamt um 16,1%, damit aber wesentlich weniger stark als im Beobachtungszeitraum (+36,1%).

Die Höhe der Richtsätze sowie die Bonusobergrenzen sind im Kapitel 9.3 dargestellt.

5 Pensionsaufwand

Wie im Kapitel Bundesbeitrag erläutert wurde, ist einer der bestimmenden Faktoren des Bundesbeitrages der Pensionsaufwand. Die Höhe des Pensionsaufwandes ergibt sich aus der Anzahl der Pensionsleistungen und der durchschnittlichen Leistungshöhe.

Die Anzahl der Leistungen wird im Wesentlichen durch drei Faktoren bestimmt:

- demografische Entwicklung
- rechtliche Zugangsvoraussetzungen für die Inanspruchnahme einer Leistung
- Partizipationsraten am Arbeitsmarkt (Erwerbsquoten) - insbesondere jene der älteren Arbeitnehmer

Die durchschnittliche Höhe der Pensionen wird bestimmt durch

- die jährliche Pensionsanpassung, sowie durch
- die Tatsache, dass sich durch Wegfall und Zugang von Leistungen die Zusammensetzung des Pensionsstandes laufend ändert („Struktureffekt“).

Im Beobachtungszeitraum stieg der Pensionsaufwand von rund 39,4 Mrd. € auf knapp 60 Mrd. €, was einem Anstieg um 52,2% entspricht.

Für den Prognosezeitraum wird eine Steigerung des Pensionsaufwandes auf knapp 78 Mrd. € erwartet, was einen weiteren Anstieg um 29,7% bedeutet (***Übersicht 15***).

Worauf die Steigerung des Pensionsaufwandes im Prognosezeitraum zurückzuführen ist, kann der folgenden Grafik entnommen werden.

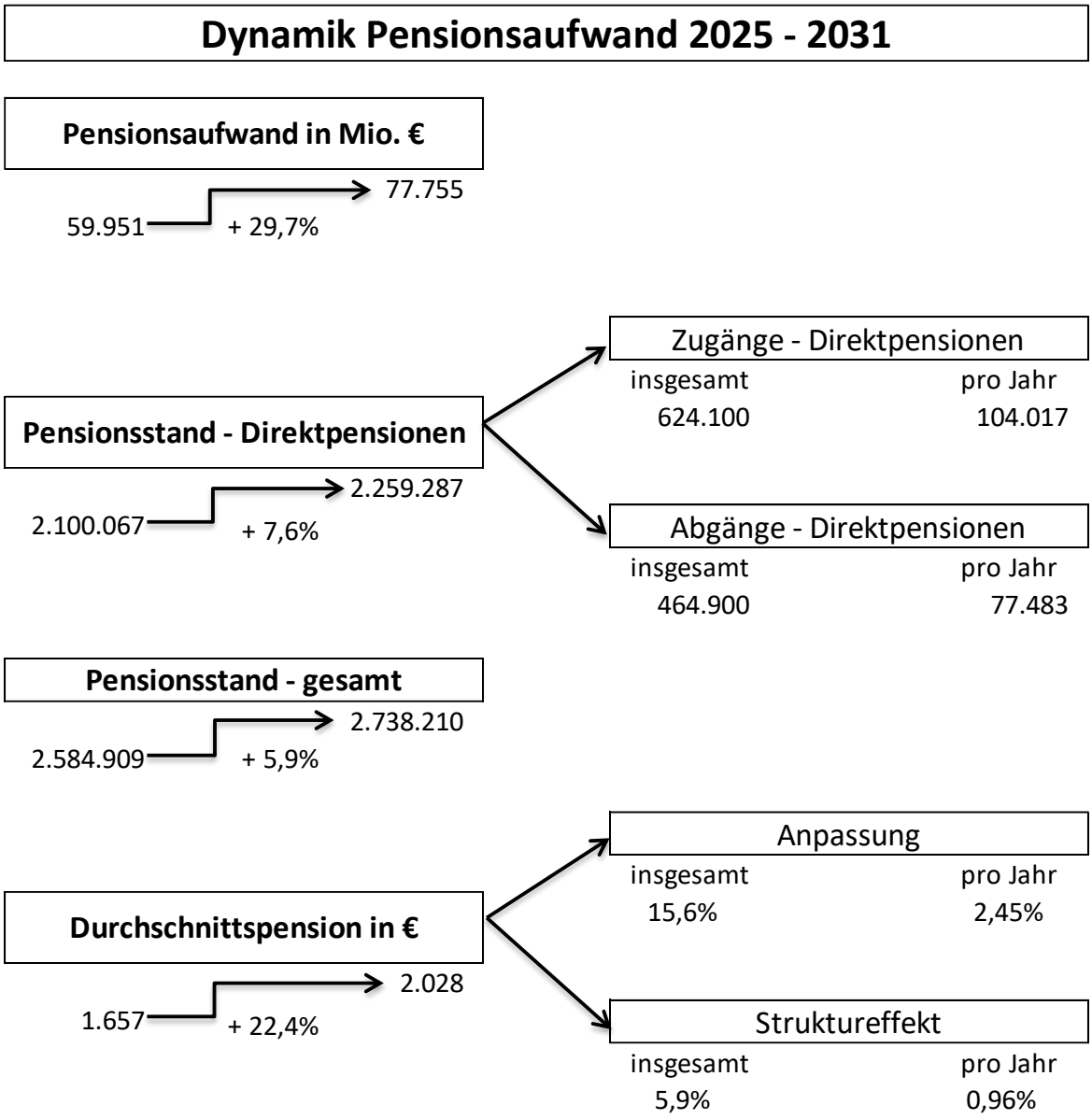


Abbildung 8: Dynamik Pensionsaufwand

Im Prognosezeitraum ist die Gesamtsteigerung des Pensionsaufwandes von 29,7% auf einen Anstieg der Zahl der Pensionen um 5,9% (***Übersicht 8***), sowie auf einen Anstieg der Durchschnittspension um 22,4% (***Übersicht 11***) zurückzuführen.

Beim Stand der Direktpensionen wird im Prognosezeitraum eine Steigerung um 7,6% von 2.100.067 auf rund 2.260.000 erwartet. Während nämlich pro Jahr, bei leicht steigender Tendenz, durchschnittlich knapp 77.500 Abgänge zu erwarten sind, wird die durchschnittliche jährliche Zahl der Zugänge rund 104.000 betragen. Beim Anstieg der Durchschnittspensionen wirkt einerseits die jährliche Pensionserhöhung (im gesamten Zeitraum 15,6%, jährlich durchschnittlich 2,45%) und andererseits auch der Struktureffekt (siehe Kapitel 5.2.2), durch den die Durchschnittspension zusätzlich

steigt. Durch die Abschaffung des Abschlages bei Vorliegen von 45 Beitragsjahren der Pflichtversicherung kam es in den Jahren 2020 und 2021 zu einer Verstärkung des Struktureffektes. Ab 2022 war die Abschlagsfreiheit wieder abgeschafft. Für das Jahr 2020 wurde jedoch die erstmalige Pensionserhöhung bereits im ersten Jahr nach Pensionsantritt wieder eingeführt: diese Regelung galt auch 2021. Im Jahr darauf erfolgte eine aliquote Anpassung abhängig vom Stichtag. 2023 erfolgte die Pensionserhöhung im ersten Jahr ebenfalls aliquot, betrug aber mindestens 50% des Anpassungsfaktors. Für die Jahre 2024 und 2025 wurde die Aliquotierung ausgesetzt. Diese Abfolge von Maßnahmen bewirkte eine nachhaltige Erhöhung der Durchschnittspensionen. In den Jahren 2024 und 2025 führte die „Schutzklausel“ ebenfalls zu höheren Neuzugangspensionen. Ab dem Jahr 2026 werden die Pensionen bei der ersten Pensionsanpassung mit der Hälfte jenes Betrages erhöht, der sich aus der geltenden Anpassungsregelung ergibt, unabhängig vom Stichtag.

Vergleicht man die Entwicklungen in den beiden Zeiträumen, zeigt sich, dass sowohl Durchschnittspension als auch Pensionsstand im Prognosezeitraum weniger wachsen als im Beobachtungszeitraum. Der stärkere Effekt auf den wachsenden Pensionsaufwand bleibt aber der Anstieg der Durchschnittspensionen.

	Änderung Pensionsaufwand 2019-2025	*davon Änderung*		Änderung Pensionsaufwand 2025-2031	*davon Änderung*		Änderung Pensionsaufwand insgesamt (2019-2031)
		Pensionsstand	*Durchschnittspension*		*Pensionsstand*	*Durchschnittspension*	
ASVG	+ 52,4%	*+ 8,8%*	*+ 40,0%*	+ 29,9%	*+ 5,8%*	*+ 22,7%*	+ 97,9%
GSVG+FSVG	+ 61,0%	*+ 22,4%*	*+ 31,5%*	+ 34,3%	*+ 16,6%*	*+ 15,2%*	+ 116,3%
BSVG	+ 31,7%	*- 9,1%*	*+ 44,9%*	+ 13,9%	*- 9,3%*	*+ 25,6%*	+ 50,0%
gesamte PV	**+ 52,2%**	***+ 8,7%***	***+ 40,1%***	**+ 29,7%**	***+ 5,9%***	***+ 22,4%***	**+ 97,4%**

Tabelle 2: Änderung des Pensionsaufwandes

Die folgende Abbildung stellt dar, inwieweit die Faktoren Pensionsstand und Durchschnittspension im Beobachtungs- und im Prognosezeitraum zum Anstieg des Pensionsaufwandes beigetragen haben. Der Pensionsaufwand im Basisjahr 2019 ist in dunkelblauer Farbe gehalten und stellt den Wert 100% dar.

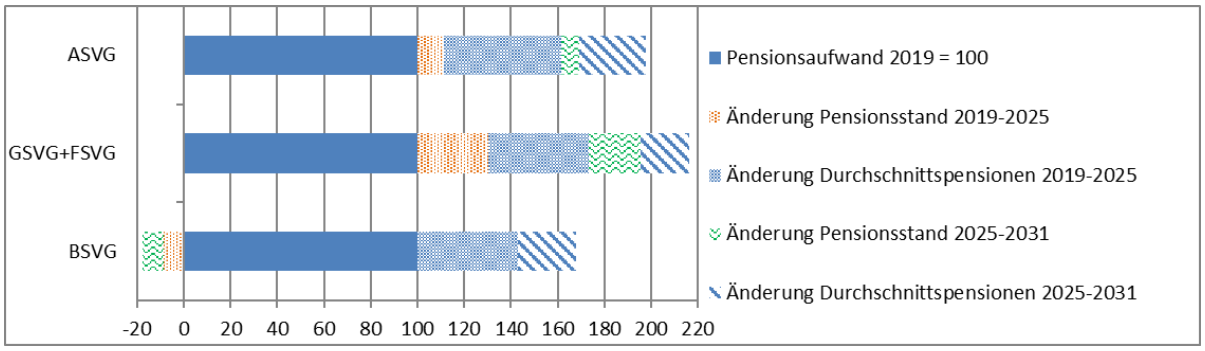


Abbildung 9: Änderung des Pensionsaufwandes

Während im Bereich des ASVG sowie bei den Selbständigen (GSVG+FSVG) in beiden Zeiträumen ein steigender Pensionsstand zu einer Erhöhung des Pensionsaufwandes beiträgt, bewirken im bäuerlichen Bereich sinkende Pensionsstände geringere Steigerungen beim Pensionsaufwand. In allen Versichertengruppen steigen jedoch die Durchschnittspensionen deutlich an – in der PV nach dem BSVG allerdings etwas stärker. Wie in ***Übersicht 11*** zu sehen ist, basieren die höheren Steigerungen aber auf niedrigeren Ausgangswerten.

5.1 Pensionsstand

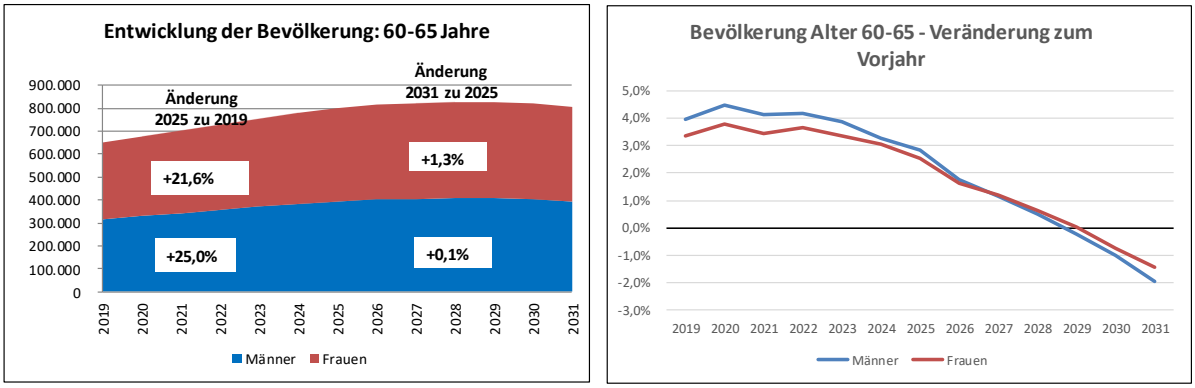
5.1.1 Bestimmende Faktoren des Pensionsstandes

Die Entwicklung des Pensionsstandes ist das Ergebnis der im Laufe eines Jahres stattfindenden Zu- und Abgänge.

Sowohl für die Zugänge als auch für die Abgänge ist die demografische Situation von Bedeutung: Die Anzahl der Zugänge hängt von der Besetzung jener Alterssegmente ab, aus denen nach geltender Rechtslage Pensionszugänge erfolgen können. Die Zahl der Abgänge ist – bei gegebenem Pensionsstand – von der Altersstruktur der Pensionisten abhängig.

Die demografische Situation ist derzeit noch durch ein Steigen der Bevölkerung in jenen Altersgruppen gekennzeichnet, aus denen der relativ größte Teil des Pensionsneuzuganges kommt: Die Bevölkerung im Alter 60 bis 65 wächst bei Männern und Frauen auch im Prognosezeitraum zunächst noch an. Die Zuwächse verringern sich im Laufe des Prognosezeitraumes aber, wie in der Grafik zu sehen ist. Ab 2029 wird ein sinkender Trend erwartet. Im Jahr 2025 waren rund 800.000 Personen in diesem Alterssegment, der Höchststand wird 2028 erreicht werden (rund 828.000 Männer und

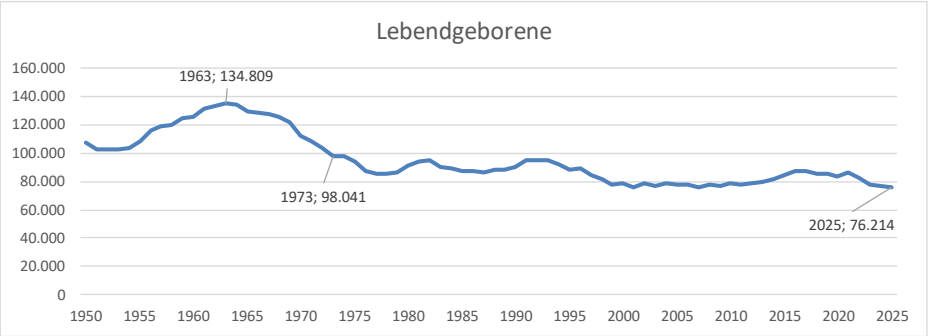
Frauen). Für das Jahr 2031 prognostiziert Statistik Austria rund 806.000 Personen – das ist im Vergleich zu 2025 ein Anstieg bei den Frauen um 1,3%, bei den Männern wird 2031 die nahezu gleiche Personenanzahl erwartet wie 2025 (+0,1%). Die Steigerungen liegen damit deutlich unter jenen im Beobachtungszeitraum (Männer +25,0%, Frauen +21,6%).



Quelle: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2025, Hauptszenario, erstellt am 12.11.2025; eigene Berechnungen

Abbildung 10: Entwicklung der Bevölkerung Alter 60-65 Jahre, Veränderung zum Vorjahr

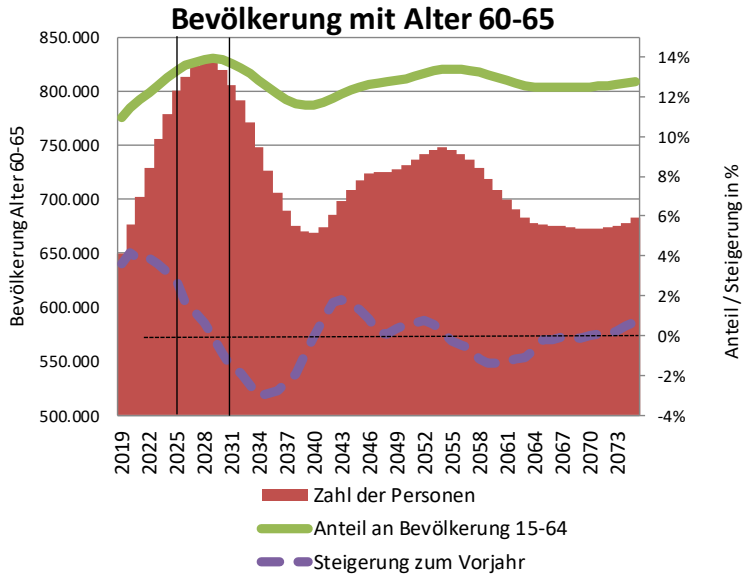
Bei der Personengruppe, die derzeit für Pensionszugänge in Frage kommt, handelt es sich um die so genannten „Babyboomer“, die besonders geburtenstarken Jahrgänge von Mitte der 1950er bis Ende der 1960er Jahre. Der Zugang aus dieser Personengruppe wird im Prognosezeitraum dieses Gutachtens zunächst anhalten und danach bereits zu sinken beginnen: Der geburtenstärkste Jahrgang war der des Jahres 1963 mit knapp 135.000 Geburten. Danach sank die Zahl kontinuierlich ab. Im Jahr 1973 lag die Zahl der Geburten bereits wieder unter 100.000, ab 1976 lag sie unter 90.000, um danach für einen längeren Zeitraum um diesen Wert zu pendeln. Aus den sinkenden Geburtenzahlen nach 1963 einen dauerhaften Rückgang der Pensionszugänge abzuleiten würde allerdings ausblenden, dass die Bevölkerung auch nicht in Österreich Geborene enthält. Deren Anteil ist in den Jahrzehnten nach den Babyboomern in einigen Zuwanderungswellen gewachsen. Diese Zuwanderer haben ebenfalls Pensionsansprüche erworben und werden im Pensionszugang an Bedeutung gewinnen.



Quelle: Statistik Austria

Abbildung 11: Entwicklung der Lebendgeborenen seit 1950

Die folgende Abbildung zeigt, mit welchen demografischen Rahmenbedingungen für die Zugänge im Prognosezeitraum dieses Berichtes, und auch darüber hinaus nach derzeitigem Stand zu rechnen ist.



Quelle: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2025, Hauptszenario, erstellt am 12.11.2025; eigene Berechnungen

Abbildung 12: Bevölkerung Alter 60-65

Neben der demografischen Situation sind die rechtlichen Zugangsvoraussetzungen der zweite Faktor, der die Zugangszahlen bestimmt. Die rechtlichen Zugangsvoraussetzungen definieren die Bedingungen wie Mindestalter oder erforderliche Zahl an Versicherungs- oder Beitragsmonaten, unter denen eine Pensionierung frühestmöglich stattfinden kann. Ab dem Zeitpunkt, an dem die rechtlichen Zugangsvoraussetzungen für den Pensionszugang erfüllt sind, handelt es sich um eine individuelle Entscheidung, ob die Pension auch tatsächlich angetreten wird. Diese Entscheidung wird von unterschiedlichen Faktoren beeinflusst, darunter wohl die zu erwartende Pensionshöhe,

aber auch die Bedingungen, mit denen ein älterer Arbeitnehmer/ Arbeitsloser am Arbeitsmarkt konfrontiert ist. So muss aus der Arbeitslosigkeit heraus der frühestmögliche Zeitpunkt des Pensionsantritts genutzt werden, weil mit diesem Zeitpunkt der Anspruch auf Arbeitslosengeld endet. Ein längerer Verbleib im Erwerbsleben kann hingegen nur dann erwartet werden, wenn eine für die betreffende Person ausreichend attraktive Erwerbstätigkeit vorliegt oder zumindest die realistische Möglichkeit besteht, eine solche zu finden bzw. rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die einen Verbleib attraktiver machen.

5.1.2 Zugang in die Alterspension

Normale Alterspension

Männer haben bei Erfüllung der übrigen Zugangsvoraussetzungen mit Vollendung des 65. Lebensjahres Anspruch auf eine normale Alterspension.

Für **Frauen** geboren ab 1.1.1964 steigt das frühestmögliche Alter für den Zugang in Halbjahresschritten an, bis im Jahr 2033 das Antrittsalter 65 erreicht ist. (BGBl. Nr. 832/1992). Durch die schrittweise Anhebung fällt im Bereich der Alterspensionen jährlich ein halber Jahrgang weg, wodurch es zu einer deutlich geringeren Steigerung des Pensionsstandes ab 2024 kommt. Diese Erhöhung des Antrittsalters setzt sich fort. Eine in den gleichen Schritten verlaufende Anhebung auf Alter 62 erfolgt bei der Langzeitversicherungspension. Es wird angenommen, dass Frauen eine normale Alterspension in Anspruch nehmen werden, solange die Zugangsvoraussetzungen aufgrund der Abschlagsfreiheit für sie günstiger sind.

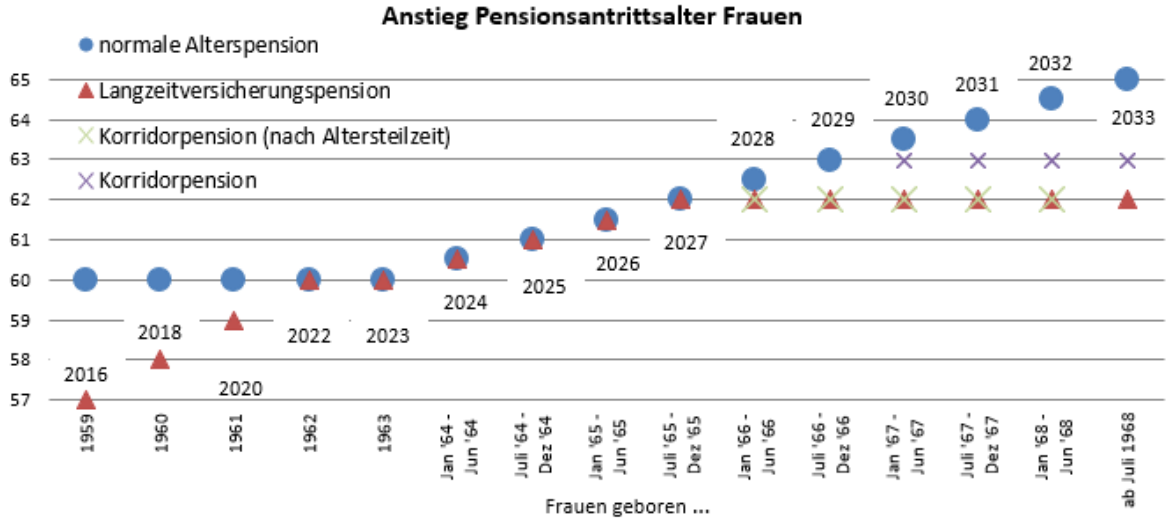


Abbildung 13: Anstieg Pensionsantrittsalter Frauen

Langzeitversicherungspension

Für **Männer** ist das frühestmögliche Antrittsalter 62 Jahre (ab Geburtsjahrgang 1954), die Zahl der notwendigen Beitragsmonate beträgt 540 (=45 Beitragsjahre).

Für **Frauen** steigt das frühestmögliche Antrittsalter im Gleichklang mit der Anhebung auf Alter 65 bei der normalen Alterspension, bis das Antrittsalter 62 erreicht ist (für Frauen geboren ab 1.7.1965). Es wird erwartet, dass Frauen, die zwischen 1.1.1962 und 31.12.1965 geboren sind, keine Langzeitversicherungspension in Anspruch nehmen werden, sondern eine normale Alterspension, da für sie bei beiden Pensionsarten das gleiche Antrittsalter gilt, bei der normalen Alterspension aber keine Abschläge zur Anwendung kommen. Für Frauen geboren ab 1.1.1966 ist bei Vorliegen der übrigen Zugangsvoraussetzungen der Zugang in die Langzeitversicherungspension mit einem geringeren Alter möglich (mit Alter 62, möglicher Pensionsantritt ab dem Jahr 2028) als bei der normalen Alterspension (weiterhin steigendes Antrittsalter). Ab diesem Zeitpunkt werden daher auch trotz der Abschläge wieder Zugänge von Frauen in diese Pensionsart erwartet.

Die Zugänge in diese Pensionsart entwickelten sich im Beobachtungszeitraum sehr unregelmäßig, was hauptsächlich auf die Abschlagsfreiheit 2020 und die Wiedereinführung von Abschlägen ab 2022 zurückzuführen ist. Nach einem „Aufschieben“ im Jahr 2019 und einem Vorzieheffekt 2020 konnte im Jahr darauf wieder ein Absinken der Zugänge beobachtet werden. Ab dem Jahr 2028 wird es voraussichtlich auch Zugänge von Frauen in die Langzeitversicherungspension geben (Zugangsalter 62).

Ausgehend von 10.557 Zugängen im Jahr 2025, eine Zahl die bereits wieder das „normale“ Zugangsverhalten repräsentieren dürfte, wird ein grundsätzlich leicht steigender Trend erwartet. 2028 wird es voraussichtlich zu einem Anstieg kommen, weil ab diesem Zeitpunkt die Langzeitversicherungsregelung auch für Frauen attraktiv wird. Durch das weiterhin ansteigende Antrittsalter bei der normalen Alterspension und die verschärften Zugangsvoraussetzungen bei der Korridorpension wird es auch in den Jahren danach zu einem verstärkten Zugang kommen.

Korridorpension

Das Zugangsalter in die Korridorpension wurde mit dem Budgetbegleitgesetz 2025 für **Männer** und **Frauen** ab dem Jahr 2026 von 62 auf 63 erhöht, für Personen geboren zwischen 1.1.1964 bis 31.3.1965 erfolgt die Erhöhung in 2-Monatsschritten. Die Zahl der notwendigen Versicherungsmonate steigt ausgehend von 480 ebenfalls in 2-Monatsschritten auf 504 (504 Monate gilt für Männer und Frauen geboren ab dem 1.10.1966). Personen, die eine Altersteilzeitvereinbarung abgeschlossen haben, die vor dem 16. Juni 2025 wirksam geworden ist, können weiterhin mit Alter 62 eine Korridorpension antreten, wenn die übrigen Zugangsvoraussetzungen erfüllt sind (480 Versicherungsmonate). Selbiges gilt bei Bezug bzw. bereits erfolgter Zuerkennung von Überbrückungsgeld. Für Frauen, die diese Bedingungen erfüllen, ist daher bereits 2028 ein Zugang in diese Pensionsart interessant. Ansonsten werden Frauen erst ab dem Geburtsjahrgang 1967 eine Korridorpension antreten (Zugang 2030), da zuvor mit geringerem Alter eine normale Alterspension abschlagsfrei möglich ist.

Für das Jahr 2026 zeichnet sich aufgrund der Verschärfung der Zugangsvoraussetzungen ein geringerer Zugang in diese Pensionsart ab als im Jahr zuvor. Diese Entwicklung wird sich voraussichtlich im Jahr 2027 fortsetzen. Im Jahr 2028 werden erstmals Zugänge von Frauen in diese Pensionsart erwartet, vermehrt ab 2030, da ab diesem Jahr das Antrittsalter in die normale Alterspension bereits über 63 Jahre beträgt.

Schwerarbeitspension

Die „Langzeitversicherungspension mit Schwerarbeit“ ist im Jahr 2023 ausgelaufen und galt nur für begrenzte Jahrgänge (Männer geboren nach dem 31.12.1953 bis geboren vor dem 1.1.1959 beziehungsweise für Frauen geboren nach dem 31.12.1958 bis geboren vor dem 1.1.1964). Insgesamt gab es fast 21.000 Zuerkennungen in dieser Pensionsart, davon etwas mehr als 15.000 Frauen (72%). Seit 2024 gibt es keine Zugänge mehr in diese Pensionsart.

Für die Schwerarbeit nach APG gilt für **Männer** und **Frauen** Antrittsalter 60. Seit 2024 gibt es erstmals Zugänge von Frauen in diese Pensionsart, da das Antrittsalter hier niedriger ist als bei der normalen Alterspension. Die Zahl der Neuzuerkennungen bei den Frauen stieg von 484 im Jahr 2024 auf 1.168 im Jahr 2025 und wird aufgrund der bereits vorliegenden Daten weiterhin steigen, am Ende des Prognosezeitraumes werden rund 4.000 Fälle erwartet. Ein Teil des Anstieges erklärt sich auch durch die

leichtere Anerkennung von Schwerarbeitsmonaten für Pflegekräfte ab dem Jahr 2026.

Vorzeitige Alterspension bei langer Versicherungsdauer

Der Zugang in diese Pensionsart nach § 253b ASVG bzw. den entsprechenden Bestimmungen im GSVG und BSVG war bis 2017 möglich. Ab 2018 scheinen hier nur noch Fälle auf, die sich aufgrund der Umwandlung des Sonderruhegeldes in die vorzeitige Alterspension ergeben. Pro Jahr sind dies zwischen 400 und 600 Fälle. Anspruch auf Sonderruhegeld entsteht bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen nach Vollendung des 57. (Männer) bzw. 52. (Frauen) Lebensjahres (Art. X NSchG). Mit Erreichen des 60. bzw. 55. Lebensjahres wird das Sonderruhegeld in eine Vorzeitige Alterspension bei langer Versicherungsdauer umgewandelt.
Seit 23.10.2019 wird das Sonderruhegeld abschlagsfrei gewährt. Das durchschnittliche Sonderruhegeld ist dadurch für Neuzugänge höher, wodurch zeitverzögert auch bei der Umwandlung in eine Alterspension für die gesetzliche Pensionsversicherung höhere Pensionen anfallen.

Die folgende Übersicht zeigt für das Jahr 2026 zusammengefasst, welche Voraussetzungen für den Zugang in die unterschiedlichen Arten der Alterspension erfüllt sein müssen:

<table>
<tr><th colspan="8">Zugangsvoraussetzungen 2026</th></tr>
<tr><th colspan="2"></th><th>normale Alterspension</th><th>Korridor-pension</th><th>Langzeit-versicherungs-pension ("Hackler")</th><th>Schwerarbeits-pension nach APG</th><th>Teilpension 6)</th><th>Vorzeitige Alterspension bei langer Versicherungs-dauer</th></tr>
<tr><td rowspan="3">Männer</td><td>Alter</td><td>65</td><td>63 2) 3)</td><td>62</td><td>60</td><td rowspan="5">Voraussetzungen für (vorzeitige) Alterspension müssen erfüllt sein

am Stichtag muss Pflichtversicherung vorliegen

Arbeitszeitreduktion … -> Teilpension …
25%-40% -> 25%
40%-60% -> 50%
60%-75% -> 75%</td><td rowspan="5">Zugang war nur bis 1.10.2017 möglich

seither nur noch Umwandlungen von Sonderruhegeld in diese Pensionsart</td></tr>
<tr><td>Monate</td><td>180 VM (15 Jahre), davon mind. 84 Monate aufgrund Erwerbstätigkeit</td><td>schrittweise Erhöhung auf 504 VM (42 Jahre)</td><td>540 BM (45 Jahre)</td><td rowspan="3">540 VM, davon innerhalb der letzten 240 KM mind. 120 Schwerarbeits-monate</td></tr>
<tr><td>Abschlag pro Jahr</td><td></td><td>5,1%</td><td>4,2%</td></tr>
<tr><td rowspan="3">Frauen</td><td>Alter</td><td>1)</td><td rowspan="3">4)</td><td>5)</td></tr>
<tr><td>Monate</td><td>180 VM (15 Jahre), davon mind. 84 Monate aufgrund Erwerbstätigkeit</td><td>540 BM (45 Jahre) für Frauen geboren ab 1.1.1962</td></tr>
<tr><td>Abschlag pro Jahr</td><td></td><td>4,2%</td><td>1,8%</td></tr>
<tr><td colspan="8">Zuschlag bei Inanspruchnahme der Pension nach Vollendung des Regelpensionsalters (trotz Erfüllung der Anspruchsvoraussetzungen) ab 1.1.2024: 5,1% pro Jahr (0,425% pro Monat), max. 15,3%;
zusätzlich: nur halber Pensionsversicherungsbeitrag von Dienstnehmer und Dienstgeber</td></tr>
</table>

1) Alter 60 für Frauen, die bis 31.12.1963 geboren sind; ab 2024 Erhöhung Regelpensionsalter stufenweise auf 65
2) Alter 62 für Männer, die bis 31. Dezember 1963 geboren sind; stufenweise Erhöhung auf 63
3) Schutzbestimmung (Altersteilzeit bzw. Überbrückungsgeld vor 16. Juni 2025)
4) Altersgrenze wie bei Männern, für Frauen erst ab 2030 relevant
5) Alter 60 für Frauen geboren von 1.1.1962 bis 31.12.1963, Alter steigt stufenweise auf 62, ab 2028 relevant
6) Berechnung erfolgt wie für die Form der (vorzeitigen) Alterspension

VM …. Versicherungsmonate
BM …. Beitragsmonate
KM … Kalendermonate

Tabelle 3: Zugangsvoraussetzungen 2026

Vorzeitige Alterspensionen insgesamt

In der ***Übersicht 9*** ist die Zahl der neuzuerkannten Alterspensionen dargestellt.
Durch das Auslaufen der Langzeitversicherungspension mit Schwerarbeit sank bis 2023 die Zahl an **Frauen**, die eine vorzeitige Alterspension in Anspruch genommen haben, nahezu auf null. Waren im Jahr 2018 rund 15% aller Neuzuerkennungen an Alterspensionen bei den Frauen eine vorzeitige Alterspension, waren dies im Jahr 2023 nur noch 0,2% (121 Fälle). Bis 2025 stieg der Anteil auf mehr als 3%, wobei in diesem Jahr alle Zugänge in eine Vorzeitige Alterspension auf die Schwerarbeitspension nach APG entfielen – in dieser Pensionsart war das mögliche Antrittsalter mit 60 in den Jahren 2024 und 2025 bereits niedriger als in der normalen Alterspension. Im Jahr 2026 setzt sich der Trend fort, in den Monaten Jänner bis August betrug der Anteil bereits 4,4%

Frauen	**erstmalige Neuzuerkennungen**				
	2018	**2023**	**2024**	**2025**	**2026 Jan bis Aug**
Alterspensionen	41.559	60.034	38.593	36.660	16.834
davon					
vorzeitige Alterspensionen	6.335	121	484	1.168	737
Anteil	**15,2%**	**0,2%**	**1,3%**	**3,2%**	**4,4%**

Tabelle 4: Erstmalige Neuzuerkennungen Alterspensionen – Frauen

Bei den **Männern** zeigt sich ein völlig anderes Bild. 2025 entfielen fast 60% aller Alterspensionsneuzugänge auf Langzeitversicherungs-, Korridor- und Schwerarbeitspension. Knapp die Hälfte dieser Fälle trat die Pension mit Alter 62 an.

Männer	**erstmalige Neuzuerkennungen 2025**		
	insgesamt	davon mit Alter 62	Anteil
Alterspensionen	50.970		
davon			
Langzeitversicherungspensionen	10.557	6.701	63,5%
Korridorpensionen	12.524	7.313	58,4%
Schwerarbeitspensionen	7.408	1.044	14,1%
SUMME	30.489	15.058	49,4%
Anteil an allen Alterspensionen	**59,8%**		

Tabelle 5: Erstmalige Neuzuerkennungen Alterspensionen – Männer 2025

Durch das ansteigende Antrittsalter bei den Frauen und die Neuregelung bei den Korridorpensionen ist daher die Entwicklung der Personengruppe der 62- bis 65-jährigen von besonderem Interesse:

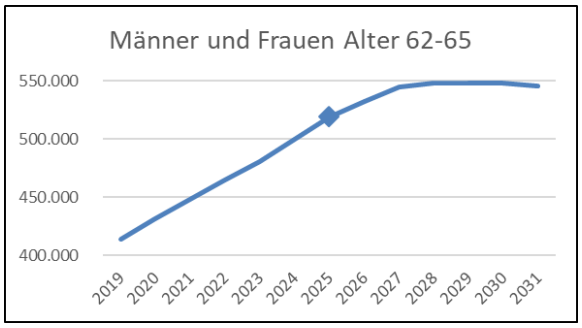


Abbildung 14: Entwicklung Zahl der Männer und Frauen - Alter 62

In der Grafik ist sehr deutlich die Steigerung der Bevölkerung in dieser Altersgruppe zu sehen, ab dem Jahr 2027 bleibt die Gesamtzahl in etwa auf dem gleichen Niveau. In naher Zukunft steigt der „Pool“, aus dem die Neuzugänge kommen, also nicht mehr an.

Insgesamt ergab sich im Jahr 2025 ein Zugang in vorzeitige Alterspensionen von 32.257, der damit um etwas mehr als 1.000 Fälle höher war als im Jahr zuvor (2024: 31.034). Für die Jahre ab 2026 wird, vor allem bedingt durch die demografische Entwicklung und die zuvor beschriebenen Fakten, ein jährlicher Zugang von durchschnittlich rund 41.000 Fällen erwartet.

5.1.3 Entwicklung des Pensionsstandes

Der Pensionsstand steigt im Zeitraum von 2025 bis 2031 von 2.584.909 auf rund 2.738.000, was einem Anstieg um 5,9% entspricht (***Übersichten 8 und 10***), nachdem im Beobachtungszeitraum die Steigerung 8,7% betragen hat.

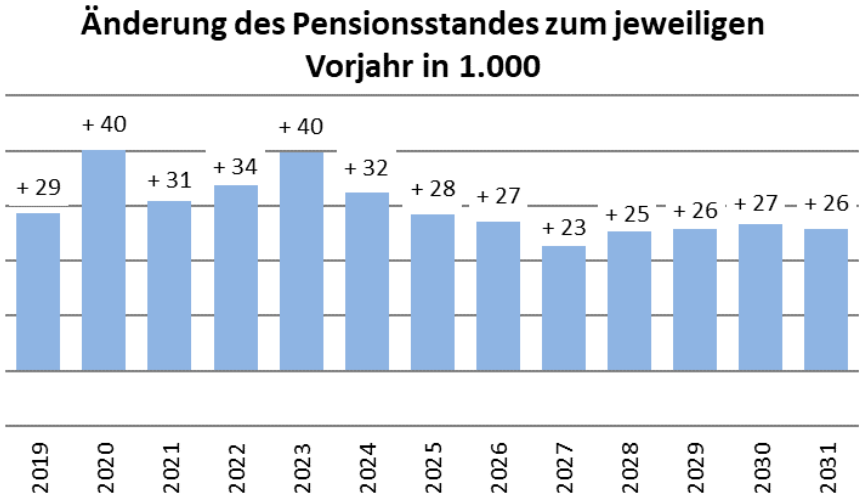


Abbildung 15: Veränderung des Pensionsstandes zum Vorjahr

Die Entwicklung der einzelnen Pensionsarten zeigt die folgende Grafik.

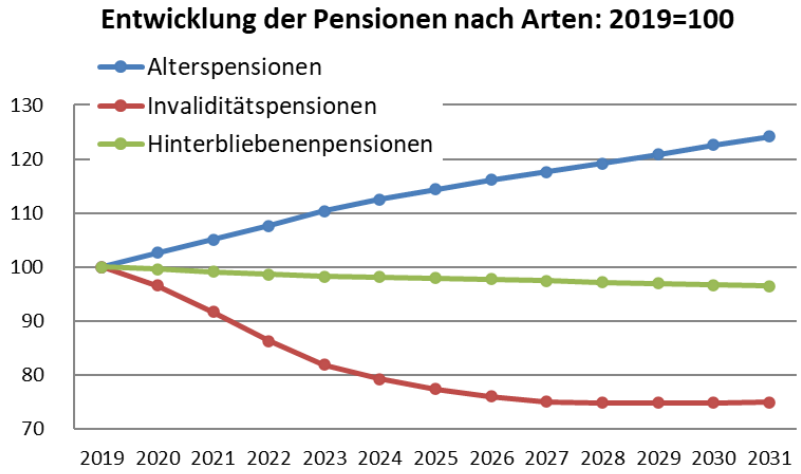


Abbildung 16: Entwicklung der Pensionen nach Pensionsarten

Während die Zahl der Hinterbliebenenleistungen sich nur wenig ändert, steigt die Zahl der **Alterspensionen** sowohl im Beobachtungszeitraum als auch im Prognosezeitraum stetig an. Die im Jahr 2024 beginnende Erhöhung des Antrittsalters bei den Frauen führt zu geringeren Zugangszahlen in diesem und in den Folgejahren. In Summe wird die Steigerung bei den Alterspensionen im Prognosezeitraum insgesamt daher auch niedriger erwartet als im Beobachtungszeitraum (+14,4% zu +8,2%). Dies würde für das Jahr 2031 einen Stand von rund 2.146.000 Alterspensionen bedeuten (2025: 1.984.229). Innerhalb der Alterspensionen kommt es aufgrund der zuvor beschriebenen Änderungen zu Verschiebungen. Während die Zahl der normalen Alterspensionen sinkt, steigt die Zahl der Schwerarbeitspensionen. Ab 2028 wird es aufgrund der Erhöhung des Antrittsalter bei den Frauen einen Anstieg bei den Langzeitversicherungspensionen geben, ab 2030 aus dem gleichen Grund bei den Korridorpensionen. Die geänderten Zugangsvoraussetzungen bei der Korridorpension führt zu einer Schwankung des Standes in dieser Pensionsart.

Die Zahl der **Invaliditätspensionen** sinkt durch das Prinzip „Rehabilitation vor Pension“ zu Beginn des Prognosezeitraumes weiterhin ab, allerdings nicht mehr so deutlich wie im Beobachtungszeitraum. Fast alle Versicherten fallen mittlerweile unter diese Regelung – der Geburtsjahrgang 1964 ist heuer bereits 62 Jahre alt. Ausschlaggebend ist daher zunehmend die Besetzung der einzelnen Jahrgänge. Ab 2029 wird mit einem leicht steigenden Stand an (unbefristeten) Invaliditätspensionen gerechnet. Für die gesamte Pensionsversicherung ergibt dies im Prognosezeitraum ein Sinken von nur noch rund 2% auf rund 113.000 Fälle im Jahr 2031.

	2019	2019-2025	2025	2025-2031	2031	2019-2031
Alterspensionen	1.734.515	+ 14,4%	1.984.229	+ 8,2%	2.146.273	+ 23,7%
Invaliditätspensionen	149.584	- 22,6%	115.838	- 2,4%	113.015	- 24,4%
Hinterbliebenenpensioner	494.963	- 2,0%	484.842	- 1,2%	478.923	- 3,2%
alle Pensionen	**2.379.062**	+ 8,7%	**2.584.909**	+ 5,9%	**2.738.210**	+ 15,1%

Tabelle 6: Entwicklung des Pensionsstandes nach Pensionsart

Die Entwicklung des Pensionsstandes je Versichertengruppe zeigt folgende Tabelle:

	2019-2025	2025-2031	insgesamt (2019-2031)
ASVG	+ 8,8%	+ 5,8%	+ 15,1%
GSVG+FSVG	+ 22,4%	+ 16,6%	+ 42,8%
BSVG	- 9,1%	- 9,3%	- 17,6%
gesamte PV	**+ 8,7%**	**+ 5,9%**	**+ 15,1%**

Tabelle 7: Entwicklung des Pensionsstandes nach Versichertengruppe

Der Rückgang in der bäuerlichen Pensionsversicherung (BSVG) sowohl im Beobachtungs- als auch im Prognosezeitraum spiegelt – mit zeitlicher Verzögerung – den sinkenden Stand an Versicherten wider, hervorgerufen durch den Strukturwandel in der Landwirtschaft.

Die detaillierten Zahlen zum Thema „Pensionsstände“ finden sich in den ***Übersichten 5 bis 8 und 10***. Dort findet sich auch eine getrennte Darstellung nach Alterspensionen und Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit bzw. Erwerbsunfähigkeit. Zur Abgrenzung der Pensionsarten sei noch angemerkt, dass diese Pensionsleistungen ab Erreichen des gesetzlichen Antrittsalters in Alterspensionen umgewandelt werden (dadurch gibt es beispielsweise keine 70-jährigen Fälle mehr, die eine Invaliditätspension beziehen, auch wenn ursprünglich eine solche zuerkannt wurde).

5.2 Pensionshöhe

Die Entwicklung der Durchschnittspension lässt sich durch zwei Faktoren erklären:

- zum einen durch die jährliche Pensionsanpassung und
- zum anderen durch die Tatsache, dass sich durch Wegfall und Zugang von Leistungen die Zusammensetzung des Pensionsstandes laufend ändert. Die auf Veränderungen der Zusammensetzung des Pensionsstandes zurückzuführende Änderung der Durchschnittspension wird als Struktureffekt bezeichnet.

5.2.1 Pensionsanpassung

Seit dem Jahr 2006 basiert die Pensionsanpassung grundsätzlich auf der Entwicklung der Verbraucherpreise. Aus den Inflationsraten von August des vergangenen Jahres bis Juli des laufenden Jahres wird der Richtwert berechnet und auf dessen Basis der Anpassungsfaktor kundgemacht, welcher die Grundlage für die Pensionsanpassung des Folgejahres darstellt. Aufgrund der Prognosen über die zukünftigen Inflationsraten (***Übersicht 1***) ergeben sich die Richtwerte für die Jahre 2027 bis 2031. Für das Jahr 2027 wurde im Rahmen des Budgetbegleitgesetzes 2027-2028 folgende gesetzliche Regelung getroffen: Gesamtpensionseinkommen, die nicht mehr als 6.930 € monatlich betragen, werden um 2,95% erhöht, darüber erfolgt eine Erhöhung um 204,44 €.

Die Annahme, dass die Pensionserhöhung sich aus der Inflation ergibt, entspricht der in § 108 Abs. 5 ASVG in Verbindung mit § 108f ASVG geregelten Vorgehensweise. Durch eine einfachgesetzliche Regelung kann jedoch davon abgewichen werden, was im Beobachtungszeitraum ab dem Jahr 2018 geschah. Durch diese Staffelungen der Anpassungen kam es 2018 bis 2022 zu höheren Kosten im Vergleich zu Anpassungen mit den auf den Inflationsraten basierenden Anpassungsfaktoren. Die Einsparungen durch die gedeckelten Pensionsanpassungen der Jahre 2023 bis 2026 wogen diese Mehrkosten bei weitem nicht auf.

Die Anpassung im Prognosezeitraum ist insgesamt niedriger als jene im Beobachtungszeitraum. Während im Beobachtungszeitraum die durchschnittliche jährliche Anpassung fast 4,4% betrug, ergibt sich aufgrund der Inflationsentwicklung im Prognosezeitraum eine durchschnittliche jährliche Anpassung von 2,45% (***Übersichten 29 und 30a***).

Die Anpassungsfaktoren sind der ***Übersicht 2*** zu entnehmen.

5.2.2 Struktureffekt

Da wegfallende Pensionen im Durchschnitt niedriger sind, als die Durchschnittspension des Gesamtstandes, steigt letztere durch den laufenden Wegfall von Leistungen. Neu anfallende Leistungen liegen höher als die Durchschnittspension des Gesamtstandes, was den Durchschnitt ebenfalls steigen lässt.
Durch die Zu- und Abgangsbewegungen ändert sich die Durchschnittspension daher auch abseits der Pensionsanpassung. Die auf Zu- und Abgänge rückführbare Änderung der Durchschnittspension wird als Struktureffekt bezeichnet.

Er wird berechnet mittels Division der Durchschnittspension des Jahres t durch die mit dem Anpassungsfaktor des Jahres t erhöhte Durchschnittspension des Jahres t-1.

Ein Teil des Struktureffekts ist grundsätzlich aus der Art und Weise, wie eine Pension im Pensionskonto berechnet wird, erklärbar. Aufgrund der Berechnungsmethode steigt die durchschnittliche Neuzugangspension in der Modelllogik mit der Aufwertungszahl (=Steigerungsrate der durchschnittlichen Beitragsgrundlage). Unter der modellhaften Annahme eines konstanten Anstiegs der durchschnittlichen Beitragsgrundlagen ist dieser Zusammenhang exakt. Schwankungen der Lohnentwicklung im Zeitverlauf führen nur zu geringfügigen Abweichungen. Daher führt das Pensionskonto dazu, dass Neuzugangspensionen mit der Entwicklung des Lohnniveaus weitgehend Schritt halten. Dass die Neuzugangspensionen ebenso stark steigen, wie Erwerbseinkommen ist auch sinnvoll, denn andernfalls würde die „Einkommensschere“ zwischen Erwerbstätigen und Pensionisten sukzessive aufgehen. Langfristig sollte der Struktureffekt damit dem Quotienten aus nomineller Beitragsgrundlagenentwicklung und Inflation (=“Reallohnzuwachs“) entsprechen. Wenn die Neuzugangspension langfristig mit dem Lohnniveau steigt, ist das auch für die Durchschnittspension zu erwarten.

Die Daten der letzten zwei Jahrzehnte zeigen, dass die Neuzugangspension (Direktpensionen) und in Folge dieser Entwicklung auch die Durchschnittspension des Gesamtstandes in diesem Zeitraum stärker gestiegen ist, als die durchschnittliche Beitragsgrundlage. Von 2006 bis 2025 ist die durchschnittliche Neuzugangspension um rd. 3,9% pro Jahr gestiegen, die Durchschnittspension des Gesamtstandes um 3,6%, die durchschnittliche Beitragsgrundlage um rd. 3,1%. Die rein modellbezogenen Überlegungen reichen daher nicht aus, die aktuell beobachteten Struktureffekte zu

erklären. Vielmehr hat auch jede Veränderung im Leistungs-, Beitrags- und Zugangsrecht wie beispielsweise die Einführung des Pensionskontos, die Erweiterung des Durchrechnungszeitraumes, Änderungen bei Zu- und Abschlägen, die Art und Weise, wie Anwartschaften aufgewertet werden, Anhebungen des Antrittsalters, Beitragssatzerhöhungen etc. Einfluss auf die Entwicklung der Neuzugangspensionen. Auch Verhaltensänderungen der Versicherten, etwa Änderungen des Teilzeitverhaltens oder der Länge der Erwerbsbiografien tragen dazu bei. Es ist kaum abschätzbar, wie stark diese Faktoren in den letzten Jahrzehnten einander und den „modellbedingten" Struktureffekt überlagern.

Ein weiterer nicht zu vernachlässigender Faktor dürfte die steigende durchschnittliche Frauenpension sein. Die durchschnittliche Neuzugangspension der Frauen war 2025 mehr als doppelt so hoch wie im Jahr 2000 (+115,4%), die durchschnittliche Neuzugangspension der Männer nur um 90,5% höher. Dies hat sich auch auf die Durchschnittspension des Gesamtstandes ausgewirkt: Die durchschnittliche Frauenpension ist seit dem Jahr 2000 um 141,8% gestiegen, die Männerpension um 121,8%. Damit hat sich der Einkommensrückstand der Frauen seit dem Jahr 2000 deutlich verringert. Im Pensionsstand des Jahres 2000 lag die durchschnittliche Frauenpension noch um 43,3% unter jener der Männer, 2020 um 38,8% und seit 2023 um 38,2%. Bei den Neuzugängen war der Einkommensrückstand 2024 höher als 2023, weil in diesem Jahr wegen der Anhebung des Antrittsalters weniger Alterspensionen von Frauen in Anspruch genommen wurden, während die Zahl der Invaliditäts- bzw. Hinterbliebenenleistungen mit niedrigeren Pensionshöhen nahezu konstant geblieben ist. 2025 ist der Wert wieder leicht gesunken und lag bei 35,8%. Eine gewisse Rolle spielt auch, dass das Verhältnis von vorzeitigen Pensionen zu regulären Alterspensionen bei den Frauen gestiegen ist.

	Pensionen Neuzugang				
	Frauen		Männer		Abweichung
	Pension in €	Steigerung zu 2000	Pension in €	Steigerung zu 2000	Pension Frauen / Pension Männer
2000	631,74		1.112,30		**-43,2%**
2020	1.105,39	75,0%	1.829,97	64,5%	-39,6%
2021	1.144,31	81,1%	1.820,75	63,7%	-37,2%
2022	1.209,91	91,5%	1.837,96	65,2%	-34,2%
2023	1.254,14	98,5%	1.866,73	67,8%	-32,8%
2024	1.286,80	103,7%	2.008,38	80,6%	-35,9%
2025	1.360,57	**115,4%**	2.118,50	**90,5%**	**-35,8%**

	Pensionen Stand				
	Frauen		Männer		Abweichung
	Pension in €	Steigerung zu 2000	Pension in €	Steigerung zu 2000	Pension Frauen / Pension Männer
2000	552,93		975,24		**-43,3%**
2020	992,02	79,4%	1.619,75	66,1%	-38,8%
2021	1.028,87	86,1%	1.675,42	71,8%	-38,6%
2022	1.067,67	93,1%	1.732,86	77,7%	-38,4%
2023	1.144,54	107,0%	1.850,86	89,8%	-38,2%
2024	1.266,99	129,1%	2.049,46	110,1%	-38,2%
2025	1.336,82	**141,8%**	2.163,30	**121,8%**	**-38,2%**

Tabelle 8: Steigerung der Durchschnittspensionen nach Geschlecht seit dem Jahr 2000

Wenngleich eine detaillierte Untersuchung dieser Entwicklung den gesetzlichen Auftrag des Gutachtens übersteigen würde, kann aus den vorliegenden Daten eine (Teil-) Begründung abgeleitet werden: Aufgrund der stetig gewachsenen Erwerbsbeteiligung von Frauen ändert sich das Mischverhältnis zwischen den (niedrigeren) Witwenpensionen und den (höheren) Eigenpensionen in Richtung eines höheren Anteils der Eigenpension, was die Durchschnittspension von Frauen insgesamt steigen lässt. Der gegenteilige Effekt, der sich aus der derzeit laufenden Anhebung des Frauen-Antrittsalters ergibt, ist vorübergehend und – wie oben beschrieben – vor allem auf eine verringerte Zahl an Zugängen in die Alterspension bei konstanten Zugängen in die Invaliditäts- und Hinterbliebenenpensionen zurückzuführen.

Im Beobachtungszeitraum betrug der Struktureffekt durchschnittlich 1,34% pro Jahr, allerdings mit einer Schwankungsbreite zwischen 1,04% (2019) und 1,63% (2021). Eine teilweise Erklärung für den hohen Wert 2021 ist die Abschlagsfreiheit bei der Langzeitversicherungspension, die in diesem Jahr zur Anwendung kam. Langzeitversicherungspensionen sind per se schon überdurchschnittlich hoch. Durch die Abschlagsfreiheit wurden sie noch höher bzw. häufiger in Anspruch genommen.

Für die Zukunft wird für den Struktureffekt grundsätzlich jeweils ein linearer Verlauf unterstellt, der je nach Pensionsart bzw. Versichertengruppe steigend oder sinkend verlaufen kann. Ein gravierender Einfluss auf die durchschnittlichen Pensionshöhen wird sich allerdings aus den getroffenen Maßnahmen im Bereich der Korridorpension ergeben. Durch die spätere Inanspruchnahme der (hohen) Korridorpension werden die Durchschnittspensionen kurzfristig sinken, danach jedoch steigen.

5.2.3 Entwicklung der Durchschnittspension

Als Ergebnis aus Durchschnittspensionen des Standes, der Entwicklung der Anpassung sowie der Annahmen über den Struktureffekt ergeben sich die Durchschnittspensionen für den Prognosezeitraum.

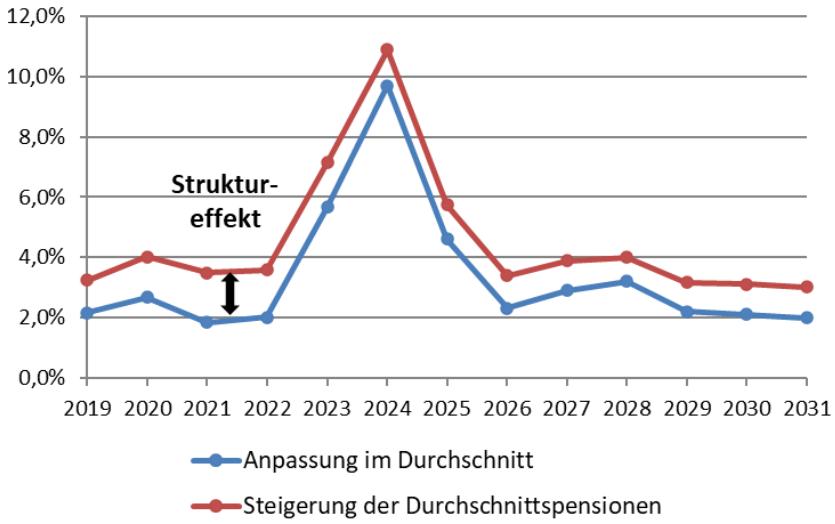


Abbildung 17: Entwicklung Anpassung und Steigerung der Durchschnittspensionen

Die ***Übersicht 11*** informiert über die Entwicklung der Durchschnittspensionen nach Versichertengruppen. Die Daten beziehen sich auf den Gesamtdurchschnitt aus Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspensionen, Alterspensionen und Hinterbliebenenpensionen.

Folgende Zuwächse gab es im Beobachtungszeitraum bzw. werden im Prognosezeitraum erwartet:

in €	2019	2019-2025	2025	2025-2031	2031	2019-2031
ASVG	1.198,79	+ 40,0%	1.678,67	+ 22,7%	2.060,49	+ 71,9%
GSVG+FSVG	1.362,12	+ 31,5%	1.791,47	+ 15,2%	2.063,79	+ 51,5%
BSVG	779,23	+ 44,9%	1.129,43	+ 25,6%	1.418,36	+ 82,0%
gesamte PV	**1.182,54**	+ 40,1%	**1.656,62**	+ 22,4%	**2.028,31**	+ 71,5%

Tabelle 9: Entwicklung der Durchschnittspensionen

Die Steigerungen im Beobachtungszeitraum ergaben sich aus einer gesamten Anpassung von 29,4% und einem Struktureffekt von 8,3%, wobei in diesen Zeitraum das Jahr mit der höchsten Pensionsanpassung fällt (Anpassungsfaktor 2024: 1,097) und zusätzlich im Jahr 2024 die Schutzklausel zum Tragen kam. Im Prognosezeitraum ist insgesamt von etwas geringeren Anpassungen auszugehen (15,6%). Nach dem erneut hohen Anpassungsfaktor 2025 mit 1,046 werden sich die Anpassungen wieder

in Richtung 2% bewegen. Der Struktureffekt wird mit prognostizierten rund 5,9% niedriger sein als im Beobachtungszeitraum. Einerseits fallen bei den Frauen durch die Anhebung des Antrittsalters und den dadurch späteren Pensionsantritt höhere Alterspensionen weg, was über einige Jahre den Struktureffekt dämpft. Andererseits bewirken die gesetzlichen Änderungen bei den Korridorpensionen ebenfalls eine kurzfristig abgeschwächte Entwicklung des Struktureffekts. Eine Steigerung der Pensionen im geringen Ausmaß ergab sich durch den Frühstarterbonus.

Der niedrigste Anstieg bei den Durchschnittspensionen wird in der Pensionsversicherung nach dem GSVG und FSVG erwartet, der höchste im bäuerlichen Bereich – hier allerdings von einem deutlich niedrigeren Niveau aus. Die Gründe, warum diese Pensionen wesentlich niedriger sind, sind einerseits die geringere durchschnittliche Zahl an Versicherungsmonaten und andererseits auch niedrigere Beitragsgrundlagen.

Insgesamt sollte die Durchschnittspension in der gesamten Pensionsversicherung im Jahr 2031 mit rund 2.028 € um fast 372 € über jener im Jahr 2025 liegen. Dies bedeutet eine Steigerung um rund 22% nach einem Anstieg um mehr als 40% im Beobachtungszeitraum.

5.2.4 Pensionsleistungen - Pensionsbezieher

Die im Gutachten dargestellte Zahl der Pensionen erfolgt auf Basis von Pensionsleistungen. Da eine Person über mehrere Pensionen verfügen kann, ist die Zahl der Bezieher („Köpfe“) geringer. Berücksichtigt man diese Mehrfachbezüge, zeigt sich im Beobachtungszeitraum jeweils im Juli des Jahres für die gesetzliche Pensionsversicherung folgendes Bild:

	Pensions-leistungen	Pensions-bezieher
2018	2.389.646	2.125.674
2019	2.421.246	2.154.485
2020	2.462.389	2.192.662
2021	2.497.376	2.223.980
2022	2.522.092	2.245.620
2023	2.564.935	2.285.125
2024	2.585.020	2.302.486
2025	2.614.156	2.329.276

Zahl der Pensionsbezieher: Juli 2025			
	Männer	Frauen	gesamt
1	931.020	1.114.072	2.045.092
2	48.429	235.060	283.489
3 und mehr	101	594	695
gesamt	979.550	1.349.726	2.329.276
1	95,0%	82,5%	87,8%
2	4,9%	17,4%	12,2%
3 und mehr	0,0%	0,0%	0,0%
gesamt	100,0%	100,0%	100,0%

Quelle: Dachverband der SV-Träger, eigene Berechnungen

Tabelle 10: Pensionsleistungen - Pensionsbezieher

Im Juli 2025 erhielten 284.184 Personen und damit mehr als 12% der Pensionsbezieher mehr als eine Pension (davon 695 Fälle drei und mehr Pensionen), wobei dies bei Frauen mit 17,4% deutlich häufiger auftrat als bei Männern (4,9%). Die häufigste Kombination bei den Frauen ist mit rund 232.000 Fällen das Zusammentreffen einer Alterspension mit einer Witwenpension.

Dies wirkt sich auf die Pensionshöhe aus. Die durchschnittliche Bruttopension von Frauen betrug im Juli 2025 rund 1.320 €. Berücksichtigt man das Zusammentreffen mehrerer Pensionen aus der gesetzlichen Pensionsversicherung, betrug die durchschnittliche Höhe (ohne Einbeziehung von Ruhe- und Versorgungsgenüssen) bei Frauen rund 1.560 € (+240 €). Bei den Männern betrug im Juli 2025 die Durchschnittspension in der gesetzlichen Pensionsversicherung auf Leistungsebene rund 2.100 €, auf Bezieherebene rund 2.250 € (+ 150 €) – die Auswirkung ist also geringer als bei den Frauen.

6 Beitragseinnahmen aus Pflichtbeiträgen

Die Pflichtbeiträge der Erwerbstätigen (***Übersichten 17 bis 19***) machen mit rund 90% den weitaus größten Teil der Erträge der Pensionsversicherungsträger aus (gemessen an den Erträgen ohne Bundesmittel). Daher sind sie auf der Einnahmenseite der Pensionsversicherung auch der wesentliche Einflussfaktor für die Höhe der Ausfallhaftung.

6.1 Zusammenhänge mit der wirtschaftlichen Entwicklung

Die Entwicklung der Pflichtbeiträge steht, im Gegensatz zum Pensionsaufwand, in deutlichem Zusammenhang mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Besonders im ASVG-Bereich besteht eine Korrelation zum einen zwischen der Entwicklung der durchschnittlichen Beitragsgrundlage und dem pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten, zum anderen zwischen der Anzahl der Pflichtversicherten und der Anzahl unselbständig Beschäftigter. Da die Beiträge im Bereich des ASVG über 90% der gesamten Beitragseinnahmen der gesetzlichen Pensionsversicherung ausmachen, prägen die Einkommens- und Beschäftigungsentwicklung der unselbständig Beschäftigten die Gebarung der gesetzlichen Pensionsversicherung und damit die Ausfallhaftung ganz entscheidend.

Die Prognose der Beitragseinnahmen basiert auf der

- Entwicklung der unselbständig aktiv Beschäftigten als Basis für die Schätzung der Zahl der Pflichtversicherten, sowie auf der
- Entwicklung der Bruttolohn- und Gehaltssumme gemäß Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (VGR) je unselbständiges Beschäftigungsverhältnis (in weiterer Folge als „pro-Kopf-Einkommen“ bezeichnet) als Basis für die Schätzung der durchschnittlichen Beitragsgrundlage.

Beide Größen erklären die Beitragsentwicklung jedoch nicht zur Gänze. Vielmehr ist die Zahl der Pflichtversicherten in der Vergangenheit stärker gewachsen, als jene der unselbständig aktiv Beschäftigten und die Beitragsgrundlage geringfügig stärker, als das pro-Kopf-Einkommen. Der Zusammenhang zwischen Beitragsgrundlage und pro-Kopf-Einkommen ist dabei weniger stabil. Zwar ist die durchschnittliche Beitragsgrundlage im langjährigen Durchschnitt etwas stärker gestiegen als das pro-Kopf-Einkommen, hat aber darüber hinaus auch weniger stark geschwankt. Insbesondere in Jahren mit sehr starkem Anstieg des pro-Kopf-Einkommens war die Wachstumsrate

der Beitragsgrundlage in der Vergangenheit niedriger, als jene des pro-Kopf-Einkommens. Das hängt damit zusammen, dass die Entwicklung der Höchstbeitragsgrundlage durch die Verknüpfung mit der Aufwertungszahl der Lohnentwicklung zwei Jahre „hinterherläuft“. Nach Phasen hoher Inflation steigen üblicherweise die Löhne deutlich, die Höchstbeitragsgrundlage jedoch erst zwei Jahre später. Im Jahr des starken Lohnwachstums ist daher die Beitragsleistung von Beziehern hoher Einkommen (über der Höchstbeitragsgrundlage) noch gebremst – sie steigt nur im gleichen Ausmaß wie die Höchstbeitragsgrundlage selbst. Dies bewirkt, dass die durchschnittliche Beitragsgrundlage weniger stark ansteigt, als die pro-Kopf-Einkommen. Wie stark dieser Effekt ausfällt, hängt jedoch auch davon ab, in welchen Einkommensbereichen das Lohnwachstum stattfindet. Wenn – etwa infolge sozial gestaffelter Lohnabschlüsse – das Lohnwachstum verstärkt im unteren Einkommensbereich stattfindet, wäre zu erwarten, dass der Effekt weniger stark ausgeprägt ist. Das verspätete Ansteigen der Höchstbeitragsgrundlage bewirkt, dass Erwerbstätige mit Einkommen über der Höchstbeitragsgrundlage mit zeitlicher Verzögerung einen überproportionalen Anteil zum Beitragswachstum liefern.

Neben den Einkommensbestandteilen über der Höchstbeitragsgrundlage ist die unterschiedliche Entwicklung zwischen allgemeiner und beitragspflichtiger Lohnsumme auf einen weiteren Faktor zurückzuführen, nämlich den Rückgang der Zahl der Beamten zugunsten der Zahl der Vertragsbediensteten: Die Alterssicherung von Beamten erfolgt nicht aus der gesetzlichen Pensionsversicherung. Die Pragmatisierung wurde in den letzten beiden Jahrzehnten jedoch insbesondere auf Bundesebene restriktiv gehandhabt, so dass die Nachbesetzung von Abgängen fast ausschließlich durch Vertragsbedienstete erfolgte. Da Vertragsbedienstete der gesetzlichen Pensionsversicherung unterliegen, erfährt die Gruppe der ASVG-Pflichtversicherten ein zusätzliches Wachstum, welches auf den „Ersatz“ von Beamten durch Vertragsbedienstete zurückzuführen ist. Verstärkt wird dieser Effekt auch dadurch, dass viele ehemals staatliche Bereiche ausgegliedert wurden. Auch dort werden Beamte, die in den Ruhestand treten, durch ASVG-Versicherte ersetzt.

Diese Veränderungen im Öffentlichen Dienst sorgen dafür, dass die Zahl der ASVG-Versicherten stärker wächst, als die Gesamtheit der unselbständig Beschäftigten. In den letzten beiden Jahrzehnten dürfte diese Entwicklung wesentlich dazu beigetragen haben, dass die unselbständigen Pflichtversicherten in der gesetzlichen Pensionsver-

sicherung im Mittel um 0,33 Prozentpunkte stärker gestiegen sind, als die unselbständig Erwerbstätigen insgesamt. In den Jahren 2023 bis 2025 hat sich diese Entwicklung beim mit Abstand größten Pensionsversicherungsträger, der PVA, jedoch abgeschwächt. Außerordentlich hohe Zuwachsraten bei der BVAEB haben diese Abschwächung in den drei Jahren kompensiert. 2026 wird auch die BVAEB eine weniger starke Zuwachsrate verzeichnen. Die Wachstumsrate der PVA-Versicherten im Jahr 2026 wird allerdings jene der unselbständig Beschäftigten kaum übertreffen. Im Prognosezeitraum wird der Gesamteffekt daher weniger stark eingeschätzt. Durchschnittlich steigen die ASVG-Versicherten pro Jahr um 0,88%. Die unselbständig Beschäftigten nehmen jährlich im Schnitt um 0,63% zu.

Aus den genannten Gründen wurden für die Erstellung des vorliegenden Berichtes die Prognosewerte des pro-Kopf-Einkommens und der unselbständig aktiv Beschäftigten mit Korrekturfaktoren angepasst, die aus Daten der Vergangenheit errechnet wurden.

6.2 Entwicklung der Pflichtbeiträge

Die Pflichtbeiträge (ohne Partnerleistung und sonstige Beitragsübernahmen) sind im Beobachtungszeitraum um 39,4% gestiegen, das entspricht einem durchschnittlichen jährlichen Anstieg um 5,7%. Im Prognosezeitraum wird ein Gesamtanstieg von 25,4% erwartet, was einem durchschnittlichen jährlichen Anstieg um 3,8% entspricht (***Übersicht 17***).

Die im Vergleich zum Beobachtungszeitraum schwächere Beitragsentwicklung im Prognosezeitraum ist einerseits auf den geringeren Anstieg bei den Pflichtversicherten zurückzuführen (+7,0%/+5,6%). Andererseits werden voraussichtlich auch die Beitragsgrundlagen weniger stark steigen (+30,0%/+18,8%) (***Übersichten 12 und 13***).

Der Anstieg der Pflichtbeiträge, der im Prognosezeitraum erwartet wird, ist in der folgenden Übersicht einerseits nach Versichertengruppen gegliedert, andererseits ist dargestellt, auf welche Veränderungen von Beitragsgrundlage und Pflichtversichertenanzahl der Anstieg zurückzuführen sein wird.

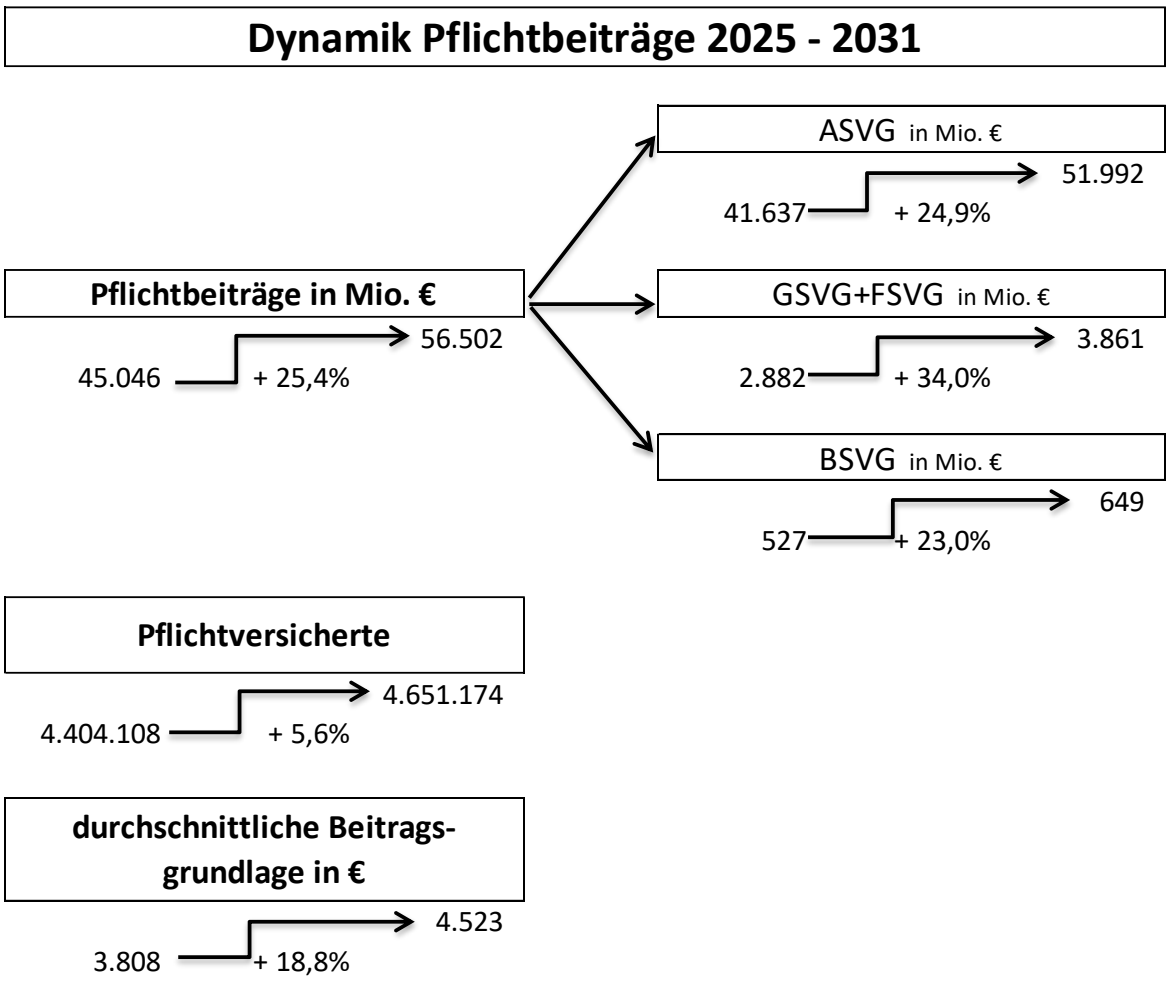


Abbildung 18: Dynamik Pflichtbeiträge

6.2.1 Beitragssätze

Die Beitragssätze betragen:

	Eigenbeitrag 2026	Eigenbeitrag ab 2027	Partnerleistung 2026	Partnerleistung ab 2027
PVA	22,8%	22,8%		
BVAEB (Mischbeitragssatz inklusive Zusatzbeitrag in der knappschaftlichen PV)	22,9%	22,9%		
PV nach dem GSVG	18,5%	18,5%	4,3%	4,3%
PV nach dem FSVG	20,0%	20,0%	2,8%	2,8%
PV nach dem BSVG	17,0%	17,4%	5,8%	5,4%

Tabelle 11: Beitragssätze

Die Beitragssätze ab 2027 kommen im restlichen Prognosezeitraum zur Anwendung.

6.2.2 Entwicklung des Versichertenstandes

Die Entwicklung des Versichertenstandes (***Übersicht 12)*** deckt sich im Beobachtungs- und Prognosezeitraum (+7,0%/+5,6%) im Trend mit der zugrundeliegenden Wirtschaftsprognose, wo ein schwächerer Anstieg der unselbständig aktiv Beschäftigten im Prognosezeitraum erwartet wird (+5,1%/+3,9%). Im Beobachtungszeitraum war die Beschäftigungsentwicklung (***Übersicht 1***) äußerst unregelmäßig. Nach einem soliden Zuwachs im Jahr 2019 kam es im Jahr 2020 bedingt durch die Corona-Krise zu einem Rückgang. 2021 und auch 2022 war der Anstieg mit +2,5% und +3,0% wiederum sehr kräftig. Danach schwächte sich die Entwicklung deutlich ab, 2024 und 2025 lag der Anstieg in beiden Jahren nur mehr bei 0,2%. Ab 2026 werden Steigerungen von durchschnittlich 0,6% erwartet. Dies stellt gegenüber den Rezessionsjahren zwar eine Erholung dar, ist aber noch weit entfernt vom durchschnittlichen Anstieg der vorangegangenen 10 Jahre (+1,25% pro Jahr).

Während im Bereich des ASVG zwischen der Entwicklung des Versichertenstandes und der Entwicklung der unselbständig aktiv Beschäftigten eine deutliche Korrelation besteht, ein Faktum, das für die Prognose genutzt wird, ist im Bereich des GSVG/ FSVG kein eindeutiger Zusammenhang feststellbar. Seit dem Jahr 2000 waren hier durchwegs Zuwächse zu verzeichnen, die zwischen +0,7% und +5,2% pro Jahr schwanken (Mittelwert +2,7%). Eine Prognose des Versichertenstandes auf Basis der Wirtschaftsprognose ist daher nicht möglich. Die Prognose des Versichertenstandes beruht daher darauf, die Entwicklung der letzten Jahre möglichst realistisch fortzuschreiben (allenfalls unter Berücksichtigung getroffener Maßnahmen und der eigenen Einschätzung der Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen).

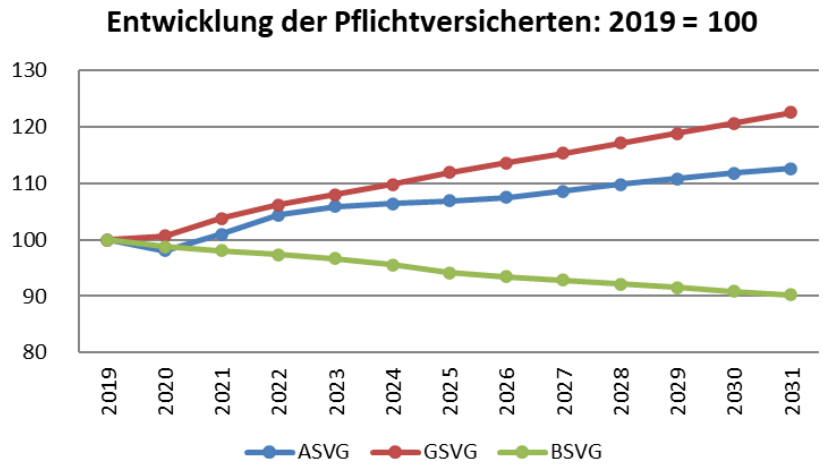


Abbildung 19: Entwicklung der Zahl der Pflichtversicherten nach Versichertengruppen

Im Bereich des BSVG setzt sich der Rückgang des Versichertenstandes fort. Die hier zu beobachtende Entwicklung ist im Zusammenhang mit dem im landwirtschaftlichen Bereich seit einigen Jahrzehnten ablaufenden Strukturwandel zu sehen. Dieser äußert sich in einer stetig sinkenden Zahl an landwirtschaftlichen Betrieben bei gleichzeitiger Zunahme der durchschnittlichen Betriebsgröße (Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft, Grüner Bericht 2025). Da sich die Pflichtversicherung nach dem BSVG im Wesentlichen auf Betriebsführer (auf deren Familienmitglieder jedoch nur bei hauptberuflicher Tätigkeit im Betrieb) erstreckt, erklärt sich die sinkende Zahl der Pflichtversicherten aus der sinkenden Betriebszahl.

Insgesamt ergeben sich bezüglich der Entwicklung der Versichertenzahlen im Beobachtungs- und Prognosezeitraum folgende Werte:

	2019	2019-2025	**2025**	2025-2031	**2031**	2019-2031
ASVG	3.522.817	+ 6,9%	3.764.139	+ 5,4%	3.967.345	+ 12,6%
GSVG+FSVG	460.260	+ 11,8%	514.788	+ 9,5%	563.818	+ 22,5%
BSVG	132.998	- 5,9%	125.181	- 4,1%	120.011	- 9,8%
gesamt	**4.116.075**	+ 7,0%	**4.404.108**	+ 5,6%	**4.651.174**	+ 13,0%

Tabelle 12: Entwicklung der Zahl der Pflichtversicherten nach Versichertengruppen

6.2.3 Entwicklung der Beitragsgrundlagen

Die Entwicklung der Beitragsgrundlagen ist in der ***Übersicht 13*** dargestellt.

Die Beitragsgrundlagenentwicklung wird laut der vorliegenden Prognose (+18,8%) insgesamt niedriger sein als im Beobachtungszeitraum (+30,0%). Mit 2023 und 2024 liegen im Beobachtungszeitraum zwei Jahre mit außerordentlich hohem Anstieg der Beitragsgrundlage. 2023 lag dieser Anstieg bei 6,3%, 2024 bei 7,2%. Auch 2025 betrug die Steigerung noch 4,6%. Im Prognosezeitraum wird für 2026 aufgrund der vorliegenden Daten ein Anstieg von 3,1% erwartet, für 2027 wird ein Anstieg von 3,9% prognostiziert. Im weiteren Verlauf werden die Zuwächse wieder geringer ausfallen.

Im Beobachtungszeitraum ist die Entwicklung der Beitragsgrundlagen trotz des starken Anstiegs von 30% knapp hinter der Entwicklung der pro-Kopf-Einkommen (+31,3%) zurückgeblieben. Im Prognosezeitraum kehrt sich diese Entwicklung um. Die Entwicklung der Beitragsgrundlagen (+18,8%) wird höher angenommen, als jene der pro-Kopf-Einkommen (+16,4%), unter anderem auch aufgrund von Maßnahmen, die sich auf die Entwicklung der durchschnittlichen Beitragsgrundlage positiv auswirken (siehe Kapitel 9.1).

Wie in Kapitel 6.1 beschrieben, war in der Vergangenheit im unselbständigen Bereich in Jahren mit sehr starkem Anstieg des pro-Kopf-Einkommens die Wachstumsrate der Beitragsgrundlage meist niedriger, als jene des pro-Kopf-Einkommens, sofern in diesen Jahren das pro-Kopf-Einkommen stärker gestiegen ist, als die Höchstbeitragsgrundlage. In den Jahren 2022 und 2023 haben sich die geschilderten Zusammenhänge erneut bestätigt. 2024 sind sowohl die durchschnittliche Beitragsgrundlage, als auch das pro-Kopf-Einkommen stark gestiegen, die Höchstbeitragsgrundlage im Vergleich dazu weniger stark. Da die durchschnittliche Beitragsgrundlage dennoch stärker gestiegen ist, als das pro-Kopf-Einkommen, hat sich der „Höchstbeitragsgrundlageneffekt“ in diesem Jahr nicht bestätigt. 2025 bis 2027 zeichnen sich durch eine stark ansteigende Höchstbeitragsgrundlage aus. Dementsprechend übersteigt das Wachstum der Beitragsgrundlage das Wachstum des pro-Kopf-Einkommens in diesen drei Jahren sehr deutlich. Gegen Ende des Prognosezeitraums gleichen sich die Steigerungsraten an.

Im Prognosezeitraum ist bei den Beitragsgrundlagen daher eine Entwicklung abzulesen, die mit den Überlegungen zum „Höchstbeitragsgrundlageneffekt“ im

Einklang steht. Insgesamt wird im Prognosezeitraum ein jährlicher Anstieg der durchschnittlichen Beitragsgrundlage von 2,9% erwartet, bei einem durchschnittlichen jährlichen Anstieg des pro-Kopf-Einkommens von 2,6%.

Bei den Selbständigen kam es v.a. coronabedingt 2020 zu einem Sinken der Beitragsgrundlage um 7,4%. Im Jahr 2021 stieg sie hingegen um 13,8%, wodurch das Minus des Vorjahres mehr als ausgeglichen wurde. Dieser Anstieg hing einerseits mit der Erholung nach der Corona-Krise zusammen und andererseits auch mit der Absenkung der Mindestbeitragsgrundlage im Bereich des GSVG.

Die Steigerungsraten der durchschnittlichen Beitragsgrundlage betragen:

in €	**2019**	2019-2025	**2025**	2025-2031	**2031**	2019-2031
ASVG	3.076,60	+ 31,5%	4.044,43	+ 18,4%	4.789,83	+ 55,7%
GSVG+FSVG	2.119,40	+ 19,8%	2.538,37	+ 20,5%	3.059,11	+ 44,3%
BSVG	1.799,02	+ 16,8%	2.102,09	+ 23,6%	2.597,84	+ 44,4%
gesamt	**2.928,28**	+ 30,0%	**3.807,52**	+ 18,8%	**4.523,31**	+ 54,5%

Tabelle 13: Entwicklung der durchschnittlichen Beitragsgrundlage nach Versichertengruppe

7 Kennzahlen

7.1 Pensionsquoten

Im umlagefinanzierten Alterssicherungssystem ist die Finanzierbarkeit unter anderem davon abhängig, dass einer Pension eine hinreichend große Zahl an Erwerbseinkommen gegenübersteht, deren Beitragsleistungen die Auszahlung der Pension bedecken. Die Entwicklung dieser so genannten Pensionsquote – ausgedrückt als die Zahl der Pensionen pro 1.000 Pflichtversicherungen – wird daher im Allgemeinen als Kennzahl für die „Stabilität" eines Pensionssystems gesehen. Mit Einschränkungen gilt das auch, allerdings darf nicht übersehen werden, dass auch andere Faktoren die Finanzierbarkeit beeinflussen. So kann etwa eine schwache Entwicklung der durchschnittlichen Erwerbseinkommen, beispielsweise durch verstärkte Teilzeitbeschäftigung, auch bei stabiler Pensionsquote die Finanzierung der Pensionen erschweren, andererseits kann eine steigende Pensionsquote dadurch kompensiert werden, dass die Erwerbseinkommen stärker steigen als die Durchschnittspensionen.

In der gesamten gesetzlichen Pensionsversicherung zeigt sich (***Übersicht 14***):

Jahr	Pensions-quote	Begründung
2019	578	
2020	597	deutlicher Anstieg: - relativ stark steigender Pensionsstand (+40.220) - stark sinkende Zahl an Pflichtversicherten (-66.033) aufgrund der Corona-Krise
2022	578	Sinken aufgrund der deutlichen Erholung der Versichertenstände: - Pensionen stiegen 2021 um rund 31.000, 2022 um 34.000 - Pflichtversicherte stiegen aufgrund der konjunkturellen Erholung um rund 114.000 (2021) bzw. 131.000 (2022)
2024-2026	584-589	Leichter Anstieg im Zuge zweier Rezessionsjahre: Pensionsstand steigt insgesamt moderat, die Zahl der Pflichtversicherten jedoch kaum.
2031	589	ab 2026 bis 2031 verläuft die Kennzahl stabil

Tabelle 14: Entwicklung der Pensionsquote

Die einzelnen Versichertengruppen zeigen deutlich unterschiedliche Trends. Die im Prognosezeitraum stabile Entwicklung im ASVG entspricht der Entwicklung in der gesamten Pensionsversicherung – nach einem noch leichten Anstieg 2026 stabilisiert

sich die Kennzahl im restlichen Prognosezeitraum. Der GSVG- und der BSVG-Bereich zeigen gegenläufige Entwicklungen, wodurch sich der konstante Gesamtverlauf von 2026 bis 2031 nicht ändert.

Die „Umkehrung“ der Pensionsquote ergibt eine Zahl die angibt, wie viele Pflichtversicherungen jeweils einer Pensionsleistung gegenüberstehen (***Übersicht 14a***).

Der Wert liegt im Prognosezeitraum stabil bei 1,70.

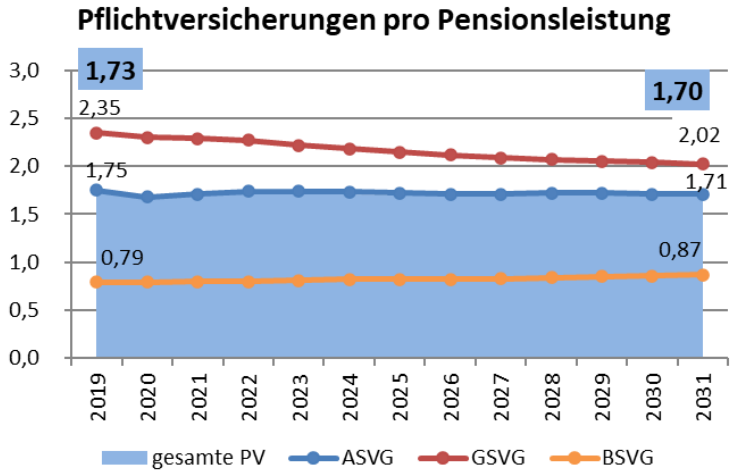


Abbildung 20: Zahl der Pflichtversicherungen pro Pensionsleistung

7.2 Deckungsquoten

Die relative Beteiligung der Zahlungen des Bundes an den Aufwendungen der Pensionsversicherung ist in den ***Übersichten 26, 26a, 26b und 27*** zusammengefasst.

Beispielhaft für diese grundsätzlich ähnlichen Kennzahlen zeigt die folgende Abbildung, welcher Anteil der Aufwendungen der Pensionsversicherungsträger durch Bundesmittel (Ausfallhaftung, Beiträge für Teilversicherte aus der UG22, Partnerleistung, sonstige Beitragsübernahmen und Ausgleichszulagen) abgedeckt wird (***Übersicht 27***).

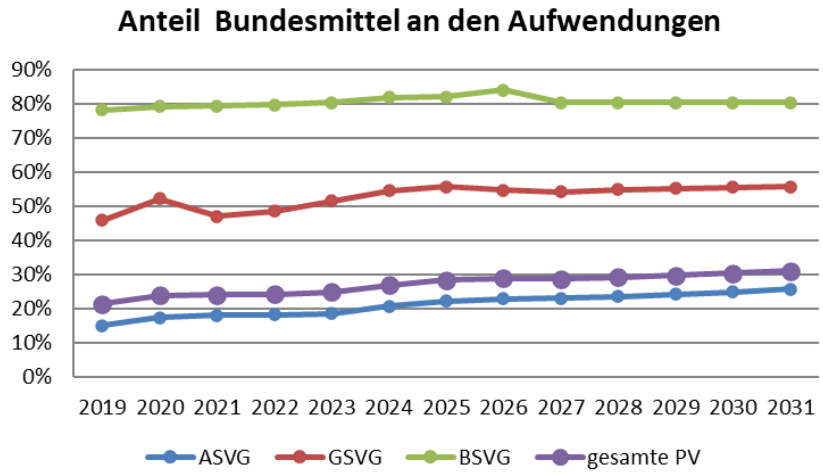


Abbildung 21: Anteil der Bundesmittel an den Aufwendungen

Der Anstieg des Anteils der Bundesmittel an den Aufwendungen im Jahr 2020 ist zum größten Teil auf die Corona-Krise auf der Beitragsseite und die deutliche Steigerung des Pensionsaufwandes auf der Aufwandsseite zurückzuführen. Ab 2023 sind die starken Steigerungen v.a. auf die inflationsbedingt hohen Anpassungen zurückzuführen. 2027 sinkt der Anteil der Bundesmittel vorübergehend. Einerseits tritt eine Erholung auf der Beitragsseite ein, andererseits wirken sich zuletzt getroffene gesetzliche Maßnahmen aus. Insgesamt sind die Steigerungen im Prognosezeitraum etwas geringer als im Beobachtungszeitraum, 2031 beträgt der Anteil knapp unter 31%.

Die Niveauunterschiede zwischen den Versichertengruppen stehen einerseits im Zusammenhang mit den unterschiedlichen Pensionsquoten. Die Abdeckung der Aufwendungen der PV-Träger durch die Bundesmittel ist grundsätzlich dort höher, wo das Verhältnis von Pflichtversicherten zu Pensionisten niedriger ist. Dazu kommt, dass für GSVG-, FSVG- und BSVG-Versicherte der Bund eine Beitragssubvention in Form der Partnerleistung leistet. Dies führt dazu, dass das Ausmaß der Abdeckung der Aufwendungen durch Bundesmittel im Vergleich zum ASVG-Bereich zusätzlich erhöht ist. Die Schwankungen der Kennzahl im zeitlichen Verlauf sind im Vergleich zu den Niveauunterschieden zwischen den Versichertengruppen vergleichsweise klein. Dennoch sind wesentliche Entwicklungen ablesbar.

Da die finanziellen Volumina im Bereich des ASVG jene der anderen Versichertengruppen deutlich übersteigen, ist die Gesamtkennzahl in Niveau und Verlauf jener des ASVG-Bereichs sehr ähnlich.

8 Vergleich mit früheren Gutachten

8.1 Vorjahresgutachten

Am 28.11.2025 wurde das „Gutachten über die voraussichtliche Gebarung der gesetzlichen Pensionsversicherung in den Jahren 2025 bis 2030“ beschlossen. Im Folgenden werden die wesentlichsten Ergebnisse mit dem vorliegenden Gutachten verglichen.

Bundesmittel

Die Bundesmittel für das Jahr 2025 wurden im letzten Gutachten geringfügig zu hoch eingeschätzt, und zwar um 129 Mio. € bzw. 0,7%. Für die Jahre bis 2030 wird aktuell ein höheres Niveau der Bundesmittel angenommen, welches durchschnittlich 570 Mio. €. über dem Pfad des Vorjahresgutachtens liegt. Diese Niveauänderung ergibt sich im Wesentlichen bereits 2026. Die Zuwächse der Bundesmittel in den Jahren danach werden ähnlich verlaufen, wie im Vorjahr angenommen bzw. wird nach 2028 eine Annäherung des neuen Pfades an den alten erwartet, so dass der Prognosewert für die Bundesmittel des Jahres 2030 nur mehr um 360 Mio. € über dem des Vorjahresgutachtens liegt. Die Einschätzungsänderung ist sowohl auf ausgaben- als auch auf einnahmenseitige Faktoren zurückzuführen.

Pensionsaufwand

Beim Pensionsaufwand wird für die kommenden Jahre eine etwas stärkere Steigerung angenommen als im letzten Gutachten. Die Abweichung im Jahr 2025 ist mit 11 Mio. € sehr gering, steigt aber bis 2027 auf rd. 540 Mio. € an. Der Grund ist zum einen, dass der Pensionsstand etwas höher eingeschätzt wird (siehe Tabelle 16), aber auch, dass die Reduktion des Struktureffekts, die nach Einführung der Teilpension erwartet worden war, nicht eingetreten ist, da die Inanspruchnahme der Teilpension bisher deutlich unter den Erwartungen geblieben ist.

2028 steigt die Differenz des Pensionsaufwands im Vergleich zum letzten Gutachten sprunghaft auf fast 1,2 Mrd. € an. Dies ist die Konsequenz des um 1 %-Punkt höheren Anpassungsfaktors. Diese Erhöhung ergibt sich aus der Inflationsprognose, die nach dem Ausbruch des Krieges im Iran sukzessive angehoben wurde. Da sich Änderungen im Bereich der Pensionsanpassung nachhaltig auswirken, bleibt die Differenz auch bis zum Ende des Prognosezeitraumes bestehen.

Pflichtbeiträge (ohne Partnerleistung und sonstige Beitragsübernahmen)

Während die Pflichtbeiträge im Jahr 2025 um rund 174 Mio. € höher ausgefallen sind als im letzten Gutachten prognostiziert (+0,4%), hat sich die Einschätzung im Prognosejahr 2026 deutlich verschlechtert. Dies ist auf die dem letzten Gutachten zu Grunde liegenden besseren Wirtschaftsprognosen für 2026 zurückzuführen: Der Anstieg der Beschäftigten wurde mittlerweile um 0,3%-Punkte, die Prognose der pro-Kopf-Einkommen um 0,5%-Punkte abgesenkt. Dies spiegelt sich auch in den laufenden Daten wider. In den Folgejahren verbessert sich die Einschätzung der Beitragseinnahmen zwar insbesondere aufgrund einer besseren Entwicklung der pro-Kopf-Einkommen (auch das eine Folge der erhöhten Inflation). Da die markante Einschätzungsverschlechterung jedoch bereits 2026 eintritt, wirkt sie sich als „Basiseffekt" im gesamten Prognosezeitraum aus. In Summe über die Jahre 2026 bis 2030 ergibt sich gegenüber dem Vorjahresgutachten zwar dennoch ein Beitragsplus von 1,7 Mrd. €, dieses reicht jedoch nicht aus um den höheren Pensionsaufwand auszugleichen.

	Gutachten 11/2025	aktuell	Gutachten 11/2025	aktuell	Gutachten 11/2025	aktuell
in Mio. €	Bundesmittel		Pensionsaufwand		Pflichtbeiträge (ohne Partnerleistung und ohne sonstige Beitragsübernahmen)	
2025	19.386	19.257	59.940	59.951	44.873	45.046
2026	19.794	20.500	62.249	62.636	47.088	46.732
2027	20.949	21.385	65.097	65.641	49.013	49.076
2028	22.090	22.835	67.727	68.920	50.729	51.147
2029	23.526	24.115	70.500	71.800	52.316	53.017
2030	25.225	25.584	73.526	74.763	53.920	54.794
2031		27.167		77.755		56.502

Tabelle 15: Vergleich mit letztem Gutachten: Bundesmittel / Pensionsaufwand / Pflichtbeiträge

Pensionsstand

Die Prognose des Pensionsstandes für das Jahr 2025 war rückblickend sehr präzise, es wurden um 576 Leistungen mehr erwartet, als es tatsächlich waren (+0,02%). Im Jahr 2026 zeichnet sich aufgrund der vorliegenden Daten bei allen Pensionsarten ein etwas höherer Pensionsstand ab als im letzten Jahr angenommen, insgesamt um etwas mehr als 5.000 Fälle. Diese Korrektur nach oben zieht sich in die Folgejahre durch. Bei den Invaliditätspensionen wird im Prognosezeitraum ein etwas höherer Stand angenommen, weil, wie zuvor beschrieben, die Regelung „Rehabilitation vor Pension" mittlerweile nahezu alle Geburtsjahrgänge umfasst. Bei den Alterspensionen

wurden die Annahmen bezüglich der „Umschichtungen“ zwischen den einzelnen vorzeitigen Pensionsarten und der normalen Alterspension überarbeitet. Zudem wurde die Prognose der Abgangszahlen geringfügig erhöht. Für das Jahr 2030 ergibt sich daraus ein etwas niedrigerer Stand an Alterspensionen, wodurch sich die Abweichung über alle Pensionsarten etwas verringert. Durchschnittlich wird der Pensionsstand über alle Jahre des Prognosezeitraums um 0,3% höher eingeschätzt als im letzten Gutachten.

Pflichtversicherte

Die Zahl der Pflichtversicherten war im Jahr 2025 um 3.681 Fälle höher als im letzten Gutachten prognostiziert. Die niedrigeren Annahmen des WIFO bezüglich der Entwicklung der unselbständig Beschäftigten schlagen sich auf die Prognose der Pflichtversicherten durch. Pro Jahr beträgt die Abweichung zwischen 20.000 und rund 30.000 Fälle.

	Gutachten 11/2025	aktuell	Gutachten 11/2025	aktuell
	Pensionsstand		Pflichtversicherte	
2025	2.585.485	2.584.909	4.400.427	4.404.108
2026	2.606.693	2.612.021	4.453.572	4.433.903
2027	2.623.907	2.634.705	4.509.770	4.479.367
2028	2.650.022	2.660.005	4.555.864	4.528.223
2029	2.675.775	2.685.822	4.596.919	4.572.361
2030	2.709.038	2.712.471	4.638.659	4.613.845
2031		2.738.210		4.651.174

Tabelle 16: Vergleich mit letztem Gutachten: Pensionsstand und Pflichtversicherte

Beitragsgrundlagen

Die durchwegs höhere Einschätzung der Beitragsgrundlagen (Ausnahme: 2026) ergibt sich, wie bereits in den Ausführungen zu den Pflichtbeiträgen erwähnt, aus der Entwicklung der pro-Kopf-Einkommen entsprechend der Wirtschaftsprognose. Dabei handelt es sich um eine Folge der höheren Inflationsraten.

Zusätzlich verbreitern drei Maßnahmen die Beitragsgrundlage und stärken damit ihre Entwicklung im Prognosezeitraum: Die stufenweise Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage, die Einbeziehung von E-Autos in die Sachbezüge und die Aufhebung der beitragsrechtlichen Begünstigung des Telearbeitspauschales. Die Berücksichtigung dieser drei Maßnahmen trägt dazu bei, dass der Anstieg der Beitragsgrundlage (+18,8%) höher ausfällt, als der Anstieg des pro-Kopf-Einkommens (+16,4%).

Keinen wesentlichen Einfluss hat die Einführung der Beitragsentlastung im Rahmen des Paketes „Arbeiten im Alter“ (auch als „Aktivpension“ bezeichnet), die eine Anhebung der Beschäftigung ab dem gesetzlichen Pensionsantrittsalter zum Ziel hat. Zwar bewirkt diese Maßnahme einen beträchtlichen Beitragsentfall, der Gesetzgeber hat aber gleichzeitig eine Ausgleichszahlung aus dem Budget der Untergliederung 20 vorgesehen, so dass die Maßnahme per Saldo für die gesetzliche Pensionsversicherung kostenneutral ausfällt.

8.2 Entwicklungspfade vergangener Gutachten

Um den Einfluss der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf die Gebarung der Pensionsversicherung deutlich zu machen, eine Evaluierung vergangener Gutachten zu bieten und damit auch aufzuzeigen, wo die Grenzen der Prognose liegen, wird in diesem Abschnitt die tatsächliche Entwicklung der Bundesmittel mit den Prognosepfaden der Gutachten der Jahre 2016 bis 2026 verglichen. Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die Abbildung 23.

In den Jahren 2015 bis 2019 erlebten sowohl die Beschäftigungs-, als auch die Einkommensentwicklung einen bemerkenswerten Aufschwung. In den Wirtschaftsprognosen dieser Jahre, hier an den Prognosepfaden der Mittelfristgutachten 2016 und 2017 absehbar, wurde jeweils ein weiteres Anhalten des Booms nicht erwartet. Dementsprechend liegen beide Pfade deutlich über den sich in den Folgejahren ergebenden Bundesmitteln. Beim Pfad des Jahres 2017 fällt zudem auf, dass er bereits im Jahr der Erstellung deutlich vom Echtwert abweicht. Dies liegt am Überweisungsbetrag der Bank Austria, der damals – nach Redaktionsschluss des Mittelfristgutachtens – für die Übertragung von Pensionsansprüchen in die gesetzliche Pensionsversicherung geleistet wurde.

Das Gutachten 2018 wurde mangels Alterssicherungskommission nicht beschlossen, es liegt lediglich als „Bericht“ vor.

Das Gutachten 2019 wurde, da sich die ASK im November 2019 noch nicht konstituiert hatte, erst im März 2020 beschlossen. Der Redaktionsschluss des Gutachtens lag allerdings vor Ausbruch der Covid-Krise, sodass dieses Gutachten die Bundesmittel der Jahre 2020 bis 2023 unterschätzte. Diese Unterschätzung verstärkt sich 2024 deutlich, da dieses das zweite Jahr des Konjunkturabschwungs war.

Wie deutlich sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Vergleich zu den Grundlagen bei der Erstellung eines Mittelfristgutachtens ändern können, lässt sich gerade am Beispiel des Gutachtens 2019 sehr anschaulich darstellen, da das Jahr 2019 das letzte war, in dem die Krisen der Folgejahre sich noch nicht abzeichneten.

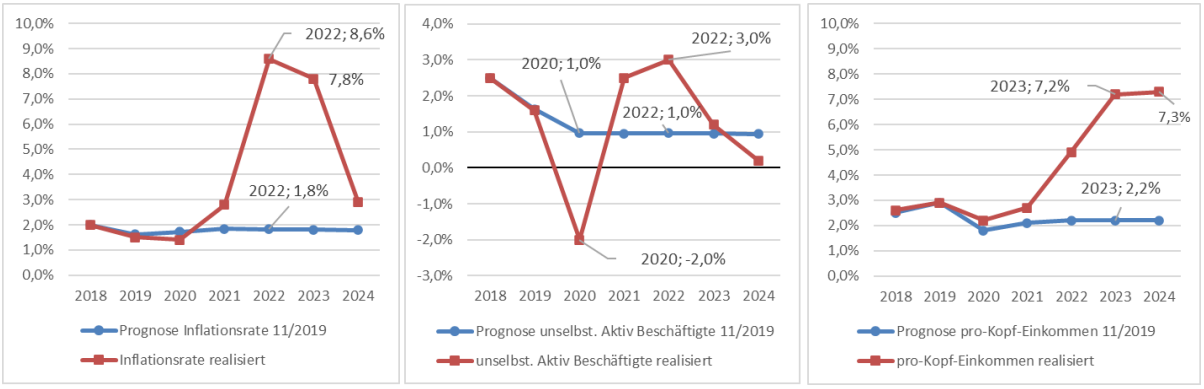


Abbildung 22: Änderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Das Gutachten von November 2020 basierte auf einer Wirtschaftsprognose, die nicht vorhersehen konnte, wie schnell sich insbesondere die Beschäftigungssituation vom ökonomischen Schock der Pandemie erholte. Der Prognosepfad überschätzte daher die Bundesmittel in den Jahren 2021 und 2022. Erst der starke Anstieg der Bundesmittel im Jahr 2023 führte dazu, dass der Prognosepfad von November 2020 wieder „eingeholt“ wurde.

In den Gutachten 2020 und 2021 war daher das umgekehrte Bild der Gutachten 2016 und 2017 zu beobachten. Die Nichtvorhersehbarkeit wirtschaftlicher Ausnahmesituationen, die 2016 und 2017 zu einer Überschätzung des weiteren Verlaufs der Bundesmittel geführt hatte, führte nun zu einer Unterschätzung.

Obwohl 2022 der Krieg in der Ukraine bereits im Februar ausgebrochen war, verlief das Jahr für die Pensionsversicherung noch sehr günstig. Die Wirtschaftsprognosen, die dem im November 2022 vorgelegten Gutachten zu Grunde lagen, hatten sich jedoch für die Folgejahre soweit verschlechtert, dass dieses Gutachten die Bundesmittel 2023 zwar überschätzte, für das Jahr 2024 aber sehr nahe am tatsächlichen Wert lag. Auch die Abweichungen zu den Bundesmitteln des Jahres 2025 und zum voraussichtlichen Wert des Jahres 2026 waren im Pfad des Mittelfristgutachtens 2022 vergleichsweise gering.

Die hohen Bundesmittel des Jahres 2025 wurden in sämtlichen Gutachten, die dieses Jahr im Prognosezeitraum hatten, in unterschiedlichem Ausmaß unterschätzt, auch in jenen, die den wirtschaftlichen Einbruch nach Beginn des Krieges in der Ukraine

bereits „eingepreist“ hatten. Die Dauer der wirtschaftlichen Stagnation war in diesen Gutachten (2022, 2023 und 2024) noch unterschätzt worden.

Auffallend deutlich unter dem aktuell erwarteten Verlauf der Bundesmittel lag das Gutachten des Jahres 2024. Dieses weicht ab 2025 und verstärkt ab 2026 nach unten ab. Dies ist rückblickend darauf zurückzuführen, dass zu diesem Zeitpunkt die Inflationsprognose einen deutlich niedrigeren Anpassungsfaktor 2026 nahelegte, gleichzeitig aber auch die Entwicklung der Beiträge insgesamt etwas zu optimistisch war. Außerdem war im Gutachten des Jahres 2024 die im Folgejahr beschlossene Erhöhung des KV-Beitragssatzes für Pensionisten auf 6% noch nicht absehbar. Diese verschob den Pfad der Bundesmittel nachhaltig um rd. eine halbe Milliarde Euro nach oben.

Das aktuelle Gutachten 2026 prognostiziert grundsätzlich einen ähnlichen Verlauf wie das Gutachten 2025, setzt aber bei einem höheren Anfangsniveau (voraussichtliche Bundesmittel 2026) an. Der Grund ist, dass die Erholung der wirtschaftlichen Lage zwar prognostiziert ist, und sich auch bereits in der leicht verbesserten Beschäftigungsentwicklung niederschlägt, im Jahr 2026 aber insgesamt noch schwach ausfällt. Vereinfacht gesagt hat sich die Konjunkturerholung im Vergleich zum Gutachten 2025 um ein weiteres Jahr nach hinten verschoben.

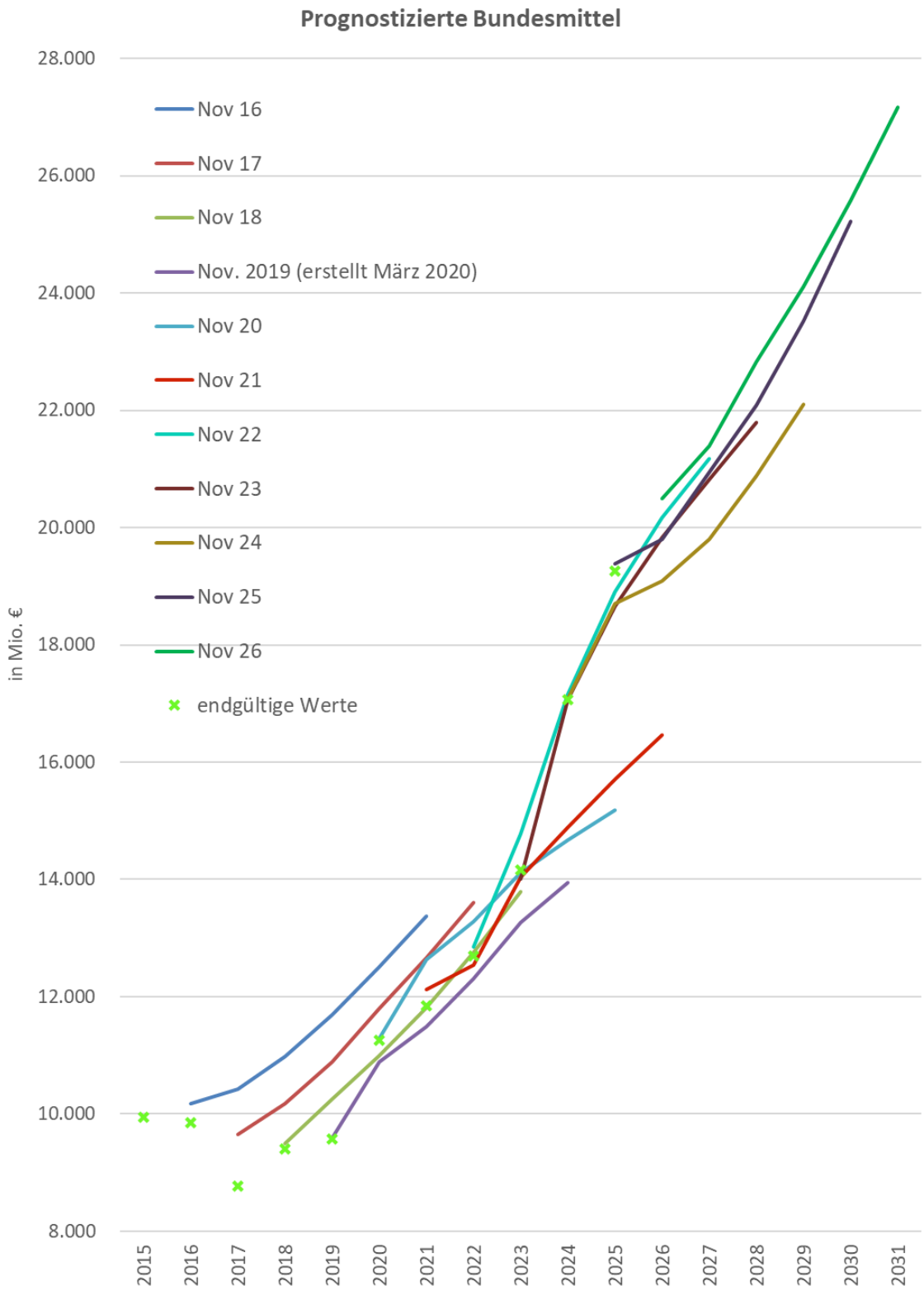


Abbildung 23: Prognose der Bundesmittel in den Mittelfristgutachten der Vergangenheit

9 Anlagen

9.1 Aktuelle gesetzliche Änderungen mit Auswirkung auf die Finanzierung der gesetzlichen PV

Im Folgenden werden wesentliche gesetzliche Änderungen beschrieben, die seit Vorlage des letzten Gutachtens (November 2025) kundgemacht wurden und finanzielle Auswirkungen auf die Gebarung der PV-Träger hatten bzw. haben.

- **Aufnahme Pflegekräfte in Schwerarbeit (BGBl. II Nr. 224/2025)**

Ab dem 1.1.2026 sind grundsätzlich alle Tätigkeiten zur berufsbedingten Pflege von der Schwerarbeitsverordnung erfasst. Es ist nicht länger erforderlich, dass die zu pflegenden Personen einen "besonderen Behandlungs- oder Pflegebedarf" aufweisen. Ein Pensionsantritt ist mit 60 Jahren möglich, sofern mindestens 45 Versicherungsjahre vorliegen, davon in den letzten 20 Jahren mindestens 10 Jahre Schwerarbeit.

- **Gesundheitsreformfonds (BGBl. I Nr. 104/2025)**

Ab Juni 2025 beträgt für Pensionistinnen und Pensionisten der Beitragssatz zur Krankenversicherung 6,0%. Diese Krankenversicherungsbeiträge sind von der Pensionsversicherung, angelehnt an die Dienstgeberbeiträge für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, via Hebesätze aufzustocken. Die aus den Hebesätzen resultierenden Mehreinnahmen von rund 500 Mio. € fließen allerdings nicht direkt von der Pensionsversicherung an die Krankenversicherungsträger, sondern werden dem Bund überwiesen und fließen ab 2026 in die "Gesundheitsreformfonds". Diese Mehraufwendungen werden in der Gebarung der PV-Träger nicht in der Position „Krankenversicherung der Pensionisten“ sondern als Teil der „übrigen Aufwendungen“ („sonstiger betrieblicher Aufwand“) ausgewiesen.

- **Beitragssatz BSVG (Budgetbegleitgesetz 2027-2028, BGBl. I Nr. 62/2026)**

Der von den Versicherten zu tragende Eigenanteil in der Pensionsversicherung nach dem BSVG wird von 17,0% auf 17,4% der Beitragsgrundlage angehoben. Gleichzeitig wird die Partnerleistung des Bundes von 5,8% auf 5,4% der Beitragsgrundlage reduziert.

- **Höchstbeitragsgrundlage (Budgetbegleitgesetz 2027-2028)**

Im Jahr 2027 wird die tägliche Höchstbeitragsgrundlage außerordentlich um 5 €

erhöht, 2028 um 1,67 €.

- **Pensionsanpassung 2027 (Budgetbegleitgesetz 2027-2028)**

Erhöhung des Gesamtpensionseinkommens inklusive Sonderpensionen bis 6.930 € mit dem Faktor 1,0295, darüber mit einem Fixbetrag von 204,44 €.

Die Ausgleichszulagenrichtsätze werden mit dem Faktor 1,033 erhöht, die Beträge nach § 299a Abs. 1 bis 6 ASVG und Parallelgesetzen (AZ-Bonus, Pensionsbonus) mit dem Faktor 1,0295.

- **Ausgleichszulagen – Ausland (Budgetbegleitgesetz 2027-2028)**

Zur Verhinderung von missbräuchlicher Inanspruchnahme einer Ausgleichszulage werden die Krankenversicherungsträger verpflichtet, den Pensionsversicherungsträgern bestimmte, zur Feststellung und Kontrolle des gewöhnlichen Aufenthalts im Inland relevante Daten zu übermitteln. Wenn begründete Zweifel am gewöhnlichen Aufenthalt im Inland vorliegen, ist ein Verfahren auf Entziehung der Ausgleichszulage einzuleiten.

- **Nichtvalorisierung Sozialleistungen (Budgetbegleitgesetz 2027-2028)**

2028 werden Sozialleistungen gem. § 108i ASVG nicht valorisiert (Bemessungsgrundlagen von Rehabilitations-, Wiedereingliederungs- und Krankengeld).

- **Beiträge Notstandshilfebezieher (Budgetbegleitgesetz 2027-2028)**

Von der Arbeitslosenversicherung werden für Beziehende einer Notstandshilfe aufgrund der Herabsetzung der Beitragsgrundlage nach einem Jahr geringere Beiträge an die PV überwiesen.

- **Nichtvalorisierung Geringfügigkeitsgrenze (Budgetbegleitgesetz 2027-2028)**

Die Geringfügigkeitsgrenze wird 2027 nicht erhöht und beträgt weiterhin 551,10 €.

- **Telearbeitspauschale (Budgetbegleitgesetz 2027-2028)**

Die beitragsrechtliche Begünstigung der Telearbeitspauschale wird aufgehoben. Künftig wird die Telearbeitspauschale in die Bildung der sozialversicherungsrechtlichen Beitragsgrundlage einbezogen.

- **Korridorpension - Arbeitslosengeld (Budgetbegleitgesetz 2027-2028)**

Entfall der Regelung, dass unter bestimmten Voraussetzungen bei Vorliegen der

Anspruchsvoraussetzungen für eine Korridorpension noch bis zu einem Jahr Arbeitslosengeld bezogen werden kann (§ 22 Abs. 1 AlVG).

- **Anhebung der Dienstgeberabgabe § 1 Abs. 1 DAG (BGBl. I Nr. 73/2026)**

Im Rahmen der Budgetkonsolidierung wird die Abgabe von Dienstgebern geringfügig beschäftigter Personen für die Jahre 2027 bis 2029 von 19,4% auf 23% angehoben, ab dem Jahr 2030 beträgt sie 21%. Die Dienstgeberabgabe nach § 1 Abs. 1 DAG dient der Finanzierung der Kranken-, Pensions- und Arbeitslosenversicherung der geringfügig beschäftigten Personen.

- **Einbeziehung E-Autos in Sachbezüge (BGBl. II Nr. 272/2026)**

Künftig wird auch für die Privatnutzung von arbeitgebereigenen Kfz mit einem CO2-Ausstoß von Null ein Sachbezugswert angesetzt. E-Autos unterliegen ab 2027 daher einem Sachbezug und werden dadurch lohnsteuer- und sozialversicherungspflichtig.

- **Abschaffung der besonderen Höherversicherung (BGBl. I Nr. 88/2026)**

Die besondere Höherversicherung aufgrund einer Erwerbstätigkeit neben dem Pensionsbezug wird ab 2027 abgeschafft. Dadurch wird in den Folgejahren kein besonderer Höherversicherungsbetrag auf die Pension geschlagen.

- **Entfall von PV-Beiträgen für Zuverdiener:innen und Aufschieber:innen (BGBl. I Nr. 88/2026)**

Für Personen, die ab Erreichen des Regelpensionsalters neben der Pension erwerbstätig sind bzw. ihren Pensionsantritt aufschieben, entfällt ab 1. Jänner 2027 der PV-Beitrag (Dienstnehmeranteil) zur Gänze, für Selbständige reduziert sich der Beitragssatz aliquot. Dies ersetzt die bisherige Regelung der Beitragserleichterung, bei der für Personen, die den Pensionsantritt über das Regelpensionsalter hinaus aufgeschoben haben, für bis zu drei Jahre jeweils der halbe Dienstnehmer- und Dienstgeberbeitrag bzw. der halbe auf die versicherte Person entfallende Beitrag entfallen ist.

- **Überweisungsbetrag vom AMS (BGBl. I Nr. 88/2026)**

Die durch die Aufhebung der besonderen Höherversicherung in der Pensionsversicherung ersparten Mittel werden für Zwecke der aktiven Arbeitsmarktpolitik des Bundes verwendet. Durch die gesetzlichen Änderungen betreffend Arbeiten im Alter

(„Aktivpension“) wird die Beschäftigung älterer Menschen gefördert, wobei Mindereinnahmen in der Pensionsversicherung durch den Wegfall von Dienstnehmer-Beiträgen entstehen. Diese werden der Pensionsversicherung teilweise aus der Arbeitslosenversicherung abgegolten. Die Einnahmen werden in der Gebarung der PV-Träger als Teil der „übrigen Erträge“ („sonstige betriebliche Erträge“) ausgewiesen.

- **Überweisung KV der Pensionisten (BGBl. I Nr. 88/2026)**

In den Jahren 2027 bis 2031 erfolgt eine temporäre Senkung des Hebesatzes von 387% auf 357% für pensionierte Landwirtinnen und Landwirte – daraus ergibt sich eine geringere Überweisung von Mitteln der Pensionsversicherung an die bäuerliche Krankenversicherung.

- **„Dürrepaket Bauern“ (BGBl. I Nr. 88/2026)**

Gutschrift der Beiträge für bestimmte Versicherte nach dem BSVG, die für das vierte Quartal 2026 für die Kalendermonate Oktober und November zu entrichten sind und bis zum 31. Jänner 2027 fällig werden. Die Beiträge gelten als entrichtet.

Maßnahmen, die Bezieher:innen einer Pension betreffen, aber keine finanzielle Auswirkung in der UG22 haben:

- Einführung eines Aktivitätsfreibetrages (§ 105a EStG): Hat ein Steuerpflichtiger das inländische gesetzliche Regelpensionsalter erreicht und einen Anspruch auf eine Alterspension nach dem APG, ASVG, GSVG, FSVG oder BSVG, ist bei der Berechnung der Einkommensteuer (Lohnsteuer) auf Antrag ein Aktivitätsfreibetrag zu berücksichtigen. Der Aktivitätsfreibetrag beträgt für einen Steuerpflichtigen maximal 1.250 Euro pro Monat.
- Entfall der infolge der Einheitswert-Hauptfeststellung 2014 eingeführten beitragsrechtlichen Begünstigung im bäuerlichen Bereich. Die Rückerstattung wurde aus dem Aufwand an veranlagter Einkommensteuer getragen.
- Klarstellung, dass medizinische Maßnahmen der Rehabilitation für Bezieher einer Pensionsleistung durch die Pensionsversicherungsträger erbracht werden.
- Klarstellung, dass Bezieher:innen einer Waisenpension kein Service-Entgelt für die e-card zahlen müssen.

9.2 Rehabilitation vor Pension – „IP neu“

Seit Inkrafttreten des Sozialrechts-Änderungsgesetzes 2012 gebührt bei Vorliegen von vorübergehender Invalidität von mindestens sechs Monaten

- Rehabilitationsgeld: wenn berufliche Maßnahmen der Rehabilitation nicht zweckmäßig oder nicht zumutbar sind bzw.
- Umschulungsgeld: wenn berufliche Maßnahmen der Rehabilitation zweckmäßig und zumutbar sind.

Die Zahl der Bezieher entwickelte sich seit Einführung folgendermaßen:

	Bezieher von	
Stand im Dezember	**Rehabilitationsgeld *)**	**Umschulungsgeld**
2014	11.651	33
2015	19.114	115
2016	20.087	142
2017	20.680	141
2018	21.563	119
2019	20.911	123
2020	18.432	103
2021	18.113	103
2022	18.086	93
2023	18.166	100
2024	18.522	67
2025	18.806	57

*) ab 2020: inklusive öffentlich Bediensteter

Quelle: Versichertenstatistik der Träger, BM für Arbeit und Wirtschaft

Tabelle 17: Zahl der Personen mit Bezug von Rehabilitations- oder Umschulungsgeld

In den Jahren 2014 und 2015 entfiel ein großer Teil des Zuganges auf Weitergewährungen nach befristeten Invaliditätspensionen.

Folgende Ersätze wurden von den Pensionsversicherungsträgern geleistet:

	Ersätze für Rehabilitationsgeld inklusive KV-Beiträge	Ersätze für berufliche Maßnahmen der Rehabilitation	gesamt
2014	97,5 Mio. €	0,4 Mio. €	97,9 Mio. €
2015	274,7 Mio. €	6,6 Mio. €	281,3 Mio. €
2016	330,6 Mio. €	5,3 Mio. €	335,9 Mio. €
2017	378,4 Mio. €	6,1 Mio. €	384,5 Mio. €
2018	398,3 Mio. €	6,8 Mio. €	405,1 Mio. €
2019	416,6 Mio. €	6,5 Mio. €	423,1 Mio. €
2020	407,7 Mio. €	5,7 Mio. €	413,3 Mio. €
2021	387,8 Mio. €	8,2 Mio. €	396,0 Mio. €
2022	399,4 Mio. €	7,7 Mio. €	407,1 Mio. €
2023	444,2 Mio. €	6,1 Mio. €	450,3 Mio. €
2024	515,5 Mio. €	7,4 Mio. €	522,8 Mio. €
2025	570,9 Mio. €	4,6 Mio. €	575,4 Mio. €

Quelle: PVA, VAEB / BVAEB, eigene Berechnungen

Tabelle 18: Ersätze für Rehabilitationsgeld und für berufliche Maßnahmen der Rehabilitation

In den Ersätzen für das Rehabilitationsgeld sind neben der Ersatzleistung selbst auch ein pauschaler Krankenversicherungsbeitrag sowie ein Ersatz der anteiligen Verwaltungskosten enthalten. Diese Ersätze finden sich in den ***Gebarungstabellen*** des vorliegenden Gutachtens in der Position „Übrige Aufwendungen“. Zusätzlich zu diesen Aufwendungen fallen, wie im Kapitel 3.1 beschrieben, Beiträge für Teilversicherte an, die aus der Untergliederung 22 zu tragen sind.

Die Ersätze für „berufliche Maßnahmen der Rehabilitation“ bzw. für „sonstige Maßnahmen der Arbeitsintegration“ sind in den Erfolgsrechnungen der PV-Träger in der Position „Gesundheitsvorsorge und Rehabilitation“ enthalten. Die Teilversicherungsbeiträge für die Bezieher von Umschulungsgeld werden vom Arbeitsmarktservice AMS getragen und sind in den Erfolgsrechnungen der PV-Träger in der Position „Beiträge für Teilversicherte gemäß § 3 Abs. 1 Z 2 APG“ zu finden.

Zusammengefasst werden folgende Leistungen erbracht:

	Medizinische Rehabilitation	**Berufliche Rehabilitation**
Geldleistung erbringt	KV-Träger	Arbeitsmarktservice
PV-Träger leisten	• Ersätze für Rehabilitationsgeld inklusive KV-Beiträge • Maßnahmen der medizinischen Rehabilitation	Ersätze für „berufliche Maßnahmen der Rehabilitation“ (Teil der „Gesundheitsvorsorge und Rehabilitation“)
Beiträge für Teilversicherte	UG22	Arbeitsmarktservice

Tabelle 19: Geldflüsse bei medizinischer und beruflicher Rehabilitation

Weiterführende Daten sind auf der Website des Sozialministeriums im „Bericht Rehabilitationsgeld und medizinische Rehabilitation“ unter „Themen → Soziales → Sozialversicherung → Pensionsdaten, Berichte und Studien → Berichte und Studien“ zu finden (www.sozialministerium.gv.at).

9.3 Anpassung und Aufwertung

Gemäß § 108 Abs. 5 ASVG hat der Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz jedes Jahr für das folgende Kalenderjahr den **Anpassungsfaktor** gemäß § 108f ASVG bis spätestens 30. November eines jeden Jahres durch Verordnung festzusetzen.

Der Anpassungsfaktor ist dabei unter Bedachtnahme auf den Richtwert festzusetzen (§ 108f Abs. 1). Der Richtwert ist gemäß § 108f Abs. 2 ASVG so festzusetzen, dass die Erhöhung der Pensionen auf Grund der Anpassung mit dem Richtwert der Erhöhung der Verbraucherpreise entspricht (Durchschnitt der zwölf Kalendermonate bis zum Juli des Jahres, das dem Anpassungsjahr vorangeht).

August	2025	4,1%
September	2025	4,0%
Oktober	2025	4,0%
November	2025	4,0%
Dezember	2025	3,8%
Jänner	2026	2,0%
Februar	2026	2,2%
März	2026	3,2%
April	2026	3,4%
Mai	2026	3,7%
Juni	2026	3,2%
Juli	2026	2,8%
Durchschnitt		**3,4%**

Der **Richtwert** für das Jahr **2027** lautet somit **1,034**.

Gemäß § 108h Abs. 1 ASVG sind die Pensionen mit Wirksamkeit ab dem 1. Jänner eines jeden Jahres mit dem Anpassungsfaktor zu vervielfachen. Laut Budgetbegleitgesetz 2027-2028 werden im Jahr 2027 Pensionen bis zu einem Gesamtpensionseinkommen von 6.930 € um 2,95% erhöht, darüber gebührt ein Fixbetrag in Höhe von 204,44 €, wobei bei der Berechnung des Gesamtpensionseinkommens Sonderpensionen einbezogen werden. Seit Einführung der „inflationsbasierten“ Anpassungsbestimmung kam es – mit Ausnahme der Jahre 2015 bis 2017 – in allen Jahren durch Beschluss einer von § 108h Abs. 1 ASVG abweichenden gesetzlichen Bestimmung zu unterschiedlichen Ausgestaltungen der jeweiligen Pensionserhöhungen (Sonderbestimmungen, fallweise Einmalzahlungen) bzw. auch zu außertourlichen Erhöhungen der Ausgleichszulagenrichtsätze.

Jahr	Richtwert	Erhöhung	Anmerkung
2006	1,025	2,5% Erhöhung für Pensionen bis zur halben HöchstBG, d.s. 1.875 €; für höhere Pensionen: 46,88 € Fixbetrag (§617 Abs. 9 ASVG)	
2007	1,016	1,6% Erhöhung für Pensionen bis zur halben HöchstBG, d.s. 1.920 €; für höhere Pensionen: 30,72 € Fixbetrag (§617 Abs. 9 ASVG) ; zus. EZ	
2008	1,017	Pensionen bis 747 € werden um 1,7% erhöht Pensionen von 747 € bis 1.050 € werden um 21 € erhöht Pensionen von 1.050 € bis 1.700 € werden um 2,0% erhöht Pensionen von 1.700 € bis 2.161,50 € werden von 2,0% bis 1,7% erhöht Pensionen über 2.161,50 € werden um 36,75 € erhöht (68.Novelle zum ASVG (§634 Abs.10)) zusätzlich Einmalzahlung	aufgrund eines EUGH-Urteiles wurden Pensionen bis 747 € nachträglich um +1,1% erhöht (BGBl. I Nr. 76/2012)
2009	1,032	3,4% Erhöhung für Pensionen bis zu 60% der HöchstBG; d.s. 2.412 € für höhere Pensionen: 82,01 € Fixbetrag (SRÄG 2008, §634 Abs.12 ASVG)	Die Anp. der Pensionen für 2009 erfolgte bereits im Nov. 2008
2010	1,015	1,5% Erhöhung für Pensionen bis zu 60% der HöchstBG; d.s. 2.466 € für höhere Pensionen: 36,99 € Fixbetrag (§634 Abs.12 ASVG) zusätzlich Einmalzahlung	Die Auszahlung der Einmalzahlung 2010 erfolgte bereits im Dez. 2009
2011	1,012	1,2% Erhöhung für Pensionen bis zu 2.000 €, zwischen 2.000 € und 2.310 € sinkt der Prozentsatz von 1,2% auf 0,0% (§658 Abs.6 ASVG)	
2012	1,027	2,7% Erhöhung für Pensionen bis zu 3.300 €, zwischen 3.300 € und 5.940 € sinkt der Prozentsatz von 2,7% auf 1,5%, mehr als 5.940 €: 1,5% (§663 Abs.4 ASVG)	
2013	1,028	1,8% Erhöhung für alle Pensionen (Richtwert aufgrund 2. Stabilitätsgesetz 2012 um 1%-Punkt verringert)	
2014	1,024	1,6% Erhöhung für alle Pensionen (Richtwert aufgrund 2. Stabilitätsgesetz 2012 um 0,8%-Punkte verringert)	
2015	1,017	1,7% Erhöhung für alle Pensionen	
2016	1,012	1,2% Erhöhung für alle Pensionen zusätzlich Einmalzahlung zur Dezemberpension in Höhe von 100 €	
2017	1,008	0,8% Erhöhung für alle Pensionen	
ab 2018: Gesamtpensionseinkommen wird erhöht, wenn es ….			
2018	1,016	nicht mehr als 1.500 € monatlich beträgt, um 2,2% über 1.500 € bis zu 2.000 € monatlich beträgt, um 33 € über 2.000 € bis zu 3.355 € monatlich beträgt, um 1,6% über 3.355 € bis zu 4.980 € monatlich beträgt, von 1,6% bis 0% mehr als 4.980 € monatlich beträgt: keine Erhöhung (BGBl. I Nr. 151/2017)	Gesamtpens.einkommen inkl. aller Pensionen gem. Sonderpensionenbegr.ges. (BGBl. I Nr. 46/2014)
2019	1,020	nicht mehr als 1.115 € monatlich beträgt, um 2,6% über 1.115 € bis zu 1.500 € monatlich beträgt, von 2,6% bis 2,0% über 1.500 € bis zu 3.402 € monatlich beträgt, um 2,0% über 3.402 € monatlich beträgt, um 68 € (BGBl. I Nr. 99/2018)	Summe aller Pensionen aus der gesetzlichen Pensionsversicherung
2020	1,018	nicht mehr als 1.111 € monatlich beträgt, um 3,6% über 1.111 € bis zu 2.500 € monatlich beträgt, von 3,6% bis 1,8% über 2.500 € bis zu 5.220 € monatlich beträgt, um 1,8% über 5.220 € monatlich beträgt, um 94 € (BGBl. I Nr. 98/2019, 103/2019)	Gesamtpensions-einkommen wie 2018
2021	1,015	nicht mehr als 1.000 € monatlich beträgt, um 3,5% über 1.000 € bis zu 1.400 € monatlich beträgt, von 3,5% bis 1,5% über 1.400 € bis zu 2.333 € monatlich beträgt, um 1,5% über 2.333 € monatlich beträgt, um 35 € (BGBl. I Nr. 135/2020)	Summe aller Pensionen wie 2019
2022	1,018	nicht mehr als 1.000 € monatlich beträgt, um 3,0% über 1.000 € bis zu 1.300 € monatlich beträgt, von 3,0% bis 1,8% über 1.300 € monatlich beträgt, um 1,8% (BGBl. I Nr. 210/2021) zusätzlich Zahlungen betr. Teuerungsausgleich	Gesamtpensions-einkommen wie 2018
2023	1,058	nicht mehr als 5.670 € monatlich beträgt, um 5,8% darüber um 328,86 € (BGBl. I Nr. 175/2022) zusätzlich Direktzahlung am 1.3.2023	Gesamtpensions-einkommen wie 2018
2024	1,097	nicht mehr als 5.850 € monatlich beträgt, um 9,7% darüber um 567,45 € (BGBl. I Nr. 133/2023)	Gesamtpensions-einkommen wie 2018
2025	1,046	nicht mehr als 6.060 € monatlich beträgt, um 4,6% darüber um 278,76 € (BGBl. I Nr. 145/2024)	Gesamtpensions-einkommen wie 2018
2026	1,027	nicht mehr als 2.500 € monatlich beträgt, um 2,7% darüber um 67,50 € (BGBl. I Nr.72/2025)	Gesamtpensions-einkommen wie 2018

Tabelle 20: Erhöhung der Pensionen seit 2006

Die Anpassung im 1. Jahr nach Pensionsantritt wurde in der Vergangenheit mehrfach geändert. Seit 2026 werden Pensionen bei der erstmaligen Anpassung mit 50% des Betrages erhöht, der sich aus dem ermittelten Erhöhungsbetrag aufgrund der jeweiligen Pensionsanpassungsregelung ergeben würde.

	Anpassung im 1. Jahr	gültig für Anpassung ab
Anpassung gemäß §108h Abs. 1 ASVG, § 50 GSVG, § 46 BSVG	voll	
Budgetbegleitgesetz 2003	keine	1.1.2004
Sozialrechts-Änderungsgesetz 2008	voll	1.1.2009
Budgetbegleitgesetz 2011	keine	1.1.2011
Pensionsanpassungsgesetz 2020 bzw. Steuerreformgesetz 2020	voll	1.1.2020
Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 2020	**aliquot**	1.1.2022
Pensionsanpassungsgesetz 2023	aliquot, aber mind.50% der regulären Anpassung	gültig nur für Anpassung am 1.1.2023
BGBl. I Nr. 36/2023	voll	gültig für die Anpassungen 2024 und 2025
Budgetbegleitgesetz 2025	50%	1.1.2026

Tabelle 21: Anpassung der Pensionen im 1. Jahr nach Pensionsantritt

Die Berechnung des Richtwertes seit 2006 und die zugehörigen Inflationsraten sind in der folgenden Tabelle zu sehen.

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
	Jahresinflationsraten																							
Jänner	1,1	2,9	1,2	1,6	3,2	1,2	1,2	2,4	2,8	2,7	1,6	0,7	1,2	2,0	1,8	1,8	2,0	0,8	5,0	11,2	4,6	3,2	**2,0**	
Februar	1,4	2,8	1,2	1,6	3,2	1,3	1,0	3,0	2,6	2,5	1,5	0,8	1,0	2,2	1,8	1,5	2,2	1,2	5,8	10,9	4,1	3,2	**2,2**	
März	1,5	2,9	1,0	1,8	3,5	0,8	2,0	3,1	2,4	2,3	1,7	1,0	0,7	1,9	1,9	1,8	1,6	2,0	6,8	9,2	4,1	3,0	**3,2**	
April	1,6	2,6	1,7	1,8	3,3	0,7	2,0	3,3	2,3	2,0	1,7	1,0	0,5	2,1	1,8	1,7	1,5	1,9	7,2	9,6	3,5	3,1	**3,4**	
Mai	2,1	2,3	1,7	2,0	3,7	0,3	1,9	3,3	2,1	2,3	1,8	1,0	0,6	1,9	1,9	1,7	0,7	2,8	7,7	8,9	3,3	2,9	**3,7**	
Juni	2,3	2,3	1,5	2,0	3,9	-0,1	2,0	3,3	2,2	2,2	1,9	1,0	0,6	1,9	2,0	1,6	1,1	2,8	8,7	8,0	3,0	3,3	**3,2**	
Juli	2,2	2,2	1,5	2,1	3,8	-0,3	1,9	3,5	2,1	2,0	1,8	1,2	0,6	2,0	2,1	1,4	1,7	2,9	9,4	7,0	2,9	3,6	**2,8**	
August	2,3	2,0	1,8	1,7	3,7	0,3	1,7	3,5	2,2	1,8	1,7	1,0	0,6	2,1	2,2	1,5	1,4	3,2	9,3	7,4	2,3	**4,1**		
September	2,1	2,4	1,4	2,1	3,8	0,1	1,9	3,6	2,7	1,7	1,6	0,7	0,9	2,4	2,0	1,2	1,4	3,3	10,6	6,0	1,8	**4,0**		
Oktober	2,6	2,0	1,2	2,8	3,1	0,2	2,1	3,4	2,8	1,4	1,6	0,7	1,3	2,2	2,2	1,1	1,3	3,7	11,0	5,4	1,8	**4,0**		
November	2,6	1,6	1,6	3,1	2,3	0,7	1,9	3,6	2,8	1,4	1,7	0,6	1,3	2,3	2,2	1,1	1,3	4,3	10,6	5,3	1,9	**4,0**		
Dezember	2,9	1,6	1,5	3,6	1,3	1,0	2,3	3,2	2,8	1,9	1,0	1,0	1,4	2,2	1,9	1,7	1,2	4,3	10,2	5,6	2,0	**3,8**		
Jahresinflation	2,1	2,3	1,5	2,2	3,2	0,5	1,9	3,3	2,4	2,0	1,7	1,7	0,9	2,1	2,0	1,5	1,4	2,8	8,6	7,8	2,9	3,6		
Richtwert [1]	1,5	1,5	2,5	1,6	1,7	3,2	1,5	1,2	2,7	2,8	2,4	1,7	1,2	0,8	1,6	2,0	1,8	1,5	1,8	5,8	9,7	4,6	2,7	**3,4**
ungerundet	1,5417	1,5250	2,5417	1,6167	1,7000	3,1583	1,5083	1,1917	2,6500	2,8167	2,4417	1,6833	1,1917	0,7667	1,6250	2,0417	1,8333	1,4500	1,7500	5,7858	9,7083	4,6000	2,6750	3,3667

1) VPI von August des zweitvorangegangenen Jahres bis Juli des Vorjahres

Tabelle 22: Berechnung des Richtwertes seit 2006, Inflationsraten

Die Ausgleichszulagenrichtsätze wurden 2026 wie gesetzlich vorgesehen mit dem Anpassungsfaktor erhöht, 2027 erfolgt eine Erhöhung um 3,3% (gemäß Budgetbegleitgesetz 2027-2028).

Richtsatz	2025	2026	Steigerung	2027	Steigerung
Alleinstehende	1.273,99 €	1.308,39 €	+ 2,7%	1.351,57 €	+ 3,3%
Verheiratete	2.009,85 €	2.064,12 €	+ 2,7%	2.132,24 €	+ 3,3%

Tabelle 23: Erhöhung der AZ-Richtsätze

Die Richtsätze für den Bonus zu einer Ausgleichszulage bzw. zur Pension, der seit 1.1.2020 für langzeitversicherte Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt im Inland gewährt wird, betragen:

	Alleinstehende (§299a Abs. 1 und 2 ASVG)	Alleinstehende (§299a Abs. 3 und 4 ASVG)	Verheiratete (§299a Abs. 5 und 6 ASVG)
Beitragsmonate	360	480	480
Anspruchsgrenze			
2020	1.080,00 €	1.315,00 €	1.782,00 €
2021 *)	1.113,48 €	1.339,99 €	1.808,73 €
2022 *)	1.141,83 €	1.364,11 €	1.841,29 €
2023	1.208,06 €	1.443,23 €	1.948,08 €
2024	1.325,24 €	1.583,22 €	2.137,04 €
2025	1.386,20 €	1.656,05 €	2.235,34 €
2026	1.423,63 €	1.700,76 €	2.295,69 €
2027	1.465,63 €	1.750,93 €	2.363,41 €
*) Die Anspruchsgrenzen wurden entsprechend ihrer Lage im Einschleifbereich der Pensionsanpassung erhöht.			

Tabelle 24: Entwicklung der Richtsätze für AZ- bzw. Pensionsbonus

Im Jahr 2027 erfolgt eine Erhöhung der Bonus-Richtsätze gemäß Budgetbegleitgesetz 2027-2028 um 2,95%.

Für die Jahre ab 2028 wird im vorliegenden Gutachten von einer Erhöhung der Pensionen und Ausgleichszulagenrichtsätze sowie der Bonus-Richtsätze in Höhe des Richtwertes ausgegangen, was einem Inflationsausgleich entspricht (***Übersicht 4***). Die Erhöhung der Richtsätze mit dem Anpassungsfaktor entspricht der geltenden Rechtslage, von der allerdings – wie bei der Anpassung der Pensionen – im Beobachtungszeitraum mehrfach abgewichen wurde:

Jahr	Richtwert	Anpassung der Pensionen	Erhöhung der AZ-Richtsätze
2018	1,016	gestaffelt entsprechend Gesamtpensionseinkommen	2,2%
2019	1,020	gestaffelt entsprechend Gesamtpensionseinkommen	2,6%
2020 *)	1,018	gestaffelt entsprechend Gesamtpensionseinkommen	3,6%
2021	1,015	gestaffelt entsprechend Gesamtpensionseinkommen	3,5%
2022	1,018	gestaffelt entsprechend Gesamtpensionseinkommen	3,0%
2023	1,058	gestaffelt entsprechend Gesamtpensionseinkommen	7,74%
2027	1,034	gestaffelt entsprechend Gesamtpensionseinkommen	3,3%

Tabelle 25: außertourliche Erhöhungen der AZ-Richtsätze

*) Die Ausgleichszulagenrichtsätze wurden 2020 nicht mit dem Anpassungsfaktor (1,018) angepasst, sondern um 3,6% erhöht. Der Richtsatz für Ehepaare wurde in einem ersten Schritt auf 1.472 € erhöht (BGBL. I Nr. 98/2019). Die Festsetzung des Verheiratetenrichtsatzes in Höhe von 1.472 € war notwendig, um angesichts der ab 2020 eingeführten Steuerpflicht der Ausgleichszulage Verluste für Bezieher zu verhindern. Nachträglich wurde dieser Richtsatz um 3,6% auf 1.524,99 € erhöht um zu gewährleisten, dass auch diese Bezieher von der Pensionsanpassung profitieren. Auch dies trug 2020 zu einer Steigerung des Aufwandes bei.

Die **Aufwertungszahl** hat in der Pensionsversicherung, insbesondere im Zusammenhang mit dem Pensionskonto und bei der Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage, große Bedeutung. Sie wird jährlich vom Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz für das folgende Kalenderjahr ermittelt und kundgemacht. Damit die Aufwertungszahl nicht auf vorläufigen Zahlen beruht, erfolgt die Berechnung für ein Jahr x auf Daten der Jahre x-2 und x-3 (für 2027 auf Daten der Jahre 2024 und 2025).

Die **Aufwertungszahl** für das Jahr **2027** lautet: **1,046.**

	Pflichtbeiträge (inklusive Partnerleistung)	Pflicht-versicherte	Beitrags-grundlage
Vergleichsjahr: 2024	43.679.032.086,94 €	4.381.143	3.643,93 €
Ausgangsjahr: 2025	45.947.476.103,02 €	4.404.108	3.813,18 €

Tabelle 26: Berechnung der Aufwertungszahl 2027

Aus den vorstehenden Durchschnittsgrößen errechnet sich die Steigerung der Beitragsgrundlagen mit

3.813,18 : 3.643,93 = 1,0464471

Mit dem Budgetbegleitgesetz 2027-2028 wurde beschlossen, die tägliche Höchstbeitragsgrundlage 2027 zusätzlich um 5 € zu erhöhen. Daraus ergeben sich folgende **Höchstbeitragsgrundlagen 2027**:

Höchstbeitragsgrundlage	2026	2027	Steigerung in €	Steigerung in %
täglich	231 €	247 €	16 €	6,93%
monatlich - ASVG	6.930 €	7.410 €	480 €	6,93%
monatlich – GSVG, BSVG	8.085 €	8.645 €	560 €	6,93%

Tabelle 27: tägliche und monatliche Höchstbeitragsgrundlagen 2026 und 2027

Die relativen Erhöhungen der Höchstbeitragsgrundlagen entsprechen nur annähernd den Aufwertungszahlen, weil bei der Festsetzung der täglichen Höchstbeitragsgrundlage gemäß § 108 Abs. 3 ASVG diese auf den vollen Eurobetrag zu runden ist. Die größere Abweichung der Steigerung im Jahr 2027 zur Aufwertungszahl ergibt sich aus der zusätzlichen Erhöhung um 5 €.

Die Entwicklung von Aufwertungszahl (AWZ) und Höchstbeitragsgrundlage (HBG) ist in der folgenden Übersicht zu sehen.

	Auf-wertungs-zahl AWZ	**tägliche Höchstbeitrags-grundlage**		Steigerung abs.	Steigerung rel.	**monatliche Höchstbeitrags-grundlage ASVG**
2001		107,56 €				3.227 €
2002	1,018	109 €		1,44 €	1,34%	3.270 €
2003	1,026	112 €		3 €	2,75%	3.360 €
2004	1,022	115 €	1)	3 €	2,68%	3.450 €
2005	1,023	121 €	1)	6 €	5,22%	3.630 €
2006	1,030	125 €		4 €	3,31%	3.750 €
2007	1,024	128 €		3 €	2,40%	3.840 €
2008	1,023	131 €		3 €	2,34%	3.930 €
2009	1,025	134 €		3 €	2,29%	4.020 €
2010	1,024	137 €		3 €	2,24%	4.110 €
2011	1,021	140 €		3 €	2,19%	4.200 €
2012	1,006	141 €		1 €	0,71%	4.230 €
2013	1,028	148 €	1)	7 €	4,96%	4.440 €
2014	1,022	151 €		3 €	2,03%	4.530 €
2015	1,027	155 €		4 €	2,65%	4.650 €
2016	1,024	162 €	1)	7 €	4,52%	4.860 €
2017	1,024	166 €		4 €	2,47%	4.980 €
2018	1,029	171 €		5 €	3,01%	5.130 €
2019	1,020	174 €		3 €	1,75%	5.220 €
2020	1,031	179 €		5 €	2,87%	5.370 €
2021	1,033	185 €		6 €	3,35%	5.550 €
2022	1,021	189 €		4 €	2,16%	5.670 €
2023	1,031	195 €		6 €	3,17%	5.850 €
2024	1,035	202 €		7 €	3,59%	6.060 €
2025	1,063	215 €		13 €	6,44%	6.450 €
2026	1,073	231 €		16 €	7,44%	6.930 €
2027	**1,046**	**247 €**		**16 €**	6,93%	**7.410 €**

1) außerordentliche Erhöhungen:
2004: +1 € (gemäß Budgetbegleitgesetz 2003)
2005: +3 € (gemäß Pensionsharmonisierungsgesetz)
2013: +3 € (gemäß 2. Stabilitätsgesetz 2012)
2016: +3 € (gemäß Steuerreformgesetz 2015/2016)
2027: +5 € (gemäß Budgetbegleitgesetz 2027 - 2028)

Tabelle 28: Entwicklung von Aufwertungszahl und Höchstbeitragsgrundlage

9.4 Prognoserisiken

Im Folgenden wird zusammengefasst, welche makroökonomischen oder demografischen Parameter die Gebarung der Pensionsversicherung beeinflussen und damit zu einem Steigen bzw. Sinken der Bundesmittel führen können.

Steigt die Zahl der Pensionen bzw. die Höhe der Durchschnittspensionen, so steigt der Pensionsaufwand und in weiterer Folge auch die Ausfallhaftung. Steigt die Zahl der Versicherten und/oder die Höhe der durchschnittlichen Beitragsgrundlage, so steigen die Pflichtbeiträge und die Ausfallhaftung sinkt. Wesentlichen Einfluss auf die Höhe und den Verlauf der Ausfallhaftung hat daher alles, was auf die Parameter Durchschnittspension, Pensionsstand, Beitragsgrundlage und Anzahl der Versicherten wirkt. Dazu zählen Faktoren wie die demografische Zusammensetzung der Bevölkerung, die wirtschaftliche Entwicklung (insbesondere die Preis- und die Einkommensentwicklung sowie der Beschäftigtenstand) und die rechtlichen Rahmenbedingungen betreffend Zugangsvoraussetzungen und Ermittlung der Leistungshöhe.

Pensionsaufwand (zuzüglich Beiträge zur KV der Pensionisten):

Der Pensionsaufwand (inklusive die von ihm linear abhängigen Zahlungen an die Krankenversicherung) ist die größte Einzelposition in der Gebarung der Pensionsversicherung (siehe Abbildung 1). Er ergibt sich multiplikativ aus dem Pensionsstand und der Durchschnittspension. Die Prognoseunsicherheit bezüglich des **Pensionsstandes** ist aufgrund der demografischen Ausgangslage, die bekannt ist, nicht allzu groß. Zwar kommt es durchaus zu Verschiebungen zwischen Einzeljahren, die potentielle Schwankungsbreite ist jedoch im Hinblick auf ihre finanziellen Auswirkungen kleiner als beispielsweise die Schwankungsbreite der Prognose der Versichertenstände. Kurzfristige Änderungen des Pensionsstandes können sich über Änderungen der Zugangsvoraussetzungen, allenfalls auch über Anreize, länger in Beschäftigung zu bleiben, ergeben.

Die **Durchschnittspension** hängt maßgeblich von der Inflationsentwicklung ab. Die Inflation wirkt über die jährliche **Pensionsanpassung**, welche per Annahme dem Anpassungsfaktor entspricht und daher rechnerisch mit der Inflationsprognose zusammenhängt. Hier können sich Abweichungen der tatsächlichen Entwicklung von der Prognose stark auswirken, insbesondere, wenn die Abweichung über mehrere Jahre in die gleiche Richtung geht. Im Bereich des Pensionsaufwands ist daher die Unsicherheit über die künftige Inflationsentwicklung das größte Prognoserisiko.

Aus dem aktuellen Pensionsaufwand für das Jahr 2026 ergeben sich pro zusätzlichem Prozentpunkt Pensionsanpassung Kosten in Höhe von rund 670 Mio. €.
Im Zusammenhang mit der Pensionsanpassung sind potentiell abweichende Anpassungsmodelle ebenfalls ein Unsicherheitsfaktor. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass sich die Annahme einer Pensionsanpassung mit dem Anpassungsfaktor oft als falsch herausgestellt hat. Zuletzt ist der Struktureffekt ein potentieller Grund für Abweichungen. Die auf den Struktureffekt rückführbare Prognoseunsicherheit ist jedoch überschaubar, da sich rückblickend die Annahme eines mittleren jährlichen Struktureffekts zwischen 0,9% und 1,4% über einen mittelfristigen Zeitraum als zutreffend herausgestellt hat.

Pflichtbeiträge

Die Pflichtbeiträge sind nach dem Pensionsaufwand die zweitgrößte Einzelposition in der Gebarung der Pensionsversicherung (siehe Abbildung 1). Sie ergeben sich multiplikativ aus der durchschnittlichen **Beitragsgrundlage** und dem **Versichertenstand**. Für den Versichertenstand gibt es nur in sehr abgeschwächter Form einen „demografischen Rahmen“ wie für die Zahl der Pensionsbezieher, denn er wird auch durch die allgemeine konjunkturelle Situation, durch Zu-/Abwanderung und Änderungen im Erwerbsverhalten beeinflusst. Seine Prognose ist daher ähnlich „offen“ wie die Prognose der Beitragsgrundlage. Die Beitragsgrundlage ist im Wesentlichen ebenfalls inflationsabhängig, der Zusammenhang ist jedoch weniger strikt als zwischen Inflation und Anpassungsfaktor. Bei der Beitragsgrundlage ist daher neben der Prognoseunsicherheit über die Inflation entscheidend, wie sich die Inflation über den Mechanismus der Lohnverhandlungen in einen Anstieg der pro-Kopf-Einkommen abbildet. Dieser Teil der Prognoseunsicherheit liegt bei den Wirtschaftsforschungsinstituten. Der andere Teil der Unsicherheit ergibt sich aus der Frage, wie sich die Entwicklung der pro-Kopf-Einkommen auf die durchschnittliche Beitragsgrundlage auswirkt.

Beiträge für Teilversicherte

Die maßgeblichen Größen im Bereich der Teilversicherten sind die **Beiträge für Kindererziehungszeiten** und die **Beiträge für Arbeitslose**. Betreffend die Beiträge für Kindererziehungszeiten ist es mittlerweile gelungen, eine relativ präzise Prognose zu errechnen. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen (4 Jahre ab Geburt des Kindes)

ermöglichen es, die erwarteten Mittelflüsse auf Basis der Geburtenstatistik zu prognostizieren. Für zum Zeitpunkt der Gutachtenserstellung noch nicht Geborene kann auf Geburtenprognosen der Statistik Austria zurückgegriffen werden, die zumindest für den mittelfristigen Prognosezeitraum relativ treffsicher sind. Eine „Restunsicherheit“ ergibt sich aus der gesetzlich normierten Beitragsgrundlage für Kindererziehungszeiten. Diese ist jährlich mit der Aufwertungszahl zu erhöhen, wodurch sie von der Einkommensentwicklung und damit letztlich von der Inflation abhängig ist.

Mit weit größeren Unsicherheiten ist die Prognose der Beiträge für Arbeitslose behaftet. Die Zahl der Arbeitslosen unterliegt konjunkturellen Schwankungen, die eine ebenso große Unsicherheit aufweisen, wie die Konjunkturprognose per se. Ceteris paribus bewirken mehr Arbeitslose höhere Beitragseinnahmen aus dieser Gruppe. Da allerdings hohe Arbeitslosenzahlen im Regelfall mit einer schwachen Beschäftigungsentwicklung einhergehen (wenngleich Arbeitslose und Beschäftigte keine vollkommen „kommunizierenden Gefäße“ darstellen), ist hohe Arbeitslosigkeit für die Pensionsversicherung per Saldo kein wünschenswerter Zustand.

Gesetzliche Maßnahmen

Zusätzlich zu den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben selbstverständlich auch Maßnahmen des Gesetzgebers Einfluss auf die Gebarung.

9.5 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Ausgaben und Einnahmen gesetzliche Pensionsversicherung 2025 8
Abbildung 2: Zusammensetzung der Beiträge für Teilversicherte 2025 10
Abbildung 3: Zusammensetzung der Bundesmittel 2025....13
Abbildung 4: Entwicklung der Bundesmittel, Anteil am BIP 15
Abbildung 5: Änderung der Bundesmittel im Vergleich zum Vorjahr 15
Abbildung 6: Dynamik Bundesmittel....19
Abbildung 7: Zahl der AZ-Bezieher und Aufwand für AZ 22
Abbildung 8: Dynamik Pensionsaufwand 24
Abbildung 9: Änderung des Pensionsaufwandes....26
Abbildung 10: Entwicklung der Bevölkerung Alter 60-65 Jahre, Veränderung zum Vorjahr....27
Abbildung 11: Entwicklung der Lebendgeborenen seit 1950 28
Abbildung 12: Bevölkerung Alter 60-65....28
Abbildung 13: Anstieg Pensionsantrittsalter Frauen 29
Abbildung 14: Entwicklung Zahl der Männer und Frauen - Alter 62 34
Abbildung 15: Veränderung des Pensionsstandes zum Vorjahr....34
Abbildung 16: Entwicklung der Pensionen nach Pensionsarten 35
Abbildung 17: Entwicklung Anpassung und Steigerung der Durchschnittspensionen....41
Abbildung 18: Dynamik Pflichtbeiträge....47
Abbildung 19: Entwicklung der Zahl der Pflichtversicherten nach Versichertengruppen....48
Abbildung 20: Zahl der Pflichtversicherungen pro Pensionsleistung 53
Abbildung 21: Anteil der Bundesmittel an den Aufwendungen 54
Abbildung 22: Änderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen 59
Abbildung 23: Prognose der Bundesmittel in den Mittelfristgutachten der Vergangenheit 61

9.6 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Teilversicherte, Tragung der Beiträge 9
Tabelle 2: Änderung des Pensionsaufwandes 25
Tabelle 3: Zugangsvoraussetzungen 2026 32
Tabelle 4: Erstmalige Neuzuerkennungen Alterspensionen – Frauen 33
Tabelle 5: Erstmalige Neuzuerkennungen Alterspensionen – Männer 2025 33
Tabelle 6: Entwicklung des Pensionsstandes nach Pensionsart 36
Tabelle 7: Entwicklung des Pensionsstandes nach Versichertengruppe 36
Tabelle 8: Steigerung der Durchschnittspensionen nach Geschlecht seit dem Jahr 2000 39
Tabelle 9: Entwicklung der Durchschnittspensionen 41
Tabelle 10: Pensionsleistungen - Pensionsbezieher 43
Tabelle 11: Beitragssätze 47
Tabelle 12: Entwicklung der Zahl der Pflichtversicherten nach Versichertengruppen 49
Tabelle 13: Entwicklung der durchschnittlichen Beitragsgrundlage nach Versichertengruppe 51
Tabelle 14: Entwicklung der Pensionsquote 52
Tabelle 15: Vergleich mit letztem Gutachten: Bundesmittel / Pensionsaufwand / Pflichtbeiträge 56
Tabelle 16: Vergleich mit letztem Gutachten: Pensionsstand und Pflichtversicherte 57
Tabelle 17: Zahl der Personen mit Bezug von Rehabilitations- oder Umschulungsgeld 66
Tabelle 18: Ersätze für Rehabilitationsgeld und für berufliche Maßnahmen der Rehabilitation 67
Tabelle 19: Geldflüsse bei medizinischer und beruflicher Rehabilitation 68
Tabelle 20: Erhöhung der Pensionen seit 2006 70
Tabelle 21: Anpassung der Pensionen im 1. Jahr nach Pensionsantritt 71
Tabelle 22: Berechnung des Richtwertes seit 2006, Inflationsraten 71
Tabelle 23: Erhöhung der AZ-Richtsätze 72
Tabelle 24: Entwicklung der Richtsätze für AZ- bzw. Pensionsbonus 72
Tabelle 25: außertourliche Erhöhungen der AZ-Richtsätze 73
Tabelle 26: Berechnung der Aufwertungszahl 2027 73
Tabelle 27: tägliche und monatliche Höchstbeitragsgrundlagen 2026 und 2027 74
Tabelle 28: Entwicklung von Aufwertungszahl und Höchstbeitragsgrundlage 75

9.7 Übersichten, Gebarungstabellen und Zeitreihen

Auf den folgenden Seiten ist das dem Bericht zugrundeliegende Zahlenmaterial zu finden, auf das im Fließtext Bezug genommen wird.

Übersichten 1 bis 32:
Annahmen und Ergebnisse der Berechnungen im Beobachtungszeitraum bzw. Prognosezeitraum

Gebarungstabellen 1 bis 7:
Gebarungstabellen der einzelnen PV-Träger

Zeitreihen Register 1 bis 16:
Zeitreihen über den Zeitraum 1970 bis 2031
für diverse Gebarungspositionen

Übersichten

1	Die wichtigsten Daten zur Wirtschaftslage
2	Aufwertungszahlen und Anpassungsfaktoren
3	Monatliche Höchstbeitragsgrundlagen
4	Monatliche Richtsätze für erwachsene Ausgleichszulagenempfänger
5	Durchschnittliche Zahl der Pensionen in der PV nach dem ASVG
6	Durchschnittliche Zahl der Pensionen in der PV nach dem GSVG und FSVG
7	Durchschnittliche Zahl der Pensionen in der PV nach dem BSVG
8	Durchschnittliche Zahl der Pensionen in der gesamten Pensionsversicherung
9	Zugänge in die Alterspension
10	Durchschnittliche Zahl aller Pensionen in der gesamten Pensionsversicherung
11	Höhe der Durchschnittspensionen
12	Pflichtversicherten
13	Höhe der durchschnittlichen Beitragsgrundlagen
14	Auf 1.000 Pflichtversicherungen entfallen ... Pensionen
14a	Verhältnis Pflichtversicherungen zu Pensionen
15	Entwicklung des Pensionsaufwandes
16	Entwicklung der Aufwendungen der PV-Träger
17	Entwicklung der Pflichtbeiträge
18	Entwicklung von Partnerleistung und sonstiger Beitragsübernahmen
19	Entwicklung der Pflichtbeiträge
20	Beiträge für Teilversicherte
21	Entwicklung der Erträge der PV-Träger
22	Entwicklung der Ausfallhaftung
23	Entwicklung des Bundesbeitrages (gesamt)
24	Entwicklung des Aufwandes für Ausgleichszulagen
25	Entwicklung der Bundesmittel
26	Die Ausfallhaftung deckt ... % der Aufwendungen
26a	Die Partnerleistung deckt ... % der Aufwendungen
26b	Der Beitrag für Teilversicherte aus der UG22 deckt ... % der Aufwendungen
27	Die Bundesmittel decken ... % der Gesamtaufwendungen
28	Die Bundesmittel in % des BIP
29	Übersicht über die Pensionsversicherung - Beobachtungszeitraum
30a	Übersicht über die Pensionsversicherung - Prognosezeitraum
30b	Übersicht über die Pensionsversicherung - Prognosezeitraum lt. BMF
31	Zahl aller Ausgleichszulagenbezieher
32	Höhe der durchschnittlichen Ausgleichszulagen

Die wichtigsten Daten zur Wirtschaftslage

	BIP real	BIP nominell 1)	Inflations-rate	Pro-Kopf Einkommen
2019	+3,3%	+3,3%	+1,5%	+2,9%
2020	-3,9%	-3,9%	+1,4%	+2,2%
2021	+6,8%	+6,8%	+2,8%	+2,7%
2022	+10,6%	+10,6%	+8,6%	+4,9%
2023	+6,8%	+6,8%	+7,8%	+7,2%
2024	+4,2%	+4,2%	+2,9%	+7,3%
2025	+3,6%	+3,6%	+3,6%	+3,7%
2026	+0,9%	+3,1%	+3,3%	+2,4%
2027	+1,3%	+3,7%	+2,6%	+2,9%
2028	+1,5%	+3,6%	+2,2%	+2,8%
2029	+1,3%	+3,5%	+2,1%	+2,6%
2030	+1,2%	+3,2%	+2,0%	+2,4%
2031	+1,1%	+3,1%	+2,0%	+2,3%
2019 / 2025	+30,9%	+31,0%	+30,1%	+31,3%
2025 / 2031	+7,5%	+22,0%	+15,1%	+16,4%
2026 / 2031	+6,6%	+18,3%	+11,4%	+13,7%

1) BIP gem. ESVG 2010

Arbeitsmarkt

	Unselbständig aktiv Beschäftigte		Arbeits-lose	Arbeitslosen-rate
	Steigerung	Anzahl		
		in 1.000	in 1.000	
2019	+1,6%	3.720	301	7,4%
2020	-2,0%	3.644	410	9,9%
2021	+2,5%	3.734	332	8,0%
2022	+3,0%	3.845	263	6,3%
2023	+1,2%	3.889	271	6,4%
2024	+0,2%	3.898	298	7,0%
2025	+0,2%	3.905	318	7,4%
2026	+0,5%	3.923	326	7,6%
2027	+0,7%	3.951	317	7,3%
2028	+0,8%	3.983	300	6,9%
2029	+0,7%	4.013	284	6,5%
2030	+0,6%	4.035	270	6,2%
2031	+0,5%	4.054	254	5,8%
2019 / 2025	+5,1%			
2025 / 2031	+3,9%			
2026 / 2031	+3,3%			

Aufwertungszahlen und Anpassungsfaktoren

	Richtzahl und Anpassungsfaktor	
1966	1,070	
1967	1,081	
1968	1,064	
1969	1,071	
1970	1,054	
1971	1,071	
1972	1,074	
1973	1,090	
1974	1,104	
1975	1,102	
1976	1,115	
1977	1,070	
1978	1,069	
1979	1,065	
1980	1,056	
1981	1,051	
1982	1,052	
1983	1,055	
1984	1,040	
1985	1,033	

	Aufwertungszahl	Anpassungsfaktor	
1986	1,041	1,035	
1987	1,041	1,038	
1988	1,031	1,023	
1989	1,026	1,021	
1990	1,025	1,030	1,035 1)
1991	1,043	1,050	
1992	1,055	1,040	
1993	1,061	1,040	
1994	1,060	1,025	
1995	1,050	1,028	
1996	1,043	1,023	
1997	1,039	1,000	
1998	1,024	1,013	
1999	1,018	1,015	
2000	1,020	1,006	1,011 1)
2001	1,025	1,008	
2002	1,018	1,011	
2003	1,026	1,005	
2004	1,022	1,010	1,010 1)
2005	1,023	1,015	1,010 1)
2006	1,030	1,025	1,024 1)
2007	1,024	1,016	1,015 1)
2008	1,023	1,017	1,020 1)
2009	1,025	1,032	1,034 1)
2010	1,024	1,015	
2011	1,021	1,012	1,010 1)
2012	1,006	1,027	
2013	1,028	1,028	1,018 1)
2014	1,022	1,024	1,016 1)
2015	1,027	1,017	
2016	1,024	1,012	
2017	1,024	1,008	
2018	1,029	1,016	1,0194 1)
2019	1,020	1,020	1,0217 1)
2020	1,031	1,018	1,0268 1)
2021	1,033	1,015	1,0183 1)
2022	1,021	1,018	1,0202 1)
2023	1,031	1,058	1,0568 1)
2024	1,035	1,097	
2025	1,063	1,046	
2026	1,073	1,027	1,0231 1)
2027	1,046	1,034	1,0291 1)
2028	1,032	1,032	
2029	1,037	1,022	
2030	1,031	1,021	
2031	1,027	1,020	

1) Anpassung im Durchschnitt

2) ohne Berücksichtigung der vorgezogenen Anpassung 2009

3) Anpassung unter Berücksichtigung des 2. Stabilitätsgesetzes 2012

Monatliche Höchstbeitragsgrundlagen

	Pensionsversicherung nach dem ASVG	GSVG, FSVG und BSVG
Betrag	€	€
2019	5.220,00	6.090,00
2020	5.370,00	6.265,00
2021	5.550,00	6.475,00
2022	5.670,00	6.615,00
2023	5.850,00	6.825,00
2024	6.060,00	7.070,00
2025	6.450,00	7.525,00
2026	6.930,00	8.085,00
2027	7.410,00	8.645,00
2028	7.700,10	8.983,45
2029	7.980,00	9.310,00
2030	8.220,00	9.590,00
2031	8.430,00	9.835,00

Steigerung gegenüber dem Vorjahr	
2019	1,8%
2020	2,9%
2021	3,4%
2022	2,2%
2023	3,2%
2024	3,6%
2025	6,4%
2026	7,4%
2027	6,9%
2028	3,9%
2029	3,6%
2030	3,0%
2031	2,6%
2019 / 2025	+23,6%
2025 / 2031	+30,7%
2026 / 2031	+21,6%

2027: außerordentliche Erhöhung der tägl. HBG um 5 € lt. Budgetbegleitgesetz 2027-2028
2028: außerordentliche Erhöhung der tägl. HBG um 1,67 € lt. Budgetbegleitgesetz 2027-2028

Monatliche Richtsätze
für erwachsene Ausgleichszulagenempfänger

Jahr	Alleinstehende 1)		Verheiratete 2)		Pensionsbonus-Obergrenze für					
					Alleinstehende				Verheiratete mit 40 BJ	
					mit 30 BJ		mit 40 BJ			
	€	Erhöhung	€	Erhöhung	€	Erhöhung	€	Erhöhung	€	Erhöhung
2019	933,06	2,60%	1.398,97	2,60%						
2020	966,65	3,60%	1.524,99	9,01%	1.080,00		1.315,00		1.782,00	
2021	1.000,48	3,50%	1.578,36	3,50%	1.113,48		1.339,99		1.808,73	
2022	1.030,49	3,00%	1.625,71	3,00%	1.141,83	2,55%	1.364,11	1,80%	1.841,29	1,80%
2023	1.110,26	7,74%	1.751,56	7,74%	1.208,06	5,80%	1.443,23	5,80%	1.948,08	5,80%
2024	1.217,96	9,70%	1.921,46	9,70%	1.325,24	9,70%	1.583,22	9,70%	2.137,04	9,70%
2025	1.273,99	4,60%	2.009,85	4,60%	1.386,20	4,60%	1.656,05	4,60%	2.235,34	4,60%
2026	1.308,39	2,70%	2.064,12	2,70%	1.423,63	2,70%	1.700,76	2,70%	2.295,69	2,70%
2027	1.351,57	3,30%	2.132,24	3,30%	1.465,63	2,95%	1.750,93	2,95%	2.363,41	2,95%
2028	1.394,82	3,20%	2.200,47	3,20%	1.512,53	3,20%	1.806,96	3,20%	2.439,04	3,20%
2029	1.425,51	2,20%	2.248,88	2,20%	1.545,81	2,20%	1.846,72	2,20%	2.492,71	2,20%
2030	1.455,45	2,10%	2.296,11	2,10%	1.578,28	2,10%	1.885,51	2,10%	2.545,06	2,10%
2031	1.484,56	2,00%	2.342,03	2,00%	1.609,85	2,00%	1.923,22	2,00%	2.595,96	2,00%
2019 / 2025	+36,5%	+36,5%	+43,7%	+43,7%						
2025 / 2031	+16,5%	+16,5%	+16,5%	+16,5%	+16,1%	+16,1%	+16,1%	+16,1%	+16,1%	+16,1%
2026 / 2031	+13,5%	+13,5%	+13,5%	+13,5%	+13,1%	+13,1%	+13,1%	+13,1%	+13,1%	+13,1%

BJ …. Beitragsjahre RS …. Richtsatz

1) 2023: RS für Alleinstehende erhöht mit Anpassung der ersten Stufe + 20€, andere RS mit gleichem Faktor

2) 2020 außerourliche Erhöhung auf 1.472 €, rückwirkend Anpassung mit Anpassungsfaktor 2020 (1,036)

"AZ plus" für alleinstehende Pensionsberechtigte mit mind. 30 Beitragsjahren:
2017: 1.000 €, 2018: 1.022,00 €, 2019: 1.048,57 €
mit dem BGBl. I Nr. 84/2019 wurde dieser Richtsatz durch den Pensionsbonus ersetzt.

Durchschnittliche Zahl der Pensionen in der PV nach dem ASVG

	Alters-pensionen	Pensionen wegen gemind. Arbeits-fähigkeit	Witwen-pensionen	Witwer-pensionen	Waisen-pensionen	alle Pensionen
Anzahl						
2019	1.468.061	133.184	336.470	37.327	40.181	2.015.223
2020	1.508.380	129.302	335.360	37.559	40.366	2.050.967
2021	1.543.406	123.102	333.249	37.701	40.384	2.077.841
2022	1.581.790	116.163	331.945	37.943	40.171	2.108.013
2023	1.623.585	110.090	330.781	38.254	39.950	2.142.660
2024	1.654.358	106.327	329.770	39.009	40.227	2.169.691
2025	1.680.570	103.240	328.561	39.675	40.562	2.192.607
2026	1.704.593	101.056	327.479	40.228	40.874	2.214.230
2027	1.725.351	99.366	326.296	40.660	41.160	2.232.833
2028	1.747.074	98.936	325.203	41.312	41.422	2.253.947
2029	1.769.588	98.722	324.076	41.936	41.659	2.275.979
2030	1.792.723	98.641	322.925	42.467	41.870	2.298.627
2031	1.814.922	98.592	321.808	43.020	42.056	2.320.398
Veränderung gegenüber dem Vorjahr						
2019	+ 31.910	- 4.922	- 1.476	+ 320	- 76	+ 25.756
2020	+ 40.319	- 3.882	- 1.110	+ 232	+ 185	+ 35.743
2021	+ 35.026	- 6.200	- 2.112	+ 142	+ 18	+ 26.875
2022	+ 38.384	- 6.939	- 1.303	+ 243	- 213	+ 30.172
2023	+ 41.795	- 6.073	- 1.164	+ 311	- 221	+ 34.648
2024	+ 30.773	- 3.763	- 1.011	+ 755	+ 277	+ 27.031
2025	+ 26.212	- 3.087	- 1.209	+ 666	+ 334	+ 22.916
2026	+ 24.023	- 2.184	- 1.082	+ 553	+ 312	+ 21.623
2027	+ 20.758	- 1.690	- 1.183	+ 432	+ 286	+ 18.603
2028	+ 21.723	- 430	- 1.094	+ 652	+ 262	+ 21.114
2029	+ 22.513	- 214	- 1.127	+ 624	+ 236	+ 22.032
2030	+ 23.136	- 81	- 1.151	+ 532	+ 212	+ 22.647
2031	+ 22.199	- 49	- 1.117	+ 553	+ 186	+ 21.772
Änderungsraten in %						
2019 / 2025	+ 14,5	- 22,5	- 2,4	+ 6,3	+ 0,9	+ 8,8
2025 / 2031	+ 8,0	- 4,5	- 2,1	+ 8,4	+ 3,7	+ 5,8
2026 / 2031	+ 6,5	- 2,4	- 1,7	+ 6,9	+ 2,9	+ 4,8

Durchschnittliche Zahl der Pensionen in der PV nach dem GSVG und FSVG

	Alters-pensionen	Pensionen wegen gemind. Arbeits-fähigkeit	Witwen-pensionen	Witwer-pensionen	Waisen-pensionen	alle Pensionen
Anzahl						
2019	143.283	8.967	37.081	2.628	3.590	195.549
2020	150.054	8.593	36.934	2.626	3.616	201.823
2021	156.933	8.300	36.923	2.642	3.671	208.468
2022	164.288	7.989	36.911	2.684	3.623	215.495
2023	172.614	7.759	36.903	2.748	3.617	223.641
2024	180.573	7.669	36.985	2.812	3.656	231.695
2025	187.897	7.876	37.058	2.870	3.671	239.373
2026	195.307	8.016	37.170	2.961	3.666	247.120
2027	201.185	8.312	37.248	3.018	3.677	253.439
2028	207.311	8.596	37.340	3.088	3.683	260.019
2029	213.119	8.861	37.435	3.160	3.695	266.270
2030	219.205	9.102	37.520	3.231	3.702	272.761
2031	225.212	9.318	37.614	3.296	3.711	279.152
Veränderung gegenüber dem Vorjahr						
2019	+ 5.208	- 316	- 223	+ 4	- 19	+ 4.654
2020	+ 6.771	- 374	- 147	- 2	+ 27	+ 6.275
2021	+ 6.879	- 293	- 11	+ 16	+ 54	+ 6.645
2022	+ 7.355	- 311	- 12	+ 43	- 48	+ 7.027
2023	+ 8.326	- 230	- 8	+ 64	- 5	+ 8.147
2024	+ 7.959	- 90	+ 82	+ 64	+ 38	+ 8.053
2025	+ 7.324	+ 207	+ 74	+ 58	+ 16	+ 7.678
2026	+ 7.410	+ 140	+ 112	+ 91	- 5	+ 7.747
2027	+ 5.878	+ 296	+ 78	+ 57	+ 11	+ 6.319
2028	+ 6.126	+ 284	+ 93	+ 70	+ 6	+ 6.580
2029	+ 5.808	+ 265	+ 95	+ 71	+ 11	+ 6.251
2030	+ 6.086	+ 241	+ 85	+ 72	+ 7	+ 6.491
2031	+ 6.007	+ 215	+ 94	+ 65	+ 10	+ 6.391
Änderungsraten in %						
2019 / 2025	+ 31,1	- 12,2	- 0,1	+ 9,2	+ 2,3	+ 22,4
2025 / 2031	+ 19,9	+ 18,3	+ 1,5	+ 14,8	+ 1,1	+ 16,6
2026 / 2031	+ 15,3	+ 16,2	+ 1,2	+ 11,3	+ 1,2	+ 13,0

Durchschnittliche Zahl der Pensionen in der PV nach dem BSVG

	Alters-pensionen	Pensionen wegen gemind. Arbeits-fähigkeit	Witwen-pensionen	Witwer-pensionen	Waisen-pensionen	alle Pensionen
Anzahl						
2019	123.171	7.433	28.681	5.194	3.812	168.291
2020	123.076	6.569	27.965	5.148	3.735	166.492
2021	122.161	5.730	27.234	5.092	3.678	163.895
2022	120.741	5.046	26.508	5.044	3.631	160.970
2023	118.911	4.652	25.748	5.029	3.543	157.883
2024	117.129	4.613	24.964	4.975	3.448	155.129
2025	115.762	4.722	24.150	4.928	3.368	152.929
2026	114.294	4.780	23.444	4.901	3.252	150.671
2027	112.647	4.858	22.871	4.891	3.164	148.432
2028	111.022	4.933	22.122	4.895	3.066	146.038
2029	109.389	5.000	21.374	4.845	2.965	143.573
2030	107.725	5.058	20.629	4.800	2.872	141.084
2031	106.138	5.105	19.894	4.751	2.772	138.660
Veränderung gegenüber dem Vorjahr						
2019	+ 145	- 1.002	- 727	- 69	- 81	- 1.733
2020	- 95	- 864	- 717	- 46	- 77	- 1.799
2021	- 915	- 839	- 731	- 56	- 56	- 2.597
2022	- 1.420	- 684	- 726	- 48	- 47	- 2.925
2023	- 1.830	- 394	- 760	- 15	- 88	- 3.086
2024	- 1.782	- 39	- 784	- 55	- 95	- 2.755
2025	- 1.367	+ 109	- 814	- 47	- 80	- 2.200
2026	- 1.468	+ 58	- 706	- 27	- 116	- 2.258
2027	- 1.647	+ 78	- 573	- 10	- 88	- 2.239
2028	- 1.625	+ 75	- 749	+ 4	- 98	- 2.394
2029	- 1.633	+ 67	- 748	- 49	- 102	- 2.465
2030	- 1.664	+ 58	- 745	- 45	- 93	- 2.489
2031	- 1.587	+ 47	- 735	- 50	- 100	- 2.424
Änderungsraten in %						
2019 / 2025	- 6,0	- 36,5	- 15,8	- 5,1	- 11,7	- 9,1
2025 / 2031	- 8,3	+ 8,1	- 17,6	- 3,6	- 17,7	- 9,3
2026 / 2031	- 7,1	+ 6,8	- 15,1	- 3,1	- 14,8	- 8,0

Durchschnittliche Zahl der Pensionen in der gesamten Pensionsversicherung

	Alters-pensionen	Pensionen wegen gemind. Arbeits-fähigkeit	Witwen-pensionen	Witwer-pensionen	Waisen-pensionen	alle Pensionen
Anzahl						
2019	1.734.515	149.584	402.233	45.149	47.582	2.379.062
2020	1.781.510	144.464	400.258	45.333	47.717	2.419.282
2021	1.822.500	137.132	397.405	45.434	47.733	2.450.204
2022	1.866.819	129.198	395.364	45.672	47.425	2.484.477
2023	1.915.110	122.501	393.431	46.032	47.111	2.524.185
2024	1.952.060	118.609	391.719	46.796	47.331	2.556.514
2025	1.984.229	115.838	389.769	47.472	47.601	2.584.909
2026	2.014.194	113.852	388.093	48.090	47.792	2.612.021
2027	2.039.183	112.537	386.415	48.569	48.001	2.634.705
2028	2.065.408	112.466	384.665	49.295	48.172	2.660.005
2029	2.092.096	112.583	382.885	49.941	48.318	2.685.822
2030	2.119.654	112.801	381.074	50.499	48.444	2.712.471
2031	2.146.273	113.015	379.316	51.067	48.539	2.738.210
Veränderung gegenüber dem Vorjahr						
2019	+ 37.263	- 6.240	- 2.426	+ 255	- 175	+ 28.677
2020	+ 46.995	- 5.120	- 1.974	+ 184	+ 134	+ 40.220
2021	+ 40.990	- 7.332	- 2.854	+ 102	+ 16	+ 30.922
2022	+ 44.319	- 7.934	- 2.041	+ 237	- 308	+ 34.273
2023	+ 48.291	- 6.697	- 1.932	+ 360	- 314	+ 39.708
2024	+ 36.950	- 3.892	- 1.713	+ 764	+ 220	+ 32.329
2025	+ 32.169	- 2.771	- 1.950	+ 676	+ 270	+ 28.394
2026	+ 29.965	- 1.986	- 1.676	+ 618	+ 192	+ 27.112
2027	+ 24.989	- 1.315	- 1.678	+ 479	+ 209	+ 22.684
2028	+ 26.225	- 71	- 1.750	+ 726	+ 171	+ 25.300
2029	+ 26.688	+ 118	- 1.780	+ 646	+ 146	+ 25.818
2030	+ 27.558	+ 218	- 1.811	+ 558	+ 126	+ 26.649
2031	+ 26.619	+ 213	- 1.757	+ 568	+ 96	+ 25.739
Änderungsraten in %						
2019 / 2025	+ 14,4	- 22,6	- 3,1	+ 5,1	+ 0,0	+ 8,7
2025 / 2031	+ 8,2	- 2,4	- 2,7	+ 7,6	+ 2,0	+ 5,9
2026 / 2031	+ 6,6	- 0,7	- 2,3	+ 6,2	+ 1,6	+ 4,8

Übersicht 9

Zugänge in die Alterspension

	Vorzeitige AP bei langer Versich.-dauer	Korridor-pension	Langzeit-versich.-pension	Schwer-arbeits-pension	*Summe vorzeitige Alters-pensionen*	normale Alters-pension	Summe alle Alters-pensionen
Anzahl							
2019	495	9.140	9.263	9.000	*27.898*	55.862	*83.760*
2020	473	9.993	14.537	8.829	*33.832*	62.051	*95.883*
2021	532	10.079	11.276	7.960	*29.847*	65.166	*95.013*
2022	566	10.885	9.589	7.594	*28.634*	71.903	*100.537*
2023	588	11.652	9.278	7.330	*28.848*	76.352	*105.200*
2024	616	12.063	10.304	8.051	*31.034*	56.098	*87.132*
2025	600	12.524	10.557	8.576	*32.257*	55.365	*87.622*
2026	588	10.116	10.566	8.966	*30.236*	55.330	*85.566*
2027	585	8.196	10.732	9.508	*29.021*	54.331	*83.352*
2028	589	11.662	14.960	10.100	*37.311*	50.470	*87.781*
2029	578	14.465	16.997	10.291	*42.330*	48.799	*91.129*
2030	554	22.993	17.802	10.318	*51.667*	43.368	*95.035*
2031	530	24.731	18.532	10.326	*54.118*	43.185	*97.304*
Veränderung gegenüber dem Vorjahr							
2019	+ 69	+ 561	- 1.589	+ 9	*- 950*	+ 9.626	*+ 8.676*
2020	- 22	+ 853	+ 5.274	- 171	*+ 5.934*	+ 6.189	*+ 12.123*
2021	+ 59	+ 86	- 3.261	- 869	*- 3.985*	+ 3.115	*- 870*
2022	+ 34	+ 806	- 1.687	- 366	*- 1.213*	+ 6.737	*+ 5.524*
2023	+ 22	+ 767	- 311	- 264	*+ 214*	+ 4.449	*+ 4.663*
2024	+ 28	+ 411	+ 1.026	+ 721	*+ 2.186*	- 20.254	*- 18.068*
2025	- 16	+ 461	+ 253	+ 525	*+ 1.223*	- 733	*+ 490*
2026	- 12	- 2.408	+ 9	+ 390	*- 2.021*	- 35	*- 2.056*
2027	- 3	- 1.920	+ 166	+ 542	*- 1.215*	- 999	*- 2.214*
2028	+ 4	+ 3.466	+ 4.228	+ 592	*+ 8.289*	- 3.861	*+ 4.428*
2029	- 11	+ 2.803	+ 2.037	+ 191	*+ 5.020*	- 1.671	*+ 3.348*
2030	- 24	+ 8.528	+ 806	+ 27	*+ 9.337*	- 5.431	*+ 3.906*
2031	- 24	+ 1.738	+ 730	+ 8	*+ 2.451*	- 182	*+ 2.268*
Änderungsraten in %							
2019 / 2025	+ 21,2	+ 37,0	+ 14,0	- 4,7	*+ 15,6*	*- 0,9*	*+ 4,6*
2025 / 2031	- 11,7	+ 97,5	+ 75,5	+ 20,4	*+ 67,8*	*- 22,0*	*+ 11,0*

Durchschnittliche Zahl aller Pensionen in der gesamten Pensionsversicherung

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions-versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Anzahl				
2019	2.015.223	195.549	168.291	2.379.062
2020	2.050.967	201.823	166.492	2.419.282
2021	2.077.841	208.468	163.895	2.450.204
2022	2.108.013	215.495	160.970	2.484.477
2023	2.142.660	223.641	157.883	2.524.185
2024	2.169.691	231.695	155.129	2.556.514
2025	2.192.607	239.373	152.929	2.584.909
2026	2.214.230	247.120	150.671	2.612.021
2027	2.232.833	253.439	148.432	2.634.705
2028	2.253.947	260.019	146.038	2.660.005
2029	2.275.979	266.270	143.573	2.685.822
2030	2.298.627	272.761	141.084	2.712.471
2031	2.320.398	279.152	138.660	2.738.210
Veränderung gegenüber dem Vorjahr				
2019	+ 25.756	+ 4.654	- 1.733	+ 28.677
2020	+ 35.743	+ 6.275	- 1.799	+ 40.220
2021	+ 26.874	+ 6.645	- 2.597	+ 30.922
2022	+ 30.172	+ 7.027	- 2.925	+ 34.273
2023	+ 34.648	+ 8.147	- 3.086	+ 39.708
2024	+ 27.031	+ 8.053	- 2.755	+ 32.329
2025	+ 22.916	+ 7.678	- 2.200	+ 28.394
2026	+ 21.623	+ 7.747	- 2.258	+ 27.112
2027	+ 18.603	+ 6.319	- 2.239	+ 22.684
2028	+ 21.114	+ 6.580	- 2.394	+ 25.300
2029	+ 22.032	+ 6.251	- 2.465	+ 25.818
2030	+ 22.647	+ 6.491	- 2.489	+ 26.649
2031	+ 21.772	+ 6.391	- 2.424	+ 25.739
Änderungsraten in %				
2019 / 2025	+ 8,8	+ 22,4	- 9,1	+ 8,7
2025 / 2031	+ 5,8	+ 16,6	- 9,3	+ 5,9
2026 / 2031	+ 4,8	+ 13,0	- 8,0	+ 4,8

Höhe der Durchschnittspensionen

(ohne Zulagen und Zuschüsse und
ohne anteilige Sonderzahlungen)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions-versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Höhe in €				
2019	1.198,79	1.362,12	779,23	1.182,54
2020	1.246,41	1.404,69	818,18	1.230,14
2021	1.289,89	1.437,95	851,15	1.273,14
2022	1.336,29	1.472,47	884,79	1.318,85
2023	1.431,80	1.559,09	950,45	1.412,97
2024	1.587,65	1.710,89	1.059,87	1.566,80
2025	1.678,67	1.791,47	1.129,43	1.656,62
2026	1.736,08	1.832,84	1.174,87	1.712,86
2027	1.804,42	1.885,20	1.225,47	1.779,57
2028	1.877,22	1.941,25	1.279,82	1.850,68
2029	1.937,70	1.983,02	1.326,01	1.909,49
2030	1.998,82	2.024,06	1.372,18	1.968,77
2031	2.060,49	2.063,79	1.418,36	2.028,31
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
2019	+ 3,1	+ 2,8	+ 4,2	+ 3,2
2020	+ 4,0	+ 3,1	+ 5,0	+ 4,0
2021	+ 3,5	+ 2,4	+ 4,0	+ 3,5
2022	+ 3,6	+ 2,4	+ 4,0	+ 3,6
2023	+ 7,1	+ 5,9	+ 7,4	+ 7,1
2024	+ 10,9	+ 9,7	+ 11,5	+ 10,9
2025	+ 5,7	+ 4,7	+ 6,6	+ 5,7
2026	+ 3,4	+ 2,3	+ 4,0	+ 3,4
2027	+ 3,9	+ 2,9	+ 4,3	+ 3,9
2028	+ 4,0	+ 3,0	+ 4,4	+ 4,0
2029	+ 3,2	+ 2,2	+ 3,6	+ 3,2
2030	+ 3,2	+ 2,1	+ 3,5	+ 3,1
2031	+ 3,1	+ 2,0	+ 3,4	+ 3,0
Änderungsraten in %				
2019 / 2025	+ 40,0	+ 31,5	+ 44,9	+ 40,1
2025 / 2031	+ 22,7	+ 15,2	+ 25,6	+ 22,4
2026 / 2031	+ 18,7	+ 12,6	+ 20,7	+ 18,4

Anmerkung:
Durchschnitt aller Pensionsleistungen
(Alterspensionen, Invaliditätspensionen, Hinterbliebenenpensionen,
zwischenstaatliche Teilleistungen)

Durchschnittliche Zahl der Pflichtversicherten

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions-versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Anzahl				
2019	3.522.817	460.260	132.998	4.116.075
2020	3.455.401	463.267	131.374	4.050.042
2021	3.556.536	477.414	130.421	4.164.371
2022	3.677.596	488.585	129.506	4.295.687
2023	3.731.543	497.227	128.587	4.357.357
2024	3.748.875	505.198	127.070	4.381.143
2025	3.764.139	514.788	125.181	4.404.108
2026	3.786.894	522.708	124.301	4.433.903
2027	3.825.208	530.728	123.431	4.479.367
2028	3.866.804	538.848	122.571	4.528.223
2029	3.903.582	547.068	121.711	4.572.361
2030	3.937.596	555.388	120.861	4.613.845
2031	3.967.345	563.818	120.011	4.651.174
Veränderung gegenüber dem Vorjahr				
2019	+ 67.944	+ 7.745	- 2.011	+ 73.678
2020	- 67.416	+ 3.007	- 1.624	- 66.033
2021	+ 101.135	+ 14.147	- 953	+ 114.329
2022	+ 121.060	+ 11.171	- 915	+ 131.316
2023	+ 53.947	+ 8.642	- 919	+ 61.670
2024	+ 17.332	+ 7.971	- 1.517	+ 23.786
2025	+ 15.264	+ 9.590	- 1.889	+ 22.965
2026	+ 22.755	+ 7.920	- 880	+ 29.795
2027	+ 38.313	+ 8.020	- 870	+ 45.463
2028	+ 41.596	+ 8.120	- 860	+ 48.856
2029	+ 36.779	+ 8.220	- 860	+ 44.139
2030	+ 34.013	+ 8.320	- 850	+ 41.483
2031	+ 29.749	+ 8.430	- 850	+ 37.329
Änderungsraten in %				
2019 / 2025	+ 6,9	+ 11,8	- 5,9	+ 7,0
2025 / 2031	+ 5,4	+ 9,5	- 4,1	+ 5,6
2026 / 2031	+ 4,8	+ 7,9	- 3,5	+ 4,9

Höhe der durchschnittlichen Beitragsgrundlagen

(inklusive Partnerleistung und Beitragsübernahmen)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions-versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Höhe in €				
2019	3.076,60	2.119,40	1.799,02	2.928,28
2020	3.173,20	1.961,80	1.831,45	2.990,90
2021	3.243,12	2.231,74	1.882,44	3.084,37
2022	3.360,98	2.273,12	1.923,37	3.193,73
2023	3.588,61	2.312,13	1.977,60	3.395,23
2024	3.863,46	2.428,74	1.998,29	3.639,17
2025	4.044,43	2.538,37	2.102,09	3.807,52
2026	4.163,49	2.663,40	2.264,12	3.925,47
2027	4.318,36	2.756,75	2.357,07	4.079,12
2028	4.452,08	2.842,05	2.424,30	4.205,43
2029	4.571,15	2.912,92	2.483,47	4.317,02
2030	4.682,34	2.985,11	2.540,25	4.421,76
2031	4.789,83	3.059,11	2.597,84	4.523,31
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
2019	+ 3,1	+ 3,5	+ 4,9	+ 3,3
2020	+ 3,1	- 7,4	+ 1,8	+ 2,1
2021	+ 2,2	+ 13,8	+ 2,8	+ 3,1
2022	+ 3,6	+ 1,9	+ 2,2	+ 3,5
2023	+ 6,8	+ 1,7	+ 2,8	+ 6,3
2024	+ 7,7	+ 5,0	+ 1,0	+ 7,2
2025	+ 4,7	+ 4,5	+ 5,2	+ 4,6
2026	+ 2,9	+ 4,9	+ 7,7	+ 3,1
2027	+ 3,7	+ 3,5	+ 4,1	+ 3,9
2028	+ 3,1	+ 3,1	+ 2,9	+ 3,1
2029	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,7
2030	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,4
2031	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,3
Änderungsraten in %				
2019 / 2025	+ 31,5	+ 19,8	+ 16,8	+ 30,0
2025 / 2031	+ 18,4	+ 20,5	+ 23,6	+ 18,8
2026 / 2031	+ 15,0	+ 14,9	+ 14,7	+ 15,2

monatliche Bgl. INKL anteilige Sonderzahlungen, d.h. Pflichtbeiträge = Fälle * Bgl * 0,228 * 12

Übersicht 14

Auf 1.000 Pflichtversicherungen entfallen ... Pensionen

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions-versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
2019	572	425	1.265	578
2020	594	436	1.267	597
2021	584	437	1.257	588
2022	573	441	1.243	578
2023	574	450	1.228	579
2024	579	459	1.221	584
2025	582	465	1.222	587
2026	585	473	1.212	589
2027	584	478	1.203	588
2028	583	483	1.191	587
2029	583	487	1.180	587
2030	584	491	1.167	588
2031	585	495	1.155	589

Übersicht 14a

Verhältnis Pflichtversicherungen zu Pensionen

(z.B. 2 bedeutet: es gibt doppelt so viele Pflichtversicherungen wie Pensionen)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions-versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
2019	1,75	2,35	0,79	1,73
2020	1,68	2,30	0,79	1,67
2021	1,71	2,29	0,80	1,70
2022	1,74	2,27	0,80	1,73
2023	1,74	2,22	0,81	1,73
2024	1,73	2,18	0,82	1,71
2025	1,72	2,15	0,82	1,70
2026	1,71	2,12	0,82	1,70
2027	1,71	2,09	0,83	1,70
2028	1,72	2,07	0,84	1,70
2029	1,72	2,05	0,85	1,70
2030	1,71	2,04	0,86	1,70
2031	1,71	2,02	0,87	1,70

Entwicklung des Pensionsaufwandes

	Pensionsversicherung nach dem ASVG	Pensionsversicherung nach dem GSVG und FSVG	Pensionsversicherung nach dem BSVG	gesamte Pensions-versicherung
Beträge in Mio.€				
2019	33.821,698	3.729,045	1.835,925	39.386,668
2020	35.788,736	3.968,992	1.907,078	41.664,806
2021	37.522,684	4.196,739	1.952,992	43.672,415
2022	39.436,803	4.442,346	1.993,931	45.873,080
2023	42.949,998	4.881,468	2.100,840	49.932,306
2024	48.225,972	5.549,670	2.301,835	56.077,477
2025	51.529,319	6.003,616	2.418,114	59.951,048
2026	53.817,014	6.341,049	2.478,260	62.636,323
2027	56.405,430	6.688,974	2.546,594	65.640,998
2028	59.236,239	7.066,677	2.616,628	68.919,544
2029	61.742,316	7.392,267	2.665,316	71.799,899
2030	64.323,692	7.729,169	2.710,302	74.763,164
2031	66.936,203	8.065,557	2.753,373	77.755,134
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
2019	+ 4,5	+ 5,3	+ 3,2	+ 4,5
2020	+ 5,8	+ 6,4	+ 3,9	+ 5,8
2021	+ 4,8	+ 5,7	+ 2,4	+ 4,8
2022	+ 5,1	+ 5,9	+ 2,1	+ 5,0
2023	+ 8,9	+ 9,9	+ 5,4	+ 8,8
2024	+ 12,3	+ 13,7	+ 9,6	+ 12,3
2025	+ 6,8	+ 8,2	+ 5,1	+ 6,9
2026	+ 4,4	+ 5,6	+ 2,5	+ 4,5
2027	+ 4,8	+ 5,5	+ 2,8	+ 4,8
2028	+ 5,0	+ 5,6	+ 2,8	+ 5,0
2029	+ 4,2	+ 4,6	+ 1,9	+ 4,2
2030	+ 4,2	+ 4,6	+ 1,7	+ 4,1
2031	+ 4,1	+ 4,4	+ 1,6	+ 4,0
Änderungsraten in %				
2019 / 2025	+ 52,4	+ 61,0	+ 31,7	+ 52,2
2025 / 2031	+ 29,9	+ 34,3	+ 13,9	+ 29,7
2026 / 2031	+ 24,4	+ 27,2	+ 11,1	+ 24,1

Entwicklung der Aufwendungen der PV-Träger

(ohne Ausgleichszulagen)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions-versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Beträge in Mio.€				
2019	37.612,152	4.111,543	2.248,466	43.972,161
2020	39.536,109	4.335,053	2.317,014	46.188,177
2021	41.526,890	4.585,406	2.370,408	48.482,705
2022	44.107,682	4.905,141	2.461,463	51.474,286
2023	48.032,623	5.414,127	2.596,467	56.043,217
2024	53.402,204	6.100,607	2.794,369	62.297,180
2025	57.169,353	6.669,590	2.957,357	66.796,300
2026	59.808,732	7.010,532	3.055,282	69.874,547
2027	62.763,133	7.484,723	3.102,536	73.350,392
2028	65.728,024	7.895,149	3.185,079	76.808,251
2029	68.427,364	8.249,660	3.242,768	79.919,792
2030	71.211,708	8.616,132	3.296,080	83.123,919
2031	74.030,575	8.982,391	3.347,233	86.360,198
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
2019	+ 4,6	+ 5,2	+ 3,0	+ 4,5
2020	+ 5,1	+ 5,4	+ 3,0	+ 5,0
2021	+ 5,0	+ 5,8	+ 2,3	+ 5,0
2022	+ 6,2	+ 7,0	+ 3,8	+ 6,2
2023	+ 8,9	+ 10,4	+ 5,5	+ 8,9
2024	+ 11,2	+ 12,7	+ 7,6	+ 11,2
2025	+ 7,1	+ 9,3	+ 5,8	+ 7,2
2026	+ 4,6	+ 5,1	+ 3,3	+ 4,6
2027	+ 4,9	+ 6,8	+ 1,5	+ 5,0
2028	+ 4,7	+ 5,5	+ 2,7	+ 4,7
2029	+ 4,1	+ 4,5	+ 1,8	+ 4,1
2030	+ 4,1	+ 4,4	+ 1,6	+ 4,0
2031	+ 4,0	+ 4,3	+ 1,6	+ 3,9
Änderungsraten in %				
2019 / 2025	+ 52,0	+ 62,2	+ 31,5	+ 51,9
2025 / 2031	+ 29,5	+ 34,7	+ 13,2	+ 29,3
2026 / 2031	+ 23,8	+ 28,1	+ 9,6	+ 23,6

Entwicklung der Pflichtbeiträge

(ohne Berücksichtigung der Partnerleistung und sonstiger Beitragsübernahmen)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions-versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Beträge in Mio.€				
2019	29.653,566	2.182,907	488,206	32.324,679
2020	29.999,324	2.035,400	489,007	32.523,730
2021	31.557,790	2.385,176	499,149	34.442,115
2022	33.817,886	2.485,941	506,446	36.810,273
2023	36.637,962	2.573,484	517,057	39.728,503
2024	39.615,191	2.710,878	509,351	42.835,421
2025	41.636,658	2.882,048	527,442	45.046,149
2026	43.137,694	3.116,000	478,413	46.732,108
2027	45.194,946	3.274,728	605,846	49.075,520
2028	47.101,069	3.427,456	618,944	51.147,469
2029	48.820,834	3.566,484	629,542	53.016,861
2030	50.444,055	3.710,212	639,440	54.793,707
2031	51.991,974	3.860,742	648,912	56.501,627
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
2019	+ 5,2	+ 5,3	+ 3,4	+ 5,1
2020	+ 1,2	- 6,8	+ 0,2	+ 0,6
2021	+ 5,2	+ 17,2	+ 2,1	+ 5,9
2022	+ 7,2	+ 4,2	+ 1,5	+ 6,9
2023	+ 8,3	+ 3,5	+ 2,1	+ 7,9
2024	+ 8,1	+ 5,3	- 1,5	+ 7,8
2025	+ 5,1	+ 6,3	+ 3,6	+ 5,2
2026	+ 3,6	+ 8,1	- 9,3	+ 3,7
2027	+ 4,8	+ 5,1	+ 26,6	+ 5,0
2028	+ 4,2	+ 4,7	+ 2,2	+ 4,2
2029	+ 3,7	+ 4,1	+ 1,7	+ 3,7
2030	+ 3,3	+ 4,0	+ 1,6	+ 3,4
2031	+ 3,1	+ 4,1	+ 1,5	+ 3,1
Änderungsraten in %				
2019 / 2025	+ 40,4	+ 32,0	+ 8,0	+ 39,4
2025 / 2031	+ 24,9	+ 34,0	+ 23,0	+ 25,4
2026 / 2031	+ 20,5	+ 23,9	+ 35,6	+ 20,9

Entwicklung von Partnerleistung und sonstiger Beitragsübernahmen

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions-versicherung	sonstige Beitrags-über-nahmen 1)
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG		
Beträge in Mio.€					
2019	0,000	485,992	166,427	652,419	
2020	0,000	451,178	167,008	618,186	
2021	0,000	529,936	170,436	700,372	2,131
2022	0,000	552,701	172,929	725,630	2,128
2023	0,000	571,970	176,550	748,520	2,139
2024	0,000	610,341	176,304	786,645	56,967
2025	0,000	650,402	182,720	833,122	68,205
2026	0,000	693,000	195,400	888,400	96,187
2027	0,000	728,272	188,100	916,372	2,054
2028	0,000	762,544	192,000	954,544	2,056
2029	0,000	793,516	195,400	988,916	2,058
2030	0,000	825,788	198,500	1.024,288	2,060
2031	0,000	858,258	202,026	1.060,284	2,062
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
2019		+ 5,5	+ 3,4	+ 5,0	
2020		- 7,2	+ 0,3	- 5,2	
2021		+ 17,5	+ 2,1	+ 13,3	
2022		+ 4,3	+ 1,5	+ 3,6	
2023		+ 3,5	+ 2,1	+ 3,2	
2024		+ 6,7	- 0,1	+ 5,1	
2025		+ 6,6	+ 3,6	+ 5,9	
2026		+ 6,5	+ 6,9	+ 6,6	
2027		+ 5,1	- 3,7	+ 3,1	
2028		+ 4,7	+ 2,1	+ 4,2	
2029		+ 4,1	+ 1,8	+ 3,6	
2030		+ 4,1	+ 1,6	+ 3,6	
2031		+ 3,9	+ 1,8	+ 3,5	
Änderungsraten in %					
2019 / 2025		+ 33,8	+ 9,8	+ 27,7	
2025 / 2031		+ 32,0	+ 10,6	+ 27,3	
2026 / 2031		+ 23,8	+ 3,4	+ 19,3	

1) Bundesbeitrag für Beitragsgrundlagenerhöhung im BSVG; 2024+2025 inklusive Beitragsübernahme des Bundes bei Erwerbstätigkeit neben dem Pensionsbezug ab Erreichung des Regelpensionsalters; 2026: Beitragsgutschrift BSVG "Dürrepaket"

Entwicklung der Pflichtbeiträge

(inklusive Partnerleistung und sonstiger Beitragsübernahmen)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions-versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG 1)	BSVG	
Beträge in Mio.€				
2019	29.653,566	2.668,899	654,633	32.977,098
2020	29.999,324	2.486,577	656,015	33.141,915
2021	31.557,790	2.915,111	671,716	35.144,617
2022	33.817,886	3.038,642	681,503	37.538,031
2023	36.637,962	3.145,454	695,746	40.479,162
2024	39.627,245	3.357,054	694,733	43.679,032
2025	41.652,324	3.575,197	719,955	45.947,476
2026	43.137,694	3.809,000	770,000	47.716,694
2027	45.194,946	4.003,000	796,000	49.993,946
2028	47.101,069	4.190,000	813,000	52.104,069
2029	48.820,834	4.360,000	827,000	54.007,834
2030	50.444,055	4.536,000	840,000	55.820,055
2031	51.991,974	4.719,000	850,938	57.561,912
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
2019	+ 5,2	+ 5,3	+ 3,4	+ 5,1
2020	+ 1,2	- 6,8	+ 0,2	+ 0,5
2021	+ 5,2	+ 17,2	+ 2,4	+ 6,0
2022	+ 7,2	+ 4,2	+ 1,5	+ 6,8
2023	+ 8,3	+ 3,5	+ 2,1	+ 7,8
2024	+ 8,2	+ 6,7	- 0,1	+ 7,9
2025	+ 5,1	+ 6,5	+ 3,6	+ 5,2
2026	+ 3,6	+ 6,5	+ 7,0	+ 3,9
2027	+ 4,8	+ 5,1	+ 3,4	+ 4,8
2028	+ 4,2	+ 4,7	+ 2,1	+ 4,2
2029	+ 3,7	+ 4,1	+ 1,7	+ 3,7
2030	+ 3,3	+ 4,0	+ 1,6	+ 3,4
2031	+ 3,1	+ 4,0	+ 1,3	+ 3,1
Änderungsraten in %				
2019 / 2025	+ 40,5	+ 34,0	+ 10,0	+ 39,3
2025 / 2031	+ 24,8	+ 32,0	+ 18,2	+ 25,3
2026 / 2031	+ 20,5	+ 23,9	+ 10,5	+ 20,6

Beiträge für Teilversicherte

	geleistet durch das AMS	sonstige, nicht aus UG22 [1)]	Zeiten der Kindererziehung geleistet von		Bezieher v. Wochen-, Sonderwochen-, Kranken-, Wiedereingl., Rehabgeld	PräsD, ZivD, Übergangs-geld, Fam.-hospiz	Summe
			FLAF	UG22			
Beträge in Mio.€							
2019	1.225,096	5,419	1.240,778	413,889	552,484	110,039	3.547,706
2020	1.750,768	5,104	1.159,921	386,400	563,270	123,293	3.988,755
2021	1.447,455	5,850	1.178,542	393,169	558,405	112,769	3.696,190
2022	1.171,127	6,818	1.199,337	399,910	614,090	125,392	3.516,674
2023	1.405,324	8,563	1.205,687	401,849	639,749	124,199	3.785,371
2024	1.569,258	9,947	1.256,119	418,831	716,062	130,700	4.100,917
2025	1.696,042	12,165	1.256,462	419,146	784,239	141,807	4.309,861
2026	1.789,000	14,391	1.320,878	440,293	809,819	144,582	4.518,963
2027	1.803,000	16,606	1.366,060	455,353	824,366	147,972	4.613,358
2028	1.751,000	18,821	1.406,209	468,736	838,397	151,765	4.634,929
2029	1.691,000	21,036	1.458,798	486,266	855,669	156,956	4.669,725
2030	1.634,000	23,251	1.505,121	501,707	872,423	161,929	4.698,431
2031	1.567,000	25,466	1.541,191	513,730	889,311	166,470	4.703,169
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
2019	- 2,9	+ 16,2	+ 18,9	+ 17,7	+ 6,5	+ 13,1	+ 8,2
2020	+ 42,9	- 5,8	- 6,5	- 6,6	+ 2,0	+ 12,0	+ 12,4
2021	- 17,3	+ 14,6	+ 1,6	+ 1,8	- 0,9	- 8,5	- 7,3
2022	- 19,1	+ 16,6	+ 1,8	+ 1,7	+ 10,0	+ 11,2	- 4,9
2023	+ 20,0	+ 25,6	+ 0,5	+ 0,5	+ 4,2	- 1,0	+ 7,6
2024	+ 11,7	+ 16,2	+ 4,2	+ 4,2	+ 11,9	+ 5,2	+ 8,3
2025	+ 8,1	+ 22,3	+ 0,0	+ 0,1	+ 9,5	+ 8,5	+ 5,1
2026	+ 5,5	+ 18,3	+ 5,1	+ 5,0	+ 3,3	+ 2,0	+ 4,9
2027	+ 0,8	+ 15,4	+ 3,4	+ 3,4	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,1
2028	- 2,9	+ 13,3	+ 2,9	+ 2,9	+ 1,7	+ 2,6	+ 0,5
2029	- 3,4	+ 11,8	+ 3,7	+ 3,7	+ 2,1	+ 3,4	+ 0,8
2030	- 3,4	+ 10,5	+ 3,2	+ 3,2	+ 2,0	+ 3,2	+ 0,6
2031	- 4,1	+ 9,5	+ 2,4	+ 2,4	+ 1,9	+ 2,8	+ 0,1
Änderungsraten in %							
2019 / 2025	+ 38,4	+ 124,5	+ 1,3	+ 1,3	+ 41,9	+ 28,9	+ 21,5
2025 / 2031	- 7,6	+ 109,3	+ 22,7	+ 22,6	+ 13,4	+ 17,4	+ 9,1
2026 / 2031	- 12,4	+ 77,0	+ 16,7	+ 16,7	+ 9,8	+ 15,1	+ 4,1

1) Ausbildungsdienst (BMLV), Familienhospizkarenz, Pflegekarenz, Familienhospizteilzeit, Pflegeteilzeit (UG21)

Entwicklung der Erträge der PV-Träger

(ohne Bundesmittel)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions-versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Beträge in Mio.€				
2019	32.574,310	2.264,437	535,970	35.374,717
2020	33.345,145	2.114,585	529,506	35.989,236
2021	34.694,888	2.477,766	538,138	37.710,792
2022	36.745,520	2.570,255	544,753	39.860,528
2023	39.830,359	2.667,662	556,234	43.054,256
2024	43.110,009	2.820,924	551,796	46.482,729
2025	45.270,937	3.002,091	574,245	48.847,272
2026	46.950,968	3.226,979	528,397	50.706,343
2027	49.189,771	3.484,792	657,146	53.331,709
2028	51.066,992	3.629,264	670,494	55.366,750
2029	52.774,091	3.759,484	682,013	57.215,588
2030	54.381,154	3.893,730	691,545	58.966,429
2031	55.894,939	4.036,150	701,199	60.632,289
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
2019	+ 5,2	+ 5,1	+ 3,1	+ 5,1
2020	+ 2,4	- 6,6	- 1,2	+ 1,7
2021	+ 4,0	+ 17,2	+ 1,6	+ 4,8
2022	+ 5,9	+ 3,7	+ 1,2	+ 5,7
2023	+ 8,4	+ 3,8	+ 2,1	+ 8,0
2024	+ 8,2	+ 5,7	- 0,8	+ 8,0
2025	+ 5,0	+ 6,4	+ 4,1	+ 5,1
2026	+ 3,7	+ 7,5	- 8,0	+ 3,8
2027	+ 4,8	+ 8,0	+ 24,4	+ 5,2
2028	+ 3,8	+ 4,1	+ 2,0	+ 3,8
2029	+ 3,3	+ 3,6	+ 1,7	+ 3,3
2030	+ 3,0	+ 3,6	+ 1,4	+ 3,1
2031	+ 2,8	+ 3,7	+ 1,4	+ 2,8
Änderungsraten in %				
2019 / 2025	+ 39,0	+ 32,6	+ 7,1	+ 38,1
2025 / 2031	+ 23,5	+ 34,4	+ 22,1	+ 24,1
2026 / 2031	+ 19,0	+ 25,1	+ 32,7	+ 19,6

Entwicklung der Ausfallhaftung

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions-versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Beträge in Mio.€				
2019	3.981,133	1.347,057	1.540,424	6.868,613
2020	5.136,755	1.755,027	1.613,731	8.505,513
2021	5.787,774	1.563,125	1.654,167	9.005,066
2022	6.241,973	1.768,109	1.736,526	9.746,608
2023	7.055,319	2.160,471	1.856,716	11.072,506
2024	9.030,269	2.621,532	2.053,446	13.705,246
2025	10.561,961	2.955,427	2.185,119	15.702,508
2026	11.486,839	3.072,975	2.229,109	16.788,923
2027	12.171,116	3.252,609	2.248,841	17.672,565
2028	13.229,189	3.482,865	2.313,950	19.026,004
2029	14.183,226	3.674,637	2.356,476	20.214,339
2030	15.325,036	3.873,106	2.396,941	21.595,083
2031	16.598,217	4.063,088	2.434,747	23.096,052
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
2019	- 1,8	+ 5,3	+ 2,9	+ 0,6
2020	+ 29,0	+ 30,3	+ 4,8	+ 23,8
2021	+ 12,7	- 10,9	+ 2,5	+ 5,9
2022	+ 7,8	+ 13,1	+ 5,0	+ 8,2
2023	+ 13,0	+ 22,2	+ 6,9	+ 13,6
2024	+ 28,0	+ 21,3	+ 10,6	+ 23,8
2025	+ 17,0	+ 12,7	+ 6,4	+ 14,6
2026	+ 8,8	+ 4,0	+ 2,0	+ 6,9
2027	+ 6,0	+ 5,8	+ 0,9	+ 5,3
2028	+ 8,7	+ 7,1	+ 2,9	+ 7,7
2029	+ 7,2	+ 5,5	+ 1,8	+ 6,2
2030	+ 8,1	+ 5,4	+ 1,7	+ 6,8
2031	+ 8,3	+ 4,9	+ 1,6	+ 7,0
Änderungsraten in %				
2019 / 2025	+ 165,3	+ 119,4	+ 41,9	+ 128,6
2025 / 2031	+ 57,2	+ 37,5	+ 11,4	+ 47,1
2026 / 2031	+ 44,5	+ 32,2	+ 9,2	+ 37,6

Entwicklung des Bundesbeitrages (gesamt)

(Ausfallhaftung, Partnerleistung, sonstige Beitragsübernahmen, Beiträge für Teilvers. aus UG22)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	Pensions-versicherung
Beträge in Mio.€				
2019	5.037,842	1.847,106	1.712,497	8.597,444
2020	6.190,964	2.220,468	1.787,509	10.198,941
2021	6.832,002	2.107,640	1.832,270	10.771,913
2022	7.362,162	2.334,886	1.916,710	11.613,758
2023	8.202,264	2.746,465	2.040,233	12.988,961
2024	10.292,195	3.279,683	2.242,573	15.814,451
2025	11.898,417	3.667,499	2.383,112	17.949,028
2026	12.857,765	3.783,554	2.526,885	19.168,204
2027	13.573,362	3.999,931	2.445,390	20.018,683
2028	14.661,032	4.265,885	2.514,585	21.441,502
2029	15.653,273	4.490,176	2.560,755	22.704,203
2030	16.830,554	4.722,402	2.604,534	24.157,490
2031	18.135,636	4.946,241	2.646,033	25.727,910
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
2019	+ 0,7	+ 5,3	+ 3,0	+ 2,1
2020	+ 22,9	+ 20,2	+ 4,4	+ 18,6
2021	+ 10,4	- 5,1	+ 2,5	+ 5,6
2022	+ 7,8	+ 10,8	+ 4,6	+ 7,8
2023	+ 11,4	+ 17,6	+ 6,4	+ 11,8
2024	+ 25,5	+ 19,4	+ 9,9	+ 21,8
2025	+ 15,6	+ 11,8	+ 6,3	+ 13,5
2026	+ 8,1	+ 3,2	+ 6,0	+ 6,8
2027	+ 5,6	+ 5,7	- 3,2	+ 4,4
2028	+ 8,0	+ 6,6	+ 2,8	+ 7,1
2029	+ 6,8	+ 5,3	+ 1,8	+ 5,9
2030	+ 7,5	+ 5,2	+ 1,7	+ 6,4
2031	+ 7,8	+ 4,7	+ 1,6	+ 6,5
Änderungsraten in %				
2019 / 2025	+ 136,2	+ 98,6	+ 39,2	+ 108,8
2025 / 2031	+ 52,4	+ 34,9	+ 11,0	+ 43,3
2026 / 2031	+ 41,0	+ 30,7	+ 4,7	+ 34,2

Entwicklung des Aufwandes für Ausgleichszulagen

(inklusive Aufwand für AZ- und Pensionsbonus)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions-versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Beträge in Mio.€				
2019	705,844	69,358	204,624	979,826
2020	751,825	76,792	223,581	1.052,198
2021	775,788	82,519	217,660	1.075,967
2022	784,144	82,863	216,965	1.083,972
2023	856,275	89,882	218,691	1.164,849
2024	930,564	98,630	224,552	1.253,746
2025	977,556	105,830	224,297	1.307,683
2026	1.004,135	109,656	217,517	1.331,308
2027	1.035,828	114,469	216,142	1.366,439
2028	1.064,216	118,046	211,684	1.393,946
2029	1.082,452	120,250	207,971	1.410,673
2030	1.099,402	122,332	204,403	1.426,137
2031	1.114,185	124,117	201,070	1.439,373
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
2019	+ 1,6	+ 0,4	- 4,0	+ 0,3
2020	+ 6,5	+ 10,7	+ 9,3	+ 7,4
2021	+ 3,2	+ 7,5	- 2,6	+ 2,3
2022	+ 1,1	+ 0,4	- 0,3	+ 0,7
2023	+ 9,2	+ 8,5	+ 0,8	+ 7,5
2024	+ 8,7	+ 9,7	+ 2,7	+ 7,6
2025	+ 5,0	+ 7,3	- 0,1	+ 4,3
2026	+ 2,7	+ 3,6	- 3,0	+ 1,8
2027	+ 3,2	+ 4,4	- 0,6	+ 2,6
2028	+ 2,7	+ 3,1	- 2,1	+ 2,0
2029	+ 1,7	+ 1,9	- 1,8	+ 1,2
2030	+ 1,6	+ 1,7	- 1,7	+ 1,1
2031	+ 1,3	+ 1,5	- 1,6	+ 0,9
Änderungsraten in %				
2019 / 2025	+ 38,5	+ 52,6	+ 9,6	+ 33,5
2025 / 2031	+ 14,0	+ 17,3	- 10,4	+ 10,1
2026 / 2031	+ 11,0	+ 13,2	- 7,6	+ 8,1

Entwicklung der Bundesmittel

(Bundesbeitrag gesamt und Ausgleichszulagen)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions-versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Beträge in Mio.€				
2019	5.743,686	1.916,464	1.917,120	9.577,270
2020	6.942,789	2.297,261	2.011,089	11.251,139
2021	7.607,791	2.190,159	2.049,930	11.847,880
2022	8.146,307	2.417,749	2.133,675	12.697,730
2023	9.058,539	2.836,346	2.258,925	14.153,810
2024	11.222,758	3.378,313	2.467,125	17.068,196
2025	12.875,973	3.773,329	2.607,408	19.256,710
2026	13.861,899	3.893,210	2.744,402	20.499,511
2027	14.609,190	4.114,400	2.661,533	21.385,122
2028	15.725,248	4.383,931	2.726,269	22.835,448
2029	16.735,725	4.610,426	2.768,726	24.114,876
2030	17.929,956	4.844,734	2.808,937	25.583,627
2031	19.249,821	5.070,358	2.847,104	27.167,282
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
2019	+ 0,8	+ 5,1	+ 2,2	+ 1,9
2020	+ 20,9	+ 19,9	+ 4,9	+ 17,5
2021	+ 9,6	- 4,7	+ 1,9	+ 5,3
2022	+ 7,1	+ 10,4	+ 4,1	+ 7,2
2023	+ 11,2	+ 17,3	+ 5,9	+ 11,5
2024	+ 23,9	+ 19,1	+ 9,2	+ 20,6
2025	+ 14,7	+ 11,7	+ 5,7	+ 12,8
2026	+ 7,7	+ 3,2	+ 5,3	+ 6,5
2027	+ 5,4	+ 5,7	- 3,0	+ 4,3
2028	+ 7,6	+ 6,6	+ 2,4	+ 6,8
2029	+ 6,4	+ 5,2	+ 1,6	+ 5,6
2030	+ 7,1	+ 5,1	+ 1,5	+ 6,1
2031	+ 7,4	+ 4,7	+ 1,4	+ 6,2
Änderungsraten in %				
2019 / 2025	+ 124,2	+ 96,9	+ 36,0	+ 101,1
2025 / 2031	+ 49,5	+ 34,4	+ 9,2	+ 41,1
2026 / 2031	+ 38,9	+ 30,2	+ 3,7	+ 32,5

Die Ausfallhaftung deckt ... % der Aufwendungen

(ohne Ausgleichszulagen)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions-versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Beträge in Mio.€				
2019	10,58%	32,76%	68,51%	15,62%
2020	12,99%	40,48%	69,65%	18,41%
2021	13,94%	34,09%	69,78%	18,57%
2022	14,15%	36,05%	70,55%	18,93%
2023	14,69%	39,90%	71,51%	19,76%
2024	16,91%	42,97%	73,49%	22,00%
2025	18,47%	44,31%	73,89%	23,51%
2026	19,21%	43,83%	72,96%	24,03%
2027	19,39%	43,46%	72,48%	24,09%
2028	20,13%	44,11%	72,65%	24,77%
2029	20,73%	44,54%	72,67%	25,29%
2030	21,52%	44,95%	72,72%	25,98%
2031	22,42%	45,23%	72,74%	26,74%

Die Partnerleistung deckt ... % der Aufwendungen

(ohne Ausgleichszulagen)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions-versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Beträge in Mio.€				
2019	0,00%	11,82%	7,40%	1,48%
2020	0,00%	10,41%	7,21%	1,34%
2021	0,00%	11,56%	7,19%	1,44%
2022	0,00%	11,27%	7,03%	1,41%
2023	0,00%	10,56%	6,80%	1,34%
2024	0,00%	10,00%	6,31%	1,26%
2025	0,00%	9,75%	6,18%	1,25%
2026	0,00%	9,89%	6,40%	1,27%
2027	0,00%	9,73%	6,06%	1,25%
2028	0,00%	9,66%	6,03%	1,24%
2029	0,00%	9,62%	6,03%	1,24%
2030	0,00%	9,58%	6,02%	1,23%
2031	0,00%	9,55%	6,04%	1,23%

Der Beitrag für Teilversicherte aus der UG22 deckt ... % der Aufwendungen
(ohne Ausgleichszulagen)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions-versicherung
	ASVG	**GSVG und FSVG**	**BSVG**	
Beträge in Mio.€				
2019	2,81%	0,34%	0,25%	2,45%
2020	2,67%	0,33%	0,29%	2,33%
2021	2,51%	0,32%	0,32%	2,20%
2022	2,54%	0,29%	0,29%	2,22%
2023	2,39%	0,26%	0,27%	2,08%
2024	2,36%	0,78%	0,46%	2,12%
2025	2,34%	0,92%	0,52%	2,12%
2026	2,29%	0,25%	3,35%	2,13%
2027	2,23%	0,25%	0,27%	1,95%
2028	2,18%	0,26%	0,27%	1,90%
2029	2,15%	0,27%	0,27%	1,88%
2030	2,11%	0,27%	0,28%	1,85%
2031	2,08%	0,28%	0,28%	1,82%

Die Bundesmittel decken ... % der Gesamtaufwendungen

(inkl. Aufwand für Ausgleichszulagen)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions-versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Beträge in Mio.€				
2019	14,99%	45,84%	78,15%	21,31%
2020	17,23%	52,07%	79,16%	23,82%
2021	17,98%	46,92%	79,21%	23,91%
2022	18,15%	48,47%	79,66%	24,16%
2023	18,53%	51,53%	80,24%	24,74%
2024	20,66%	54,50%	81,72%	26,86%
2025	22,14%	55,69%	81,95%	28,28%
2026	22,79%	54,68%	83,85%	28,79%
2027	22,90%	54,14%	80,20%	28,62%
2028	23,54%	54,71%	80,26%	29,20%
2029	24,08%	55,08%	80,24%	29,65%
2030	24,80%	55,44%	80,24%	30,26%
2031	25,62%	55,68%	80,24%	30,94%

Anmerkung:
Bundesmittel = Bundesbeitrag (gesamt) + Ausgleichszulagen

Die Bundesmittel in % des BIP

(inklusive Aufwand für Ausgleichszulagen)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions-versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Beträge in Mio.€				
2019	1,45%	0,48%	0,48%	2,42%
2020	1,83%	0,60%	0,53%	2,96%
2021	1,87%	0,54%	0,50%	2,92%
2022	1,81%	0,54%	0,47%	2,83%
2023	1,89%	0,59%	0,47%	2,95%
2024	2,24%	0,68%	0,49%	3,41%
2025	2,48%	0,73%	0,50%	3,72%
2026	2,60%	0,73%	0,51%	3,84%
2027	2,64%	0,74%	0,48%	3,86%
2028	2,74%	0,76%	0,48%	3,98%
2029	2,82%	0,78%	0,47%	4,06%
2030	2,93%	0,79%	0,46%	4,17%
2031	3,05%	0,80%	0,45%	4,30%

Anmerkung:
Bundesmittel = Bundesbeitrag (gesamt) + Ausgleichszulagen
BIP gemäß ESVG 2010

Übersicht über die Pensionsversicherung - Beobachtungszeitraum 2019 bis 2025

	2019	2025	Veränderung nominell absolut	Veränderung nominell relativ insgesamt	Veränderung nominell relativ pro Jahr	durchschn. jährliche Veränderung real
Gebarungsdaten (in Mio. €)						
Aufwendungen (ohne AZ)	43.972,161	66.796,300	+ 22.824,139	+ 51,91%	+ 7,22%	+ 2,62%
Erträge (ohne Bundesmittel)	35.374,717	48.847,272	+ 13.472,555	+ 38,09%	+ 5,53%	+ 1,00%
Bundesbeiträge (gesamt)	8.597,444	17.949,028	+ 9.351,584	+ 108,77%	+ 13,05%	+ 8,20%
Anteil der Bundesbeiträge in % der Aufwendungen	19,55%	26,87%	.	.	.	
Ausgleichszulagen	979,826	1.307,683	+ 327,857	+ 33,46%	+ 4,93%	+ 0,43%
Bundesmittel (BB + AZ)	9.577,270	19.256,711	+ 9.679,441	+ 101,07%	+ 12,35%	+ 7,53%
Anteil der Bundesmittel in % der Gesamtaufwendungen	21,31%	28,28%	.	.	.	
Statistikdaten						
Zahl der Pensionen	2.379.062	2.584.909	+ 205.847	+ 8,65%	+ 1,39%	
Zahl der Pflichtversicherten	4.116.075	4.404.108	+ 288.033	+ 7,00%	+ 1,13%	
Belastungsquote (auf 1.000 Pflichtversicherungen entfallen . . . Pensionen)	578	587	.	.	.	
Durchschn. Beitragsgrundl.	2.928,28	3.807,52	+ 879,24	+ 30,03%	+ 4,47%	- 0,01%
Durchschnittpension	1.182,54	1.656,62	+ 474,08	+ 40,09%	+ 5,78%	+ 1,24%
Anpassung	100,0	129,4	.	+ 29,35%	+ 4,38%	
Brutto-Inlandsprodukt (nominell, in Mio. €) gem. ESVG 2010	395.707	518.196	+ 122.489	+ 30,95%	+ 4,60%	+ 0,11%

Übersicht über die Pensionsversicherung - Prognosezeitraum 2025 bis 2031

	2025	2031	Veränderung nominell absolut	Veränderung nominell relativ insgesamt	Veränderung nominell relativ pro Jahr	durchschn. jährliche Veränderung real
Gebarungsdaten (in Mio. €)						
Aufwendungen (ohne AZ)	66.796,300	86.360,198	+ 19.563,898	+ 29,29%	+ 4,37%	+ 1,96%
Erträge (ohne Bundesmittel)	48.847,272	60.632,289	+ 11.785,017	+ 24,13%	+ 3,67%	+ 1,27%
Bundesbeiträge (gesamt)	17.949,028	25.727,910	+ 7.778,882	+ 43,34%	+ 6,18%	+ 3,73%
Anteil der Bundesbeiträge in % der Aufwendungen	26,87%	29,79%	.	.	.	
Ausgleichszulagen	1.307,683	1.439,373	+ 131,690	+ 10,07%	+ 1,61%	- 0,74%
Bundesmittel (BB + AZ)	19.256,711	27.167,283	+ 7.910,572	+ 41,08%	+ 5,90%	+ 3,46%
Anteil der Bundesmittel in % der Gesamtaufwendungen	28,28%	30,94%	.	.	.	
Statistikdaten						
Zahl der Pensionen	2.584.909	2.738.210	+ 153.301	+ 5,93%	+ 0,96%	
Zahl der Pflichtversicherten	4.404.108	4.651.174	+ 247.066	+ 5,61%	+ 0,91%	
Belastungsquote (auf 1.000 Pflichtversicherungen entfallen . . . Pensionen)	587	589	.	.	.	
Durchschn. Beitragsgrundl.	3.807,52	4.523,31	+ 715,79	+ 18,80%	+ 2,91%	+ 0,53%
Durchschnittpension	1.656,62	2.028,31	+ 371,69	+ 22,44%	+ 3,43%	+ 1,04%
Anpassung	100,0	115,6	.	+ 15,64%	+ 2,45%	
Brutto-Inlandsprodukt (nominell, in Mio. €) gem. ESVG 2010	518.196	631.965	+ 113.769	+ 21,95%	+ 3,36%	+ 0,97%

Übersicht über die Pensionsversicherung - Prognosezeitraum lt. BMF
2026 bis 2031

	2026	2031	Veränderung nominell absolut	Veränderung nominell relativ insgesamt	Veränderung nominell relativ pro Jahr	durchschn. jährliche Veränderung real
Gebarungsdaten (in Mio. €)						
Aufwendungen (ohne AZ)	69.874,547	86.360,198	+ 16.485,651	+ 23,59%	+ 4,33%	+ 2,10%
Erträge (ohne Bundesmittel)	50.706,343	60.632,289	+ 9.925,946	+ 19,58%	+ 3,64%	+ 1,43%
Bundesbeiträge (gesamt)	19.168,204	25.727,910	+ 6.559,706	+ 34,22%	+ 6,06%	+ 3,80%
Anteil der Bundesbeiträge in % der Aufwendungen	27,43%	29,79%	.	.	.	
Ausgleichszulagen	1.331,308	1.439,373	+ 108,065	+ 8,12%	+ 1,57%	- 0,59%
Bundesmittel (BB + AZ)	20.499,512	27.167,283	+ 6.667,771	+ 32,53%	+ 5,79%	+ 3,54%
Anteil der Bundesmittel in % der Gesamtaufwendungen	28,79%	30,94%	.	.	.	
Statistikdaten						
Zahl der Pensionen	2.612.021	2.738.210	+ 126.189	+ 4,83%	+ 0,95%	
Zahl der Pflichtversicherten	4.433.903	4.651.174	+ 217.270	+ 4,90%	+ 0,96%	
Belastungsquote (auf 1.000 Pflichtversicherungen entfallen . . . Pensionen)	589	589	.	.	.	
Durchschn. Beitragsgrundl.	3.925,47	4.523,31	+ 597,84	+ 15,23%	+ 2,88%	+ 0,68%
Durchschnittpension	1.712,86	2.028,31	+ 315,45	+ 18,42%	+ 3,44%	+ 1,23%
Anpassung	100,0	113,0	.	+ 13,03%	+ 2,48%	
Brutto-Inlandsprodukt (nominell, in Mio. €) gem. ESVG 2010	534.079	631.965	+ 97.886	+ 18,33%	+ 3,42%	+ 1,22%

Zahl aller Ausgleichszulagenbezieher

(inklusive Pensionsbonusbezieher)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions-versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Anzahl				
2019	159.788	13.641	33.168	206.597
2020	160.880	13.588	32.409	206.877
2021	162.747	14.054	32.197	208.998
2022	160.668	14.031	30.632	205.331
2023	161.668	14.194	29.716	205.578
2024	161.402	14.320	28.326	204.048
2025	160.903	14.616	27.110	202.629
2026	160.023	14.807	25.714	200.544
2027	159.720	15.040	24.740	199.500
2028	158.980	15.040	23.470	197.490
2029	158.180	15.000	22.560	195.740
2030	157.320	14.960	21.710	193.990
2031	156.270	14.890	20.930	192.090
Veränderung gegenüber dem Vorjahr				
2019	- 1.602	- 322	- 1.875	- 3.799
2020	+ 1.092	- 53	- 759	+ 280
2021	+ 1.867	+ 466	- 212	+ 2.121
2022	- 2.079	- 23	- 1.565	- 3.667
2023	+ 1.000	+ 163	- 916	+ 247
2024	- 266	+ 126	- 1.390	- 1.530
2025	- 499	+ 296	- 1.216	- 1.419
2026	- 880	+ 191	- 1.396	- 2.085
2027	- 303	+ 233	- 974	- 1.044
2028	- 740	+ 0	- 1.270	- 2.010
2029	- 800	- 40	- 910	- 1.750
2030	- 860	- 40	- 850	- 1.750
2031	- 1.050	- 70	- 780	- 1.900
Änderungsraten in %				
2019 / 2025	+ 0,7	+ 7,1	- 18,3	- 1,9
2025 / 2031	- 2,9	+ 1,9	- 22,8	- 5,2
2026 / 2031	- 2,3	+ 0,6	- 18,6	- 4,2

Höhe der durchschnittlichen Ausgleichszulagen

(inklusive AZ- und Pensionsbonus)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions-versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Höhe in €				
2019	315,53	363,18	440,67	338,76
2020	333,80	403,68	492,77	363,29
2021	340,49	419,40	482,88	367,73
2022	348,61	421,84	505,92	377,08
2023	378,32	452,31	525,67	404,73
2024	411,82	491,97	566,24	438,88
2025	433,96	517,19	590,97	460,97
2026	448,21	528,98	604,22	474,18
2027	463,23	543,64	624,04	489,24
2028	478,14	560,63	644,24	504,17
2029	488,80	572,62	658,47	514,78
2030	499,17	584,09	672,51	525,11
2031	509,28	595,40	686,20	535,23
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
2019	+ 2,6	+ 2,8	+ 1,4	+ 2,1
2020	+ 5,8	+ 11,2	+ 11,8	+ 7,2
2021	+ 2,0	+ 3,9	- 2,0	+ 1,2
2022	+ 2,4	+ 0,6	+ 4,8	+ 2,5
2023	+ 8,5	+ 7,2	+ 3,9	+ 7,3
2024	+ 8,9	+ 8,8	+ 7,7	+ 8,4
2025	+ 5,4	+ 5,1	+ 4,4	+ 5,0
2026	+ 3,3	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,9
2027	+ 3,4	+ 2,8	+ 3,3	+ 3,2
2028	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,1
2029	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,1
2030	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,0
2031	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,9
Änderungsraten in %				
2019 / 2025	+ 37,5	+ 42,4	+ 34,1	+ 36,1
2025 / 2031	+ 17,4	+ 15,1	+ 16,1	+ 16,1
2026 / 2031	+ 13,6	+ 12,6	+ 13,6	+ 12,9

Gebarungstabellen

1 Gebarung der gesamten PV

2 Gebarung der PVA

3 Gebarung der BVAEB

4 Gebarung der PV nach dem ASVG

5 Gebarung der PV nach dem GSVG und FSVG

6 Gebarung der PV nach dem BSVG

7 Aufwand für Ausgleichszulagen (inkl. Aufwand für AZ- und Pensionsbonus)

Gebarung der gesamten PV

(in Millionen EURO)

pv2611 30.10.2026 Pensionserhöhung	**2025** 1,046		**2026** 1,023		**2027** 1,029		**2028** 1,032		**2029** 1,022		**2030** 1,021		**2031** 1,020
Aufwendungen :													
Pensionsaufwand	59.951,048	+ 4,48%	62.636,323	+ 4,80%	65.640,998	+ 4,99%	68.919,544	+ 4,18%	71.799,899	+ 4,13%	74.763,164	+ 4,00%	77.755,134
Abfertigungen	9,308	- 4,85%	8,857	+ 3,24%	9,144	+ 3,28%	9,444	+ 3,18%	9,744	+ 3,08%	10,044	+ 3,09%	10,354
Überweisungsbeträge	153,062	- 5,59%	144,500	+ 58,06%	228,400	- 25,77%	169,550	+ 0,00%	169,550	+ 0,03%	169,600	+ 0,03%	169,651
Gesundheitsv. u. Rehabilitation	1.763,251	+ 2,81%	1.812,780	+ 1,74%	1.844,260	+ 1,95%	1.880,270	+ 2,04%	1.918,608	+ 2,07%	1.958,258	+ 2,07%	1.998,746
Krankenvers. der Pens.	2.960,130	- 5,15%	2.807,758	+ 3,16%	2.896,386	+ 5,05%	3.042,701	+ 4,15%	3.168,937	+ 3,98%	3.295,010	+ 3,84%	3.421,551
Verwaltungsaufwand	847,547	+ 7,85%	914,080	+ 2,67%	938,457	+ 2,54%	962,309	+ 2,20%	983,497	+ 2,13%	1.004,477	+ 2,14%	1.025,923
Übrige Aufwendungen	1.111,953	+ 39,42%	1.550,248	+ 15,64%	1.792,747	+ 1,77%	1.824,434	+ 2,47%	1.869,557	+ 2,88%	1.923,367	+ 2,88%	1.978,839
Summe	66.796,300	+ 4,61%	69.874,547	+ 4,97%	73.350,392	+ 4,71%	76.808,251	+ 4,05%	79.919,792	+ 4,01%	83.123,919	+ 3,89%	86.360,198
Erträge :													
Pflichtbeiträge *)	45.046,149	+ 3,74%	46.732,108	+ 5,01%	49.075,520	+ 4,22%	51.147,469	+ 3,65%	53.016,861	+ 3,35%	54.793,707	+ 3,12%	56.501,627
Sonstige Beiträge	510,984	+ 1,35%	517,872	+ 4,06%	538,914	+ 0,97%	544,133	+ 0,92%	549,154	+ 0,57%	552,276	+ 0,57%	555,416
Beiträge für Teilversicherte 1)	2.964,669	+ 5,38%	3.124,269	+ 1,97%	3.185,666	- 0,30%	3.176,030	- 0,16%	3.170,834	- 0,27%	3.162,372	- 0,91%	3.133,658
Vermögenserträgnisse	9,691	+ 6,44%	10,315	- 1,13%	10,198	- 0,69%	10,128	- 0,45%	10,082	- 0,73%	10,008	- 0,47%	9,961
Übrige Erträge	315,780	+ 1,90%	321,779	+ 62,04%	521,411	- 6,22%	488,989	- 4,16%	468,658	- 4,39%	448,066	- 3,67%	431,626
Summe	48.847,272	+ 3,81%	50.706,343	+ 5,18%	53.331,709	+ 3,82%	55.366,750	+ 3,34%	57.215,588	+ 3,06%	58.966,429	+ 2,83%	60.632,289
sonstige Beitragsübernahmen	68,205	+ 41,02%	96,187	- 97,86%	2,054	+ 0,10%	2,056	+ 0,10%	2,058	+ 0,10%	2,060	+ 0,10%	2,062
Partnerleistung	833,122	+ 6,64%	888,400	+ 3,15%	916,372	+ 4,17%	954,544	+ 3,60%	988,916	+ 3,58%	1.024,288	+ 3,51%	1.060,284
Ausfallhaftung	15.702,508	+ 6,92%	16.788,923	+ 5,26%	17.672,565	+ 7,66%	19.026,004	+ 6,25%	20.214,339	+ 6,83%	21.595,083	+ 6,95%	23.096,052
Bundesbeitrag für Teilversicherte 2)	1.345,193	+ 3,68%	1.394,694	+ 2,37%	1.427,692	+ 2,19%	1.458,898	+ 2,74%	1.498,891	+ 2,48%	1.536,059	+ 2,18%	1.569,512
Summe Bundesbeitrag	**17.949,028**	+ 6,79%	**19.168,204**	+ 4,44%	**20.018,683**	+ 7,11%	**21.441,502**	+ 5,89%	**22.704,203**	+ 6,40%	**24.157,490**	+ 6,50%	**25.727,910**
Ausgleichszulagen	**1.307,683**	+ 1,81%	**1.331,308**	+ 2,64%	**1.366,439**	+ 2,01%	**1.393,946**	+ 1,20%	**1.410,673**	+ 1,10%	**1.426,137**	+ 0,93%	**1.439,373**
Bundesmittel (BB + AZ)	19.256,710	+ 6,45%	20.499,511	+ 4,32%	21.385,122	+ 6,78%	22.835,448	+ 5,60%	24.114,876	+ 6,09%	25.583,627	+ 6,19%	27.167,282
NSCHG	**111,990**	+ 2,22%	**114,482**	- 2,58%	**111,531**	- 2,23%	**109,044**	- 1,61%	**107,283**	- 3,38%	**103,657**	- 1,43%	**102,174**
BB + AZ + NSCHG	19.368,701	+ 6,43%	20.613,993	+ 4,28%	21.496,653	+ 6,74%	22.944,492	+ 5,57%	24.222,160	+ 6,05%	25.687,284	+ 6,16%	27.269,457

*) ohne Partnerleistung und ohne sonstige Beitragsübernahmen

1) Beiträge für Teilversicherte durch Transferzahlungen aus anderen UGs

2) Beiträge für Teilversicherte aus der UG22

Gebarung der PVA

(in Millionen EURO)

pv2611 30.10.2026 Pensionserhöhung	**2025** 1,046		**2026** 1,023		**2027** 1,029		**2028** 1,032		**2029** 1,022		**2030** 1,021		**2031** 1,020
Aufwendungen :													
Pensionsaufwand	50.511,060	+ 4,47%	52.767,467	+ 4,84%	55.321,819	+ 5,04%	58.109,644	+ 4,25%	60.580,546	+ 4,20%	63.125,972	+ 4,08%	65.702,936
Abfertigungen	8,219	- 6,32%	7,700	+ 3,90%	8,000	+ 3,75%	8,300	+ 3,61%	8,600	+ 3,49%	8,900	+ 3,49%	9,210
Überweisungsbeträge	148,236	- 5,56%	140,000	+ 59,93%	223,900	- 26,31%	165,000	+ 0,00%	165,000	+ 0,00%	165,000	+ 0,00%	165,000
Gesundheitsv. u. Rehabilitation	1.509,739	+ 2,80%	1.552,000	+ 1,55%	1.576,000	+ 1,84%	1.605,000	+ 1,99%	1.637,000	+ 2,02%	1.670,000	+ 2,02%	1.703,665
Krankenvers. der Pens.	2.175,985	- 5,03%	2.066,575	+ 5,15%	2.172,992	+ 5,35%	2.289,206	+ 4,45%	2.390,988	+ 4,36%	2.495,120	+ 4,21%	2.600,289
Verwaltungsaufwand	683,985	+ 6,84%	730,800	+ 2,71%	750,600	+ 2,65%	770,500	+ 2,23%	787,700	+ 2,16%	804,700	+ 2,16%	822,067
Übrige Aufwendungen	941,818	+ 38,45%	1.303,940	+ 9,54%	1.428,396	+ 1,54%	1.450,411	+ 2,56%	1.487,526	+ 2,77%	1.528,756	+ 2,77%	1.571,134
Summe	55.979,042	+ 4,63%	58.568,481	+ 4,97%	61.481,707	+ 4,74%	64.398,061	+ 4,13%	67.057,360	+ 4,09%	69.798,449	+ 3,98%	72.574,301
Erträge :													
Pflichtbeiträge *)	40.658,741	+ 3,54%	42.099,579	+ 4,75%	44.097,295	+ 4,19%	45.945,551	+ 3,62%	47.607,300	+ 3,29%	49.174,001	+ 3,03%	50.665,344
Sonstige Beiträge	473,553	+ 1,55%	480,900	+ 4,18%	501,000	+ 1,02%	506,100	+ 0,97%	511,000	+ 0,59%	514,000	+ 0,59%	517,018
Beiträge für Teilversicherte 1)	2.885,928	+ 5,68%	3.049,956	+ 1,94%	3.109,223	- 0,37%	3.097,694	- 0,25%	3.090,021	- 0,34%	3.079,376	- 0,99%	3.048,959
Vermögenserträgnisse	9,025	+ 7,70%	9,720	+ 0,00%	9,720	+ 0,00%	9,720	+ 0,00%	9,720	+ 0,00%	9,720	+ 0,00%	9,720
Übrige Erträge	238,060	+ 2,12%	243,100	+ 36,63%	332,150	- 5,58%	313,600	- 2,52%	305,690	- 2,38%	298,410	- 1,90%	292,754
Summe	44.265,306	+ 3,66%	45.883,256	+ 4,72%	48.049,389	+ 3,79%	49.872,665	+ 3,31%	51.523,731	+ 3,01%	53.075,507	+ 2,75%	54.533,795
sonstige Beitragsübernahmen *)	15,470												
Partnerleistung													
Ausfallhaftung	10.391,893	+ 9,02%	11.329,494	+ 6,32%	12.045,942	+ 8,83%	13.110,172	+ 7,41%	14.081,071	+ 8,20%	15.235,876	+ 8,45%	16.522,585
Bundesbeitrag für Teilversicherte 2)	1.306,372	+ 3,78%	1.355,732	+ 2,26%	1.386,377	+ 2,08%	1.415,224	+ 2,64%	1.452,558	+ 2,38%	1.487,066	+ 2,07%	1.517,921
Summe Bundesbeitrag	**11.713,736**	+ 8,29%	**12.685,226**	+ 5,89%	**13.432,319**	+ 8,14%	**14.525,396**	+ 6,94%	**15.533,629**	+ 7,66%	**16.722,942**	+ 7,88%	**18.040,506**
Ausgleichszulagen	969,886	+ 2,76%	996,663	+ 3,18%	1.028,346	+ 2,76%	1.056,774	+ 1,74%	1.075,127	+ 1,59%	1.092,201	+ 1,37%	1.107,119
Bundesmittel (BB + AZ)	12.683,622	+ 7,87%	13.681,889	+ 5,69%	14.460,665	+ 7,76%	15.582,170	+ 6,59%	16.608,755	+ 7,26%	17.815,143	+ 7,48%	19.147,625

*) ohne sonstige Beitragsübernahmen; 2024+2025: § 54b ASVG

1) Beiträge für Teilversicherte durch Transferzahlungen aus anderen UGs

2) Beiträge für Teilversicherte aus der UG22

Gebarung der BVAEB

(in Millionen EURO)

pv2611 30.10.2026	**2025**		**2026**		**2027**		**2028**		**2029**		**2030**		**2031**
Pensionserhöhung	1,046		1,023		1,029		1,032		1,022		1,021		1,020
Aufwendungen :													
Pensionsaufwand	1.018,259	+ 3,07%	1.049,547	+ 3,25%	1.083,611	+ 3,97%	1.126,595	+ 3,12%	1.161,769	+ 3,09%	1.197,720	+ 2,97%	1.233,268
Abfertigungen	0,113	+ 38,93%	0,157	- 8,28%	0,144	+ 0,00%	0,144	+ 0,00%	0,144	+ 0,00%	0,144	+ 0,00%	0,144
Überweisungsbeträge	1,881	- 4,28%	1,800	+ 0,00%	1,800	+ 2,78%	1,850	+ 0,00%	1,850	+ 2,70%	1,900	+ 2,70%	1,951
Gesundheitsv. u. Rehabilitation	24,901	+ 11,56%	27,780	- 0,07%	27,760	+ 0,04%	27,770	+ 1,22%	28,108	+ 2,31%	28,758	+ 2,31%	29,423
Krankenvers. der Pens.	114,839	- 6,65%	107,199	+ 3,36%	110,797	+ 4,12%	115,361	+ 3,05%	118,879	+ 2,70%	122,083	+ 2,54%	125,184
Verwaltungsaufwand	15,176	+ 24,41%	18,880	+ 0,41%	18,957	+ 1,86%	19,309	+ 2,01%	19,697	+ 1,42%	19,977	+ 1,42%	20,261
Übrige Aufwendungen	15,142	+ 130,40%	34,888	+ 9,94%	38,357	+ 1,50%	38,934	+ 1,60%	39,557	+ 7,89%	42,677	+ 7,89%	46,043
Summe	1.190,312	+ 4,20%	1.240,251	+ 3,32%	1.281,426	+ 3,79%	1.329,963	+ 3,01%	1.370,004	+ 3,16%	1.413,259	+ 3,04%	1.456,274
Erträge :													
Pflichtbeiträge *)	977,917	+ 6,16%	1.038,115	+ 5,74%	1.097,651	+ 5,27%	1.155,518	+ 5,02%	1.213,534	+ 4,66%	1.270,054	+ 4,45%	1.326,630
Sonstige Beiträge	3,846	- 20,19%	3,070	+ 26,19%	3,874	- 0,54%	3,853	- 0,49%	3,834	- 0,47%	3,816	- 0,47%	3,798
Beiträge für Teilversicherte 1)	18,483	+ 4,00%	19,221	+ 1,28%	19,467	+ 1,13%	19,687	+ 1,44%	19,970	+ 1,26%	20,221	+ 0,98%	20,420
Vermögenserträgnisse	0,550	- 20,51%	0,437	- 26,77%	0,320	- 21,88%	0,250	- 18,40%	0,204	- 36,27%	0,130	- 36,27%	0,083
Übrige Erträge	4,834	+ 42,10%	6,869	+ 177,64%	19,071	- 21,25%	15,019	- 14,65%	12,818	- 10,86%	11,426	- 10,61%	10,214
Summe	1.005,630	+ 6,17%	1.067,712	+ 6,81%	1.140,383	+ 4,73%	1.194,327	+ 4,69%	1.250,360	+ 4,42%	1.305,647	+ 4,25%	1.361,145
sonstige Beitragsübernahmen *)	0,195												
Partnerleistung													
Ausfallhaftung	170,068	- 7,48%	157,345	- 20,45%	125,174	- 4,92%	119,017	- 14,17%	102,155	- 12,72%	89,161	- 15,17%	75,632
Bundesbeitrag für Teilversicherte 2)	14,418	+ 5,38%	15,194	+ 4,44%	15,869	+ 4,73%	16,619	+ 5,24%	17,489	+ 5,50%	18,452	+ 5,67%	19,498
Summe Bundesbeitrag	**184,681**	- 6,57%	**172,539**	- 18,25%	**141,043**	- 3,83%	**135,636**	- 11,79%	**119,644**	- 10,06%	**107,612**	- 11,60%	**95,129**
Ausgleichszulagen	7,670	- 2,59%	7,471	+ 0,14%	7,481	- 0,53%	7,442	- 1,57%	7,325	- 1,69%	7,201	- 1,87%	7,067
Bundesmittel (BB + AZ)	192,351	- 6,42%	180,010	- 17,49%	148,525	- 3,67%	143,078	- 11,26%	126,969	- 9,57%	114,814	- 10,99%	102,196

*) ohne sonstige Beitragsübernahmen; 2024+2025: § 54b ASVG

1) Beiträge für Teilversicherte durch Transferzahlungen aus anderen UGs

2) Beiträge für Teilversicherte aus der UG22

Gebarung der PV nach dem ASVG

(in Millionen EURO)

pv2611 30.10.2026 Pensionserhöhung	**2025** 1,046		**2026** 1,023		**2027** 1,029		**2028** 1,032		**2029** 1,022		**2030** 1,021		**2031** 1,020
Aufwendungen :													
Pensionsaufwand	51.529,319	+ 4,44%	53.817,014	+ 4,81%	56.405,430	+ 5,02%	59.236,239	+ 4,23%	61.742,316	+ 4,18%	64.323,692	+ 4,06%	66.936,203
Abfertigungen	8,332	- 5,71%	7,857	+ 3,65%	8,144	+ 3,68%	8,444	+ 3,55%	8,744	+ 3,43%	9,044	+ 3,43%	9,354
Überweisungsbeträge	150,116	- 5,54%	141,800	+ 59,17%	225,700	- 26,07%	166,850	+ 0,00%	166,850	+ 0,03%	166,900	+ 0,03%	166,951
Gesundheitsv. u. Rehabilitation	1.534,640	+ 2,94%	1.579,780	+ 1,52%	1.603,760	+ 1,81%	1.632,770	+ 1,98%	1.665,108	+ 2,02%	1.698,758	+ 2,02%	1.733,088
Krankenvers. der Pens.	2.290,824	- 5,11%	2.173,774	+ 5,06%	2.283,789	+ 5,29%	2.404,567	+ 4,38%	2.509,867	+ 4,28%	2.617,203	+ 4,14%	2.725,472
Verwaltungsaufwand	699,161	+ 7,23%	749,680	+ 2,65%	769,557	+ 2,63%	789,809	+ 2,23%	807,397	+ 2,14%	824,677	+ 2,14%	842,328
Übrige Aufwendungen	956,960	+ 39,90%	1.338,828	+ 9,56%	1.466,753	+ 1,54%	1.489,345	+ 2,53%	1.527,083	+ 2,90%	1.571,433	+ 2,91%	1.617,177
Summe	57.169,353	+ 4,62%	59.808,732	+ 4,94%	62.763,133	+ 4,72%	65.728,024	+ 4,11%	68.427,364	+ 4,07%	71.211,708	+ 3,96%	74.030,575
Erträge :													
Pflichtbeiträge *)	41.636,658	+ 3,61%	43.137,694	+ 4,77%	45.194,946	+ 4,22%	47.101,069	+ 3,65%	48.820,834	+ 3,32%	50.444,055	+ 3,07%	51.991,974
Sonstige Beiträge	477,399	+ 1,38%	483,970	+ 4,32%	504,874	+ 1,01%	509,953	+ 0,96%	514,834	+ 0,58%	517,816	+ 0,58%	520,816
Beiträge für Teilversicherte 1)	2.904,411	+ 5,67%	3.069,178	+ 1,94%	3.128,690	- 0,36%	3.117,380	- 0,24%	3.109,991	- 0,33%	3.099,597	- 0,97%	3.069,379
Vermögenserträgnisse	9,574	+ 6,08%	10,157	- 1,15%	10,040	- 0,70%	9,970	- 0,46%	9,924	- 0,75%	9,850	- 0,48%	9,803
Übrige Erträge	242,894	+ 2,91%	249,969	+ 40,51%	351,221	- 6,44%	328,619	- 3,08%	318,508	- 2,72%	309,836	- 2,22%	302,968
Summe	45.270,937	+ 3,71%	46.950,968	+ 4,77%	49.189,771	+ 3,82%	51.066,992	+ 3,34%	52.774,091	+ 3,05%	54.381,154	+ 2,78%	55.894,939
sonstige Beitragsübernahmen *)	15,665		0,000		0,000		0,000		0,000		0,000		0,000
Partnerleistung	0,000		0,000		0,000		0,000		0,000		0,000		0,000
Ausfallhaftung	10.561,961	+ 8,76%	11.486,839	+ 5,96%	12.171,116	+ 8,69%	13.229,189	+ 7,21%	14.183,226	+ 8,05%	15.325,036	+ 8,31%	16.598,217
Bundesbeitrag für Teilversicherte 2)	1.320,790	+ 3,80%	1.370,926	+ 2,28%	1.402,246	+ 2,11%	1.431,843	+ 2,67%	1.470,047	+ 2,41%	1.505,517	+ 2,12%	1.537,419
Summe Bundesbeitrag	**11.898,417**	+ 8,06%	**12.857,765**	+ 5,57%	**13.573,362**	+ 8,01%	**14.661,032**	+ 6,77%	**15.653,273**	+ 7,52%	**16.830,554**	+ 7,75%	**18.135,636**
Ausgleichszulagen	977,556	+ 2,72%	1.004,135	+ 3,16%	1.035,828	+ 2,74%	1.064,216	+ 1,71%	1.082,452	+ 1,57%	1.099,402	+ 1,34%	1.114,185
Bundesmittel (BB + AZ)	12.875,973	+ 7,66%	13.861,899	+ 5,39%	14.609,190	+ 7,64%	15.725,248	+ 6,43%	16.735,725	+ 7,14%	17.929,956	+ 7,36%	19.249,821

*) ohne sonstige Beitragsübernahmen; 2024+2025: § 54b ASVG

1) Beiträge für Teilversicherte durch Transferzahlungen aus anderen UGs

2) Beiträge für Teilversicherte aus der UG22

Gebarung der PV nach dem GSVG und FSVG
(in Millionen EURO)

pv2611 30.10.2026	**2025**		**2026**		**2027**		**2028**		**2029**		**2030**		**2031**
Pensionserhöhung	1,046		1,023		1,029		1,032		1,022		1,021		1,020 2,4%
Aufwendungen :													
Summe des Pensionsaufwandes	6.003,616	+ 5,62%	6.341,049	+ 5,49%	6.688,974	+ 5,65%	7.066,677	+ 4,61%	7.392,267	+ 4,56%	7.729,169	+ 4,35%	8.065,557
Abfertigungen	0,745	+ 7,31%	0,800	+ 0,00%	0,800	+ 0,00%	0,800	+ 0,00%	0,800	+ 0,00%	0,800	+ 0,00%	0,800
Überweisungsbeträge	2,023	- 1,12%	2,000	+ 0,00%	2,000	+ 0,00%	2,000	+ 0,00%	2,000	+ 0,00%	2,000	+ 0,00%	2,000
Gesundheitsv. u. Rehabilitation	150,695	+ 2,86%	155,000	+ 3,87%	161,000	+ 3,73%	167,000	+ 2,99%	172,000	+ 2,91%	177,000	+ 2,91%	182,145
Krankenvers. der Pens.	282,126	- 4,02%	270,793	+ 5,66%	286,109	+ 5,88%	302,925	+ 4,99%	318,027	+ 4,65%	332,801	+ 4,41%	347,464
Verwaltungsaufwand	96,628	+ 11,15%	107,400	+ 3,63%	111,300	+ 2,88%	114,500	+ 2,79%	117,700	+ 2,80%	121,000	+ 2,80%	124,393
Übrige Aufwendungen	133,757	- 0,20%	133,490	+ 75,70%	234,540	+ 2,86%	241,247	+ 2,33%	246,866	+ 2,63%	253,361	+ 2,63%	260,032
Summe	6.669,590	+ 5,11%	7.010,532	+ 6,76%	7.484,723	+ 5,48%	7.895,149	+ 4,49%	8.249,660	+ 4,44%	8.616,132	+ 4,25%	8.982,391
Erträge :													
Pflichtbeiträge der													
selbständig Erwerbstätigen	2.559,608	+ 8,33%	2.772,817	+ 5,11%	2.914,426	+ 4,68%	3.050,700	+ 4,07%	3.174,834	+ 4,04%	3.303,160	+ 4,07%	3.437,691
freiberuflich selbst. Erwerbstätigen	322,441	+ 6,43%	343,183	+ 4,99%	360,302	+ 4,57%	376,756	+ 3,95%	391,650	+ 3,93%	407,052	+ 3,93%	423,051
Summe der Pflichtbeiträge *)	2.882,048	+ 8,12%	3.116,000	+ 5,09%	3.274,728	+ 4,66%	3.427,456	+ 4,06%	3.566,484	+ 4,03%	3.710,212	+ 4,06%	3.860,742
Sonstige Beiträge	18,812	+ 1,53%	19,100	+ 0,63%	19,220	+ 0,62%	19,340	+ 0,62%	19,460	+ 0,62%	19,580	+ 0,62%	19,701
Beiträge für Teilversicherte 1)	44,097	- 16,11%	36,995	+ 3,42%	38,260	+ 2,94%	39,384	+ 3,74%	40,856	+ 3,17%	42,153	+ 2,40%	43,163
Vermögenserträgnisse	0,061	+ 38,14%	0,084	+ 0,00%	0,084	+ 0,00%	0,084	+ 0,00%	0,084	+ 0,00%	0,084	+ 0,00%	0,084
Übrige Erträge	57,072	- 3,98%	54,800	+ 178,28%	152,500	- 6,23%	143,000	- 7,27%	132,600	- 8,22%	121,700	- 7,59%	112,460
Summe	3.002,091	+ 7,49%	3.226,979	+ 7,99%	3.484,792	+ 4,15%	3.629,264	+ 3,59%	3.759,484	+ 3,57%	3.893,730	+ 3,66%	4.036,150
sonstige Beitragsübernahmen *)	42,747												
Partnerleistung	650,402	+ 6,55%	693,000	+ 5,09%	728,272	+ 4,71%	762,544	+ 4,06%	793,516	+ 4,07%	825,788	+ 3,93%	858,258
Ausfallhaftung	2.955,427	+ 3,98%	3.072,975	+ 5,85%	3.252,609	+ 7,08%	3.482,865	+ 5,51%	3.674,637	+ 5,40%	3.873,106	+ 4,91%	4.063,088
Bundesbeitrag für Teilversicherte 2)	18,923	- 7,10%	17,579	+ 8,37%	19,050	+ 7,48%	20,476	+ 7,55%	22,023	+ 6,75%	23,509	+ 5,90%	24,895
Summe Bundesbeitrag	**3.667,499**	+ 3,16%	**3.783,554**	+ 5,72%	**3.999,931**	+ 6,65%	**4.265,885**	+ 5,26%	**4.490,176**	+ 5,17%	**4.722,402**	+ 4,74%	**4.946,241**
Ausgleichszulagen	105,830	+ 3,62%	109,656	+ 4,39%	114,469	+ 3,13%	118,046	+ 1,87%	120,250	+ 1,73%	122,332	+ 1,46%	124,117
Bundesmittel (BB + AZ)	3.773,329	+ 3,18%	3.893,210	+ 5,68%	4.114,400	+ 6,55%	4.383,931	+ 5,17%	4.610,426	+ 5,08%	4.844,734	+ 4,66%	5.070,358

*) ohne Partnerleistung und ohne sonstige Beitragsübernahmen; Beitragsübernahmen 2024+2025: §27g GSVG
1) Beiträge für Teilversicherte durch Transferzahlungen aus anderen UGs
2) Beiträge für Teilversicherte aus der UG22

Gebarung der PV nach dem BSVG
(in Millionen EURO)

pv2611 30.10.2026 Pensionserhöhung	**2025** 1,046		**2026** 1,023		**2027** 1,029		**2028** 1,032		**2029** 1,022		**2030** 1,021		**2031** 1,020
Aufwendungen :													
Pensionsaufwand	2.418,114	+ 2,49%	2.478,260	+ 2,76%	2.546,594	+ 2,75%	2.616,628	+ 1,86%	2.665,316	+ 1,69%	2.710,302	+ 1,59%	2.753,373
Abfertigungen	0,231	- 13,28%	0,200	+ 0,00%	0,200	+ 0,00%	0,200	+ 0,00%	0,200	+ 0,00%	0,200	+ 0,00%	0,200
Überweisungsbeträge	0,923	- 24,16%	0,700	+ 0,00%	0,700	+ 0,00%	0,700	+ 0,00%	0,700	+ 0,00%	0,700	+ 0,00%	0,700
Gesundheitsv. u. Rehabilitation	77,915	+ 0,11%	78,000	+ 1,92%	79,500	+ 1,26%	80,500	+ 1,24%	81,500	+ 1,23%	82,500	+ 1,23%	83,512
Krankenvers. der Pens.	387,180	- 6,20%	363,191	- 10,11%	326,488	+ 2,67%	335,209	+ 1,74%	341,043	+ 1,16%	345,005	+ 1,05%	348,615
Verwaltungsaufwand	51,758	+ 10,13%	57,000	+ 1,05%	57,600	+ 0,69%	58,000	+ 0,69%	58,400	+ 0,68%	58,800	+ 0,68%	59,203
Übrige Aufwendungen	21,236	+ 266,96%	77,930	+ 17,35%	91,454	+ 2,61%	93,842	+ 1,88%	95,608	+ 3,10%	98,572	+ 3,10%	101,629
Summe	2.957,357	+ 3,31%	3.055,282	+ 1,55%	3.102,536	+ 2,66%	3.185,079	+ 1,81%	3.242,768	+ 1,64%	3.296,080	+ 1,55%	3.347,233
Erträge :													
Pflichtbeiträge *)	527,442	- 9,30%	478,413	+ 26,64%	605,846	+ 2,16%	618,944	+ 1,71%	629,542	+ 1,57%	639,440	+ 1,48%	648,912
Sonstige Beiträge	14,772	+ 0,20%	14,802	+ 0,12%	14,820	+ 0,13%	14,840	+ 0,13%	14,860	+ 0,13%	14,880	+ 0,13%	14,900
Beiträge für Teilversicherte 1)	16,161	+ 11,98%	18,097	+ 3,42%	18,716	+ 2,94%	19,266	+ 3,74%	19,987	+ 3,18%	20,621	+ 2,40%	21,116
Vermögenserträgnisse	0,055	+ 33,54%	0,074	+ 0,00%	0,074	+ 0,00%	0,074	+ 0,00%	0,074	+ 0,00%	0,074	+ 0,00%	0,074
Übrige Erträge	15,815	+ 7,56%	17,010	+ 4,00%	17,690	- 1,81%	17,370	+ 1,04%	17,550	- 5,81%	16,530	- 2,01%	16,198
Summe	574,245	- 7,98%	528,397	+ 24,37%	657,146	+ 2,03%	670,494	+ 1,72%	682,013	+ 1,40%	691,545	+ 1,40%	701,199
sonstige Beitragsübernahmen *)	9,793	+ 882,22%	96,187	- 97,86%	2,054	+ 0,10%	2,056	+ 0,10%	2,058	+ 0,10%	2,060	+ 0,10%	2,062
Partnerleistung	182,720	+ 6,94%	195,400	- 3,74%	188,100	+ 2,07%	192,000	+ 1,77%	195,400	+ 1,59%	198,500	+ 1,78%	202,026
Ausfallhaftung	2.185,119	+ 2,01%	2.229,109	+ 0,89%	2.248,841	+ 2,90%	2.313,950	+ 1,84%	2.356,476	+ 1,72%	2.396,941	+ 1,58%	2.434,747
Bundesbeitrag für Teilversicherte 2)	5,479	+ 12,96%	6,189	+ 3,33%	6,395	+ 2,87%	6,579	+ 3,68%	6,821	+ 3,12%	7,033	+ 2,34%	7,198
Summe Bundesbeitrag	**2.383,112**	+ 6,03%	**2.526,885**	- 3,23%	**2.445,390**	+ 2,83%	**2.514,585**	+ 1,84%	**2.560,755**	+ 1,71%	**2.604,534**	+ 1,59%	**2.646,033**
*) davon BB Erh. BGL §23 Abs. 6 Z1 BSVG	2,050		2,052		2,054		2,056		2,058		2,058		2,058
Ausgleichszulagen	224,297	- 3,02%	217,517	- 0,63%	216,142	- 2,06%	211,684	- 1,75%	207,971	- 1,72%	204,403	- 1,63%	201,070
Bundesmittel (BB + AZ)	2.607,408	+ 5,25%	2.744,402	- 3,02%	2.661,533	+ 2,43%	2.726,269	+ 1,56%	2.768,726	+ 1,45%	2.808,937	+ 1,36%	2.847,104

*) ohne Partnerleistung und ohne sonstige Beitragsübernahmen; Beitragsübernahmen: ab 2020: § 23 Abs. 6 Z1, 2024+2025: § 24g, 2026: § 419a
1) Beiträge für Teilversicherte durch Transferzahlungen aus anderen UGs
2) Beiträge für Teilversicherte aus der UG22

Aufwand für Ausgleichszulagen (inkl. Aufwand für AZ- und Pensionsbonus)

(in Millionen EURO)

pv2611 30.10.2026	**2025**		**2026**		**2027**		**2028**		**2029**		**2030**		**2031**
Pensionserhöhung	1,046		1,023		1,029		1,032		1,022		1,021		1,020
Richtsatz Alleinstehende	1.273,99		1.308,39		1.351,57		1.394,82		1.425,51		1.455,45		1.484,56
Steigerung	+ 4,60%		+ 2,70%		+ 3,30%		+ 3,20%		+ 2,20%		+ 2,10%		+ 2,00%
Pensionsversicherungsanstalt	969,886	+ 2,76%	996,663	+ 3,18%	1.028,346	+ 2,76%	1.056,774	+ 1,74%	1.075,127	+ 1,59%	1.092,201	+ 1,37%	1.107,119
VA öff. Bed., Eisenbahn und Bergbau	7,670	- 2,59%	7,471	+ 0,14%	7,481	- 0,53%	7,442	- 1,57%	7,325	- 1,69%	7,201	- 1,87%	7,067
Summe ASVG	**977,556**	+ 2,72%	**1.004,135**	+ 3,16%	**1.035,828**	+ 2,74%	**1.064,216**	+ 1,71%	**1.082,452**	+ 1,57%	**1.099,402**	+ 1,34%	**1.114,185**
SVS - gewerbliche Wirtschaft	105,830	+ 3,62%	109,656	+ 4,39%	114,469	+ 3,13%	118,046	+ 1,87%	120,250	+ 1,73%	122,332	+ 1,46%	124,117
SVS - Bauern	224,297	- 3,02%	217,517	- 0,63%	216,142	- 2,06%	211,684	- 1,75%	207,971	- 1,72%	204,403	- 1,63%	201,070
Summe Selbständige	**330,127**	- 0,89%	**327,173**	+ 1,05%	**330,611**	- 0,27%	**329,731**	- 0,46%	**328,221**	- 0,45%	**326,734**	- 0,47%	**325,187**
Gesamtsumme	**1.307,683**	+ 1,81%	**1.331,308**	+ 2,64%	**1.366,439**	+ 2,01%	**1.393,946**	+ 1,20%	**1.410,673**	+ 1,10%	**1.426,137**	+ 0,93%	**1.439,373**

Zeitreihen

Register

1	Erträge der gesetzlichen Pensionsversicherungsträger
2	Aufwendungen der gesetzlichen Pensionsversicherungsträger
3	Bundesbeitrag zur gesetzlichen Pensionsversicherung
4	Aufwand für Ausgleichszulagen in der gesetzlichen Pensionsversicherung
5	Gesamtaufwendungen der gesetzlichen Pensionsversicherung
6	Bundesmittel zur gesetzlichen Pensionsversicherung
7	Bruttoinlandsprodukt, Aufwendungen des Bundes
8	Erträge der PV in % des Bruttoinlandsproduktes
9	Aufwendungen der PV in % des Bruttoinlandsproduktes
10	Gesamtaufwendungen der PV in % des Bruttoinlandsproduktes
11	Bundesbeitrag zur PV in % des Bruttoinlandsproduktes
12	Bundesmittel zur PV in % des Bruttoinlandsproduktes
13	Bundesbeitrag zur PV in % der Aufwendungen des Bundes
14	Bundesmittel zur PV in % der Aufwendungen des Bundes
15	Deckungsrate der Aufwendungen der PV durch Bundesbeiträge
16	Deckungsrate der Gesamtaufwendungen der PV durch Bundesmittel

Stand:
30.10.26

Erträge der gesetzlichen Pensionsversicherungsträger
(ohne Bundesmittel) in Mio. Euro

Register 1

pv2611	gesamte PV		davon ASVG		GSVG+FSVG		BSVG	
1970	1.557,670		1.469,640		58,370		29,660	
1980	5.726,620		5.355,420		218,190		153,010	
1981	6.169,340	+ 7,7%	5.812,160	+ 8,5%	202,690	- 7,1%	154,490	+ 1,0%
1982	6.411,050	+ 3,9%	6.050,480	+ 4,1%	208,080	+ 2,7%	152,490	- 1,3%
1983	6.641,720	+ 3,6%	6.267,460	+ 3,6%	217,030	+ 4,3%	157,230	+ 3,1%
1984	7.345,190	+ 10,6%	6.870,220	+ 9,6%	278,190	+ 28,2%	196,780	+ 25,2%
1985	7.866,760	+ 7,1%	7.343,860	+ 6,9%	311,470	+ 12,0%	211,430	+ 7,4%
1986	8.329,030	+ 5,9%	7.719,950	+ 5,1%	393,270	+ 26,3%	215,810	+ 2,1%
1987	8.559,620	+ 2,8%	8.006,610	+ 3,7%	329,480	- 16,2%	223,530	+ 3,6%
1988	8.937,760	+ 4,4%	8.349,720	+ 4,3%	344,040	+ 4,4%	244,000	+ 9,2%
1989	9.547,700	+ 6,8%	8.934,810	+ 7,0%	365,180	+ 6,1%	247,710	+ 1,5%
1990	10.631,950	+ 11,4%	10.004,770	+ 12,0%	375,110	+ 2,7%	252,070	+ 1,8%
1991	11.394,510	+ 7,2%	10.730,280	+ 7,3%	401,550	+ 7,0%	262,680	+ 4,2%
1992	12.108,980	+ 6,3%	11.391,760	+ 6,2%	442,150	+ 10,1%	275,070	+ 4,7%
1993	12.713,350	+ 5,0%	11.957,580	+ 5,0%	467,200	+ 5,7%	288,570	+ 4,9%
1994	13.273,930	+ 4,4%	12.464,090	+ 4,2%	507,370	+ 8,6%	302,470	+ 4,8%
1995	13.770,680	+ 3,7%	12.907,170	+ 3,6%	542,520	+ 6,9%	320,990	+ 6,1%
1996	14.574,860	+ 5,8%	13.615,900	+ 5,5%	611,160	+ 12,7%	347,800	+ 8,4%
1997	14.984,740	+ 2,8%	13.890,090	+ 2,0%	726,550	+ 18,9%	368,100	+ 5,8%
1998	15.532,460	+ 3,7%	14.364,280	+ 3,4%	777,920	+ 7,1%	390,260	+ 6,0%
1999	16.100,560	+ 3,7%	14.880,370	+ 3,6%	825,800	+ 6,2%	394,390	+ 1,1%
2000	17.420,310	+ 8,2%	16.173,790	+ 8,7%	853,210	+ 3,3%	393,310	- 0,3%
2001	18.259,406	+ 4,8%	16.656,045	+ 3,0%	1.185,833	+ 39,0%	417,528	+ 6,2%
2002	18.260,846	+ 0,0%	16.891,090	+ 1,4%	955,663	- 19,4%	414,093	- 0,8%
2003	17.985,167	- 1,5%	16.521,554	- 2,2%	1.026,920	+ 7,5%	436,693	+ 5,5%
2004	18.622,837	+ 3,5%	17.076,001	+ 3,4%	1.117,064	+ 8,8%	429,773	- 1,6%
2005	19.632,598	+ 5,4%	18.231,922	+ 6,8%	1.028,934	- 7,9%	371,742	- 13,5%
2006	20.587,136	+ 4,9%	19.083,636	+ 4,7%	1.131,627	+ 10,0%	371,873	+ 0,0%
2007	21.667,533	+ 5,2%	20.106,403	+ 5,4%	1.184,752	+ 4,7%	376,378	+ 1,2%
2008	22.686,974	+ 4,7%	21.078,530	+ 4,8%	1.228,733	+ 3,7%	379,711	+ 0,9%
2009	23.190,633	+ 2,2%	21.473,519	+ 1,9%	1.320,855	+ 7,5%	396,259	+ 4,4%
2010	24.219,299	+ 4,4%	22.522,139	+ 4,9%	1.304,327	- 1,3%	392,833	- 0,9%
2011	25.196,663	+ 4,0%	23.364,577	+ 3,7%	1.427,895	+ 9,5%	404,191	+ 2,9%
2012	26.084,744	+ 3,5%	24.182,370	+ 3,5%	1.479,120	+ 3,6%	423,254	+ 4,7%
2013	27.430,211	+ 5,2%	25.225,918	+ 4,3%	1.768,822	+ 19,6%	435,471	+ 2,9%
2014	28.419,763	+ 3,6%	26.311,434	+ 4,3%	1.674,030	- 5,4%	434,299	- 0,3%
2015	29.585,954	+ 4,1%	27.293,720	+ 3,7%	1.822,341	+ 8,9%	469,894	+ 8,2%
2016	30.832,323	+ 4,2%	28.387,636	+ 4,0%	1.968,851	+ 8,0%	475,836	+ 1,3%
2017	32.755,004	+ 6,2%	30.238,187	+ 6,5%	2.034,990	+ 3,4%	481,827	+ 1,3%
2018	33.643,766	+ 2,7%	30.970,168	+ 2,4%	2.153,755	+ 5,8%	519,842	+ 7,9%
2019	35.374,717	+ 5,1%	32.574,310	+ 5,2%	2.264,437	+ 5,1%	535,970	+ 3,1%
2020	35.989,236	+ 1,7%	33.345,145	+ 2,4%	2.114,585	- 6,6%	529,506	- 1,2%
2021	37.710,792	+ 4,8%	34.694,888	+ 4,0%	2.477,766	+ 17,2%	538,138	+ 1,6%
2022	39.860,528	+ 5,7%	36.745,520	+ 5,9%	2.570,255	+ 3,7%	544,753	+ 1,2%
2023	43.054,256	+ 8,0%	39.830,359	+ 8,4%	2.667,662	+ 3,8%	556,234	+ 2,1%
2024	46.482,729	+ 8,0%	43.110,009	+ 8,2%	2.820,924	+ 5,7%	551,796	- 0,8%
2025	48.847,272	+ 5,1%	45.270,937	+ 5,0%	3.002,091	+ 6,4%	574,245	+ 4,1%
2026	50.706,343	+ 3,8%	46.950,968	+ 3,7%	3.226,979	+ 7,5%	528,397	- 8,0%
2027	53.331,709	+ 5,2%	49.189,771	+ 4,8%	3.484,792	+ 8,0%	657,146	+ 24,4%
2028	55.366,750	+ 3,8%	51.066,992	+ 3,8%	3.629,264	+ 4,1%	670,494	+ 2,0%
2029	57.215,588	+ 3,3%	52.774,091	+ 3,3%	3.759,484	+ 3,6%	682,013	+ 1,7%
2030	58.966,429	+ 3,1%	54.381,154	+ 3,0%	3.893,730	+ 3,6%	691,545	+ 1,4%
2031	60.632,289	+ 2,8%	55.894,939	+ 2,8%	4.036,150	+ 3,7%	701,199	+ 1,4%

Stand: 30.10.26

Aufwendungen der gesetzlichen Pensionsversicherungsträger (ohne AZ) in Mio. Euro

Register 2

pv2611	gesamte PV		davon ASVG		GSVG+FSVG		BSVG	
1970	2.056,930		1.857,000		130,960		68,970	
1980	6.862,930		5.793,910		588,360		480,660	
1981	7.454,340	+ 8,6%	6.293,900	+ 8,6%	641,270	+ 9,0%	519,170	+ 8,0%
1982	8.177,370	+ 9,7%	6.923,910	+ 10,0%	695,480	+ 8,5%	557,980	+ 7,5%
1983	8.912,010	+ 9,0%	7.562,040	+ 9,2%	752,240	+ 8,2%	597,730	+ 7,1%
1984	9.637,290	+ 8,1%	8.193,570	+ 8,4%	806,520	+ 7,2%	637,200	+ 6,6%
1985	10.314,020	+ 7,0%	8.770,080	+ 7,0%	859,140	+ 6,5%	684,800	+ 7,5%
1986	11.016,400	+ 6,8%	9.367,520	+ 6,8%	923,530	+ 7,5%	725,350	+ 5,9%
1987	11.772,350	+ 6,9%	10.006,910	+ 6,8%	995,110	+ 7,8%	770,330	+ 6,2%
1988	12.253,480	+ 4,1%	10.424,600	+ 4,2%	1.033,140	+ 3,8%	795,740	+ 3,3%
1989	12.958,300	+ 5,8%	11.023,830	+ 5,7%	1.093,930	+ 5,9%	840,540	+ 5,6%
1990	13.811,410	+ 6,6%	11.745,110	+ 6,5%	1.170,720	+ 7,0%	895,580	+ 6,5%
1991	14.875,070	+ 7,7%	12.641,970	+ 7,6%	1.265,060	+ 8,1%	968,040	+ 8,1%
1992	15.759,000	+ 5,9%	13.382,460	+ 5,9%	1.343,400	+ 6,2%	1.033,140	+ 6,7%
1993	16.160,490	+ 2,5%	13.707,880	+ 2,4%	1.398,410	+ 4,1%	1.054,200	+ 2,0%
1994	16.625,420	+ 2,9%	14.067,880	+ 2,6%	1.484,980	+ 6,2%	1.072,560	+ 1,7%
1995	17.568,210	+ 5,7%	14.867,320	+ 5,7%	1.560,250	+ 5,1%	1.140,640	+ 6,3%
1996	18.490,280	+ 5,2%	15.683,340	+ 5,5%	1.617,600	+ 3,7%	1.189,340	+ 4,3%
1997	18.963,040	+ 2,6%	16.108,710	+ 2,7%	1.652,580	+ 2,2%	1.201,750	+ 1,0%
1998	19.656,970	+ 3,7%	16.720,980	+ 3,8%	1.706,500	+ 3,3%	1.229,490	+ 2,3%
1999	20.561,190	+ 4,6%	17.505,400	+ 4,7%	1.782,980	+ 4,5%	1.272,810	+ 3,5%
2000	21.583,260	+ 5,0%	18.385,280	+ 5,0%	1.869,410	+ 4,8%	1.328,570	+ 4,4%
2001	22.376,505	+ 3,7%	19.033,465	+ 3,5%	1.923,956	+ 2,9%	1.419,084	+ 6,8%
2002	23.023,120	+ 2,9%	19.582,350	+ 2,9%	1.994,926	+ 3,7%	1.445,844	+ 1,9%
2003	23.583,390	+ 2,4%	20.072,045	+ 2,5%	2.046,447	+ 2,6%	1.464,898	+ 1,3%
2004	24.526,746	+ 4,0%	20.873,926	+ 4,0%	2.155,660	+ 5,3%	1.497,160	+ 2,2%
2005	25.378,093	+ 3,5%	21.614,626	+ 3,5%	2.222,866	+ 3,1%	1.540,601	+ 2,9%
2006	26.471,571	+ 4,3%	22.582,022	+ 4,5%	2.306,775	+ 3,8%	1.582,774	+ 2,7%
2007	27.653,228	+ 4,5%	23.608,882	+ 4,5%	2.407,933	+ 4,4%	1.636,413	+ 3,4%
2008	29.177,110	+ 5,5%	24.918,075	+ 5,5%	2.538,045	+ 5,4%	1.720,990	+ 5,2%
2009	30.755,344	+ 5,4%	26.264,831	+ 5,4%	2.684,304	+ 5,8%	1.806,209	+ 5,0%
2010	31.990,517	+ 4,0%	27.354,837	+ 4,2%	2.799,753	+ 4,3%	1.835,927	+ 1,6%
2011	33.073,757	+ 3,4%	28.317,746	+ 3,5%	2.889,556	+ 3,2%	1.866,455	+ 1,7%
2012	34.669,153	+ 4,8%	29.708,328	+ 4,9%	3.021,884	+ 4,6%	1.938,941	+ 3,9%
2013	36.084,645	+ 4,1%	30.936,194	+ 4,1%	3.162,812	+ 4,7%	1.985,639	+ 2,4%
2014	37.470,310	+ 3,8%	32.113,214	+ 3,8%	3.336,180	+ 5,5%	2.020,916	+ 1,8%
2015	38.539,327	+ 2,9%	32.963,973	+ 2,6%	3.491,135	+ 4,6%	2.084,219	+ 3,1%
2016	39.716,948	+ 3,1%	33.966,819	+ 3,0%	3.625,756	+ 3,9%	2.124,374	+ 1,9%
2017	40.543,433	+ 2,1%	34.678,696	+ 2,1%	3.733,692	+ 3,0%	2.131,045	+ 0,3%
2018	42.063,646	+ 3,7%	35.972,562	+ 3,7%	3.908,352	+ 4,7%	2.182,732	+ 2,4%
2019	43.972,161	+ 4,5%	37.612,152	+ 4,6%	4.111,543	+ 5,2%	2.248,466	+ 3,0%
2020	46.188,177	+ 5,0%	39.536,109	+ 5,1%	4.335,053	+ 5,4%	2.317,014	+ 3,0%
2021	48.482,705	+ 5,0%	41.526,890	+ 5,0%	4.585,406	+ 5,8%	2.370,408	+ 2,3%
2022	51.474,286	+ 6,2%	44.107,682	+ 6,2%	4.905,141	+ 7,0%	2.461,463	+ 3,8%
2023	56.043,217	+ 8,9%	48.032,623	+ 8,9%	5.414,127	+ 10,4%	2.596,467	+ 5,5%
2024	62.297,180	+ 11,2%	53.402,204	+ 11,2%	6.100,607	+ 12,7%	2.794,369	+ 7,6%
2025	66.796,300	+ 7,2%	57.169,353	+ 7,1%	6.669,590	+ 9,3%	2.957,357	+ 5,8%
2026	69.874,547	+ 4,6%	59.808,732	+ 4,6%	7.010,532	+ 5,1%	3.055,282	+ 3,3%
2027	73.350,392	+ 5,0%	62.763,133	+ 4,9%	7.484,723	+ 6,8%	3.102,536	+ 1,5%
2028	76.808,251	+ 4,7%	65.728,024	+ 4,7%	7.895,149	+ 5,5%	3.185,079	+ 2,7%
2029	79.919,792	+ 4,1%	68.427,364	+ 4,1%	8.249,660	+ 4,5%	3.242,768	+ 1,8%
2030	83.123,919	+ 4,0%	71.211,708	+ 4,1%	8.616,132	+ 4,4%	3.296,080	+ 1,6%
2031	86.360,198	+ 3,9%	74.030,575	+ 4,0%	8.982,391	+ 4,3%	3.347,233	+ 1,6%

Bundesbeitrag zur gesetzlichen Pensionsversicherung

(gesamt; ohne AZ) in Mio. Euro

pv2611	gesamte PV		davon ASVG		GSVG+FSVG		BSVG	
1970	550,710		424,410		73,540		52,760	
1980	1.211,170		507,990		373,100		330,080	
1981	1.329,110	+ 9,7%	520,040	+ 2,4%	441,780	+ 18,4%	367,290	+ 11,3%
1982	1.807,230	+ 36,0%	907,980	+ 74,6%	490,900	+ 11,1%	408,350	+ 11,2%
1983	2.314,920	+ 28,1%	1.332,460	+ 46,7%	539,010	+ 9,8%	443,450	+ 8,6%
1984	2.447,550	+ 5,7%	1.470,250	+ 10,3%	533,130	- 1,1%	444,170	+ 0,2%
1985	2.521,380	+ 3,0%	1.493,790	+ 1,6%	551,800	+ 3,5%	475,790	+ 7,1%
1986	2.735,480	+ 8,5%	1.690,230	+ 13,2%	533,850	- 3,3%	511,400	+ 7,5%
1987	3.228,780	+ 18,0%	2.015,880	+ 19,3%	666,480	+ 24,8%	546,420	+ 6,8%
1988	3.316,210	+ 2,7%	2.077,600	+ 3,1%	688,390	+ 3,3%	550,220	+ 0,7%
1989	3.413,290	+ 2,9%	2.094,580	+ 0,8%	728,010	+ 5,8%	590,700	+ 7,4%
1990	3.182,520	- 6,8%	1.746,420	- 16,6%	795,150	+ 9,2%	640,950	+ 8,5%
1991	3.484,890	+ 9,5%	1.917,970	+ 9,8%	863,040	+ 8,5%	703,880	+ 9,8%
1992	3.433,670	- 1,5%	1.802,190	- 6,0%	879,120	+ 1,9%	752,360	+ 6,9%
1993	3.441,850	+ 0,2%	1.751,360	- 2,8%	929,160	+ 5,7%	761,330	+ 1,2%
1994	3.351,490	- 2,6%	1.603,790	- 8,4%	977,610	+ 5,2%	770,090	+ 1,2%
1995	3.797,530	+ 13,3%	1.960,150	+ 22,2%	1.017,730	+ 4,1%	819,650	+ 6,4%
1996	3.912,320	+ 3,0%	2.064,550	+ 5,3%	1.006,330	- 1,1%	841,440	+ 2,7%
1997	3.978,300	+ 1,7%	2.218,620	+ 7,5%	926,030	- 8,0%	833,650	- 0,9%
1998	4.124,510	+ 3,7%	2.356,700	+ 6,2%	928,580	+ 0,3%	839,230	+ 0,7%
1999	4.460,630	+ 8,1%	2.625,030	+ 11,4%	957,180	+ 3,1%	878,420	+ 4,7%
2000	4.157,100	- 6,8%	2.211,490	- 15,8%	1.016,200	+ 6,2%	929,410	+ 5,8%
2001	4.104,859	- 1,3%	2.377,420	+ 7,5%	738,123	- 27,4%	989,316	+ 6,4%
2002	4.761,547	+ 16,0%	2.691,260	+ 13,2%	1.039,263	+ 40,8%	1.031,024	+ 4,2%
2003	5.597,496	+ 17,6%	3.550,491	+ 31,9%	1.019,527	- 1,9%	1.027,478	- 0,3%
2004	5.903,181	+ 5,5%	3.797,924	+ 7,0%	1.038,596	+ 1,9%	1.066,661	+ 3,8%
2005	5.744,768	- 2,7%	3.382,704	- 10,9%	1.193,932	+ 15,0%	1.168,132	+ 9,5%
2006	5.884,435	+ 2,4%	3.498,386	+ 3,4%	1.175,148	- 1,6%	1.210,901	+ 3,7%
2007	5.985,695	+ 1,7%	3.502,479	+ 0,1%	1.223,181	+ 4,1%	1.260,035	+ 4,1%
2008	6.490,136	+ 8,4%	3.839,545	+ 9,6%	1.309,312	+ 7,0%	1.341,279	+ 6,4%
2009	7.564,711	+ 16,6%	4.791,312	+ 24,8%	1.363,449	+ 4,1%	1.409,950	+ 5,1%
2010	7.771,218	+ 2,7%	4.832,698	+ 0,9%	1.495,426	+ 9,7%	1.443,094	+ 2,4%
2011	7.877,094	+ 1,4%	4.953,169	+ 2,5%	1.461,661	- 2,3%	1.462,264	+ 1,3%
2012	8.584,409	+ 9,0%	5.525,958	+ 11,6%	1.542,764	+ 5,5%	1.515,687	+ 3,7%
2013	8.654,434	+ 0,8%	5.710,276	+ 3,3%	1.393,990	- 9,6%	1.550,168	+ 2,3%
2014	9.050,547	+ 4,6%	5.801,780	+ 1,6%	1.662,150	+ 19,2%	1.586,617	+ 2,4%
2015	8.953,373	- 1,1%	5.670,254	- 2,3%	1.668,794	+ 0,4%	1.614,325	+ 1,7%
2016	8.884,626	- 0,8%	5.579,183	- 1,6%	1.656,905	- 0,7%	1.648,538	+ 2,1%
2017	7.788,429	- 12,3%	4.440,509	- 20,4%	1.698,702	+ 2,5%	1.649,218	+ 0,0%
2018	8.419,880	+ 8,1%	5.002,394	+ 12,7%	1.754,596	+ 3,3%	1.662,889	+ 0,8%
2019	8.597,444	+ 2,1%	5.037,842	+ 0,7%	1.847,106	+ 5,3%	1.712,497	+ 3,0%
2020	10.198,941	+ 18,6%	6.190,964	+ 22,9%	2.220,468	+ 20,2%	1.787,509	+ 4,4%
2021	10.771,913	+ 5,6%	6.832,002	+ 10,4%	2.107,640	- 5,1%	1.832,270	+ 2,5%
2022	11.613,758	+ 7,8%	7.362,162	+ 7,8%	2.334,886	+ 10,8%	1.916,710	+ 4,6%
2023	12.988,961	+ 11,8%	8.202,264	+ 11,4%	2.746,465	+ 17,6%	2.040,233	+ 6,4%
2024	15.814,451	+ 21,8%	10.292,195	+ 25,5%	3.279,683	+ 19,4%	2.242,573	+ 9,9%
2025	17.949,028	+ 13,5%	11.898,417	+ 15,6%	3.667,499	+ 11,8%	2.383,112	+ 6,3%
2026	19.168,204	+ 6,8%	12.857,765	+ 8,1%	3.783,554	+ 3,2%	2.526,885	+ 6,0%
2027	20.018,683	+ 4,4%	13.573,362	+ 5,6%	3.999,931	+ 5,7%	2.445,390	- 3,2%
2028	21.441,502	+ 7,1%	14.661,032	+ 8,0%	4.265,885	+ 6,6%	2.514,585	+ 2,8%
2029	22.704,203	+ 5,9%	15.653,273	+ 6,8%	4.490,176	+ 5,3%	2.560,755	+ 1,8%
2030	24.157,490	+ 6,4%	16.830,554	+ 7,5%	4.722,402	+ 5,2%	2.604,534	+ 1,7%
2031	25.727,910	+ 6,5%	18.135,636	+ 7,8%	4.946,241	+ 4,7%	2.646,033	+ 1,6%

Aufwand für Ausgleichszulagen in der gesetzlichen Pensionsversicherung

Register 4

(einschließlich Wertausgleich) in Mio. Euro

pv2611	gesamte PV		davon ASVG		GSVG+FSVG		BSVG	
1970	134,590		101,520		33,070		-	
1980	408,420		235,610		61,260		111,550	
1981	424,480	+ 3,9%	244,680	+ 3,8%	62,430	+ 1,9%	117,370	+ 5,2%
1982	448,540	+ 5,7%	259,300	+ 6,0%	63,950	+ 2,4%	125,290	+ 6,7%
1983	458,350	+ 2,2%	262,420	+ 1,2%	63,590	- 0,6%	132,340	+ 5,6%
1984	470,700	+ 2,7%	269,250	+ 2,6%	63,440	- 0,2%	138,010	+ 4,3%
1985	464,520	- 1,3%	265,400	- 1,4%	61,840	- 2,5%	137,280	- 0,5%
1986	462,710	- 0,4%	263,520	- 0,7%	60,970	- 1,4%	138,220	+ 0,7%
1987	466,850	+ 0,9%	266,340	+ 1,1%	60,030	- 1,5%	140,480	+ 1,6%
1988	475,240	+ 1,8%	273,420	+ 2,7%	59,770	- 0,4%	142,050	+ 1,1%
1989	463,380	- 2,5%	265,930	- 2,7%	57,080	- 4,5%	140,370	- 1,2%
1990	537,170	+ 15,9%	299,860	+ 12,8%	62,020	+ 8,7%	175,290	+ 24,9%
1991	598,570	+ 11,4%	339,130	+ 13,1%	67,980	+ 9,6%	191,460	+ 9,2%
1992	671,460	+ 12,2%	388,710	+ 14,6%	74,240	+ 9,2%	208,510	+ 8,9%
1993	735,830	+ 9,6%	432,210	+ 11,2%	79,790	+ 7,5%	223,830	+ 7,3%
1994	820,770	+ 11,5%	491,610	+ 13,7%	87,000	+ 9,0%	242,160	+ 8,2%
1995	814,110	- 0,8%	490,610	- 0,2%	84,500	- 2,9%	239,000	- 1,3%
1996	798,060	- 2,0%	481,840	- 1,8%	81,970	- 3,0%	234,250	- 2,0%
1997	814,440	+ 2,1%	496,950	+ 3,1%	82,050	+ 0,1%	235,440	+ 0,5%
1998	796,220	- 2,2%	478,800	- 3,7%	77,370	- 5,7%	240,050	+ 2,0%
1999	757,550	- 4,9%	456,170	- 4,7%	72,480	- 6,3%	228,900	- 4,6%
2000	738,190	- 2,6%	445,470	- 2,3%	68,120	- 6,0%	224,600	- 1,9%
2001	884,342	+ 19,8%	569,544	+ 27,9%	79,287	+ 16,4%	235,511	+ 4,9%
2002	921,197	+ 4,2%	598,683	+ 5,1%	79,794	+ 0,6%	242,720	+ 3,1%
2003	1.080,354	+ 17,3%	736,486	+ 23,0%	93,307	+ 16,9%	250,561	+ 3,2%
2004	811,664	- 24,9%	503,273	- 31,7%	68,577	- 26,5%	239,814	- 4,3%
2005	813,804	+ 0,3%	511,549	+ 1,6%	66,423	- 3,1%	235,832	- 1,7%
2006	851,234	+ 4,6%	540,945	+ 5,7%	67,840	+ 2,1%	242,449	+ 2,8%
2007	930,579	+ 9,3%	605,318	+ 11,9%	71,739	+ 5,7%	253,522	+ 4,6%
2008	968,522	+ 4,1%	638,566	+ 5,5%	72,491	+ 1,0%	257,465	+ 1,6%
2009	982,067	+ 1,4%	654,300	+ 2,5%	71,275	- 1,7%	256,492	- 0,4%
2010	980,276	- 0,2%	661,517	+ 1,1%	69,526	- 2,5%	249,233	- 2,8%
2011	975,778	- 0,5%	664,232	+ 0,4%	67,727	- 2,6%	243,819	- 2,2%
2012	984,758	+ 0,9%	676,401	+ 1,8%	66,998	- 1,1%	241,359	- 1,0%
2013	1.005,262	+ 2,1%	696,103	+ 2,9%	67,164	+ 0,2%	241,995	+ 0,3%
2014	1.017,110	+ 1,2%	708,416	+ 1,8%	67,826	+ 1,0%	240,868	- 0,5%
2015	987,676	- 2,9%	686,842	- 3,0%	67,264	- 0,8%	233,570	- 3,0%
2016	971,135	- 1,7%	678,334	- 1,2%	66,288	- 1,5%	226,513	- 3,0%
2017	979,710	+ 0,9%	687,689	+ 1,4%	69,387	+ 4,7%	222,634	- 1,7%
2018	977,078	- 0,3%	694,856	+ 1,0%	69,080	- 0,4%	213,142	- 4,3%
2019	979,826	+ 0,3%	705,844	+ 1,6%	69,358	+ 0,4%	204,624	- 4,0%
2020	1.052,198	+ 7,4%	751,825	+ 6,5%	76,792	+ 10,7%	223,581	+ 9,3%
2021	1.075,967	+ 2,3%	775,788	+ 3,2%	82,519	+ 7,5%	217,660	- 2,6%
2022	1.083,972	+ 0,7%	784,144	+ 1,1%	82,863	+ 0,4%	216,965	- 0,3%
2023	1.164,849	+ 7,5%	856,275	+ 9,2%	89,882	+ 8,5%	218,691	+ 0,8%
2024	1.253,746	+ 7,6%	930,564	+ 8,7%	98,630	+ 9,7%	224,552	+ 2,7%
2025	1.307,683	+ 4,3%	977,556	+ 5,0%	105,830	+ 7,3%	224,297	- 0,1%
2026	1.331,308	+ 1,8%	1.004,135	+ 2,7%	109,656	+ 3,6%	217,517	- 3,0%
2027	1.366,439	+ 2,6%	1.035,828	+ 3,2%	114,469	+ 4,4%	216,142	- 0,6%
2028	1.393,946	+ 2,0%	1.064,216	+ 2,7%	118,046	+ 3,1%	211,684	- 2,1%
2029	1.410,673	+ 1,2%	1.082,452	+ 1,7%	120,250	+ 1,9%	207,971	- 1,8%
2030	1.426,137	+ 1,1%	1.099,402	+ 1,6%	122,332	+ 1,7%	204,403	- 1,7%
2031	1.439,373	+ 0,9%	1.114,185	+ 1,3%	124,117	+ 1,5%	201,070	- 1,6%

Gesamtaufwendungen der gesetzlichen Pensionsversicherung

(Aufwendungen und AZ) in Mio. Euro

pv2611	gesamte PV		davon ASVG		GSVG+FSVG		BSVG	
1970	2.191,520		1.958,520		164,030		68,970	
1980	7.271,350		6.029,520		649,620		592,210	
1981	7.878,820	+ 8,4%	6.538,580	+ 8,4%	703,700	+ 8,3%	636,540	+ 7,5%
1982	8.625,910	+ 9,5%	7.183,210	+ 9,9%	759,430	+ 7,9%	683,270	+ 7,3%
1983	9.370,360	+ 8,6%	7.824,460	+ 8,9%	815,830	+ 7,4%	730,070	+ 6,8%
1984	10.107,990	+ 7,9%	8.462,820	+ 8,2%	869,960	+ 6,6%	775,210	+ 6,2%
1985	10.778,540	+ 6,6%	9.035,480	+ 6,8%	920,980	+ 5,9%	822,080	+ 6,0%
1986	11.479,110	+ 6,5%	9.631,040	+ 6,6%	984,500	+ 6,9%	863,570	+ 5,0%
1987	12.239,200	+ 6,6%	10.273,250	+ 6,7%	1.055,140	+ 7,2%	910,810	+ 5,5%
1988	12.728,720	+ 4,0%	10.698,020	+ 4,1%	1.092,910	+ 3,6%	937,790	+ 3,0%
1989	13.421,680	+ 5,4%	11.289,760	+ 5,5%	1.151,010	+ 5,3%	980,910	+ 4,6%
1990	14.348,580	+ 6,9%	12.044,970	+ 6,7%	1.232,740	+ 7,1%	1.070,870	+ 9,2%
1991	15.473,640	+ 7,8%	12.981,100	+ 7,8%	1.333,040	+ 8,1%	1.159,500	+ 8,3%
1992	16.430,460	+ 6,2%	13.771,170	+ 6,1%	1.417,640	+ 6,3%	1.241,650	+ 7,1%
1993	16.896,320	+ 2,8%	14.140,090	+ 2,7%	1.478,200	+ 4,3%	1.278,030	+ 2,9%
1994	17.446,190	+ 3,3%	14.559,490	+ 3,0%	1.571,980	+ 6,3%	1.314,720	+ 2,9%
1995	18.382,320	+ 5,4%	15.357,930	+ 5,5%	1.644,750	+ 4,6%	1.379,640	+ 4,9%
1996	19.288,340	+ 4,9%	16.165,180	+ 5,3%	1.699,570	+ 3,3%	1.423,590	+ 3,2%
1997	19.777,480	+ 2,5%	16.605,660	+ 2,7%	1.734,630	+ 2,1%	1.437,190	+ 1,0%
1998	20.453,190	+ 3,4%	17.199,780	+ 3,6%	1.783,870	+ 2,8%	1.469,540	+ 2,3%
1999	21.318,740	+ 4,2%	17.961,570	+ 4,4%	1.855,460	+ 4,0%	1.501,710	+ 2,2%
2000	22.321,450	+ 4,7%	18.830,750	+ 4,8%	1.937,530	+ 4,4%	1.553,170	+ 3,4%
2001	23.260,847	+ 4,2%	19.603,009	+ 4,1%	2.003,243	+ 3,4%	1.654,595	+ 6,5%
2002	23.944,317	+ 2,9%	20.181,033	+ 2,9%	2.074,720	+ 3,6%	1.688,564	+ 2,1%
2003	24.663,744	+ 3,0%	20.808,531	+ 3,1%	2.139,754	+ 3,1%	1.715,459	+ 1,6%
2004	25.338,409	+ 2,7%	21.377,198	+ 2,7%	2.224,237	+ 3,9%	1.736,974	+ 1,3%
2005	26.191,897	+ 3,4%	22.126,175	+ 3,5%	2.289,289	+ 2,9%	1.776,433	+ 2,3%
2006	27.322,805	+ 4,3%	23.122,967	+ 4,5%	2.374,615	+ 3,7%	1.825,223	+ 2,7%
2007	28.583,807	+ 4,6%	24.214,200	+ 4,7%	2.479,672	+ 4,4%	1.889,935	+ 3,5%
2008	30.145,632	+ 5,5%	25.556,641	+ 5,5%	2.610,536	+ 5,3%	1.978,455	+ 4,7%
2009	31.737,411	+ 5,3%	26.919,131	+ 5,3%	2.755,579	+ 5,6%	2.062,701	+ 4,3%
2010	32.970,793	+ 3,9%	28.016,354	+ 4,1%	2.869,279	+ 4,1%	2.085,160	+ 1,1%
2011	34.049,535	+ 3,3%	28.981,978	+ 3,4%	2.957,283	+ 3,1%	2.110,274	+ 1,2%
2012	35.653,911	+ 4,7%	30.384,729	+ 4,8%	3.088,882	+ 4,4%	2.180,300	+ 3,3%
2013	37.089,907	+ 4,0%	31.632,297	+ 4,1%	3.229,976	+ 4,6%	2.227,634	+ 2,2%
2014	38.487,420	+ 3,8%	32.821,629	+ 3,8%	3.404,006	+ 5,4%	2.261,784	+ 1,5%
2015	39.527,003	+ 2,7%	33.650,815	+ 2,5%	3.558,399	+ 4,5%	2.317,788	+ 2,5%
2016	40.688,083	+ 2,9%	34.645,152	+ 3,0%	3.692,044	+ 3,8%	2.350,887	+ 1,4%
2017	41.523,143	+ 2,1%	35.366,385	+ 2,1%	3.803,079	+ 3,0%	2.353,679	+ 0,1%
2018	43.040,724	+ 3,7%	36.667,418	+ 3,7%	3.977,431	+ 4,6%	2.395,874	+ 1,8%
2019	44.951,987	+ 4,4%	38.317,996	+ 4,5%	4.180,900	+ 5,1%	2.453,090	+ 2,4%
2020	47.240,375	+ 5,1%	40.287,934	+ 5,1%	4.411,845	+ 5,5%	2.540,595	+ 3,6%
2021	49.558,672	+ 4,9%	42.302,679	+ 5,0%	4.667,925	+ 5,8%	2.588,068	+ 1,9%
2022	52.558,258	+ 6,1%	44.891,826	+ 6,1%	4.988,004	+ 6,9%	2.678,428	+ 3,5%
2023	57.208,066	+ 8,8%	48.888,898	+ 8,9%	5.504,009	+ 10,3%	2.815,158	+ 5,1%
2024	63.550,925	+ 11,1%	54.332,767	+ 11,1%	6.199,237	+ 12,6%	3.018,921	+ 7,2%
2025	68.103,983	+ 7,2%	58.146,910	+ 7,0%	6.775,419	+ 9,3%	3.181,654	+ 5,4%
2026	71.205,854	+ 4,6%	60.812,867	+ 4,6%	7.120,189	+ 5,1%	3.272,798	+ 2,9%
2027	74.716,832	+ 4,9%	63.798,961	+ 4,9%	7.599,191	+ 6,7%	3.318,679	+ 1,4%
2028	78.202,198	+ 4,7%	66.792,239	+ 4,7%	8.013,195	+ 5,4%	3.396,763	+ 2,4%
2029	81.330,465	+ 4,0%	69.509,816	+ 4,1%	8.369,910	+ 4,5%	3.450,739	+ 1,6%
2030	84.550,056	+ 4,0%	72.311,110	+ 4,0%	8.738,463	+ 4,4%	3.500,483	+ 1,4%
2031	87.799,571	+ 3,8%	75.144,760	+ 3,9%	9.106,508	+ 4,2%	3.548,303	+ 1,4%

pv2611	gesamte PV		davon ASVG		GSVG+FSVG		BSVG	
1970	685,300		525,930		106,610		52,760	
1980	1.619,590		743,600		434,360		441,630	
1981	1.753,590	+ 8,3%	764,720	+ 2,8%	504,210	+ 16,1%	484,660	+ 9,7%
1982	2.255,770	+ 28,6%	1.167,280	+ 52,6%	554,850	+ 10,0%	533,640	+ 10,1%
1983	2.773,270	+ 22,9%	1.594,880	+ 36,6%	602,600	+ 8,6%	575,790	+ 7,9%
1984	2.918,250	+ 5,2%	1.739,500	+ 9,1%	596,570	- 1,0%	582,180	+ 1,1%
1985	2.985,900	+ 2,3%	1.759,190	+ 1,1%	613,640	+ 2,9%	613,070	+ 5,3%
1986	3.198,190	+ 7,1%	1.953,750	+ 11,1%	594,820	- 3,1%	649,620	+ 6,0%
1987	3.695,630	+ 15,6%	2.282,220	+ 16,8%	726,510	+ 22,1%	686,900	+ 5,7%
1988	3.791,450	+ 2,6%	2.351,020	+ 3,0%	748,160	+ 3,0%	692,270	+ 0,8%
1989	3.876,670	+ 2,2%	2.360,510	+ 0,4%	785,090	+ 4,9%	731,070	+ 5,6%
1990	3.719,690	- 4,0%	2.046,280	- 13,3%	857,170	+ 9,2%	816,240	+ 11,7%
1991	4.083,460	+ 9,8%	2.257,100	+ 10,3%	931,020	+ 8,6%	895,340	+ 9,7%
1992	4.105,130	+ 0,5%	2.190,900	- 2,9%	953,360	+ 2,4%	960,870	+ 7,3%
1993	4.177,680	+ 1,8%	2.183,570	- 0,3%	1.008,950	+ 5,8%	985,160	+ 2,5%
1994	4.172,260	- 0,1%	2.095,400	- 4,0%	1.064,610	+ 5,5%	1.012,250	+ 2,7%
1995	4.611,640	+ 10,5%	2.450,760	+ 17,0%	1.102,230	+ 3,5%	1.058,650	+ 4,6%
1996	4.710,380	+ 2,1%	2.546,390	+ 3,9%	1.088,300	- 1,3%	1.075,690	+ 1,6%
1997	4.792,740	+ 1,7%	2.715,570	+ 6,6%	1.008,080	- 7,4%	1.069,090	- 0,6%
1998	4.920,730	+ 2,7%	2.835,500	+ 4,4%	1.005,950	- 0,2%	1.079,280	+ 1,0%
1999	5.218,180	+ 6,0%	3.081,200	+ 8,7%	1.029,660	+ 2,4%	1.107,320	+ 2,6%
2000	4.895,290	- 6,2%	2.656,960	- 13,8%	1.084,320	+ 5,3%	1.154,010	+ 4,2%
2001	4.989,201	+ 1,9%	2.946,964	+ 10,9%	817,410	- 24,6%	1.224,827	+ 6,1%
2002	5.682,744	+ 13,9%	3.289,943	+ 11,6%	1.119,057	+ 36,9%	1.273,744	+ 4,0%
2003	6.677,850	+ 17,5%	4.286,977	+ 30,3%	1.112,834	- 0,6%	1.278,039	+ 0,3%
2004	6.714,844	+ 0,6%	4.301,197	+ 0,3%	1.107,173	- 0,5%	1.306,475	+ 2,2%
2005	6.558,572	- 2,3%	3.894,253	- 9,5%	1.260,355	+ 13,8%	1.403,964	+ 7,5%
2006	6.735,669	+ 2,7%	4.039,331	+ 3,7%	1.242,988	- 1,4%	1.453,350	+ 3,5%
2007	6.916,274	+ 2,7%	4.107,797	+ 1,7%	1.294,920	+ 4,2%	1.513,557	+ 4,1%
2008	7.458,658	+ 7,8%	4.478,111	+ 9,0%	1.381,803	+ 6,7%	1.598,744	+ 5,6%
2009	8.546,778	+ 14,6%	5.445,612	+ 21,6%	1.434,724	+ 3,8%	1.666,442	+ 4,2%
2010	8.751,494	+ 2,4%	5.494,215	+ 0,9%	1.564,952	+ 9,1%	1.692,327	+ 1,6%
2011	8.852,872	+ 1,2%	5.617,401	+ 2,2%	1.529,388	- 2,3%	1.706,083	+ 0,8%
2012	9.569,167	+ 8,1%	6.202,359	+ 10,4%	1.609,762	+ 5,3%	1.757,046	+ 3,0%
2013	9.659,696	+ 0,9%	6.406,379	+ 3,3%	1.461,154	- 9,2%	1.792,163	+ 2,0%
2014	10.067,657	+ 4,2%	6.510,195	+ 1,6%	1.729,976	+ 18,4%	1.827,485	+ 2,0%
2015	9.941,049	- 1,3%	6.357,096	- 2,4%	1.736,058	+ 0,4%	1.847,895	+ 1,1%
2016	9.855,761	- 0,9%	6.257,517	- 1,6%	1.723,193	- 0,7%	1.875,051	+ 1,5%
2017	8.768,139	- 11,0%	5.128,198	- 18,0%	1.768,089	+ 2,6%	1.871,852	- 0,2%
2018	9.396,958	+ 7,2%	5.697,251	+ 11,1%	1.823,676	+ 3,1%	1.876,032	+ 0,2%
2019	9.577,270	+ 1,9%	5.743,686	+ 0,8%	1.916,464	+ 5,1%	1.917,120	+ 2,2%
2020	11.251,139	+ 17,5%	6.942,789	+ 20,9%	2.297,261	+ 19,9%	2.011,089	+ 4,9%
2021	11.847,880	+ 5,3%	7.607,791	+ 9,6%	2.190,159	- 4,7%	2.049,930	+ 1,9%
2022	12.697,730	+ 7,2%	8.146,307	+ 7,1%	2.417,749	+ 10,4%	2.133,675	+ 4,1%
2023	14.153,810	+ 11,5%	9.058,539	+ 11,2%	2.836,346	+ 17,3%	2.258,925	+ 5,9%
2024	17.068,196	+ 20,6%	11.222,758	+ 23,9%	3.378,313	+ 19,1%	2.467,125	+ 9,2%
2025	19.256,710	+ 12,8%	12.875,973	+ 14,7%	3.773,329	+ 11,7%	2.607,408	+ 5,7%
2026	20.499,511	+ 6,5%	13.861,899	+ 7,7%	3.893,210	+ 3,2%	2.744,402	+ 5,3%
2027	21.385,122	+ 4,3%	14.609,190	+ 5,4%	4.114,400	+ 5,7%	2.661,533	- 3,0%
2028	22.835,448	+ 6,8%	15.725,248	+ 7,6%	4.383,931	+ 6,6%	2.726,269	+ 2,4%
2029	24.114,876	+ 5,6%	16.735,725	+ 6,4%	4.610,426	+ 5,2%	2.768,726	+ 1,6%
2030	25.583,627	+ 6,1%	17.929,956	+ 7,1%	4.844,734	+ 5,1%	2.808,937	+ 1,5%
2031	27.167,282	+ 6,2%	19.249,821	+ 7,4%	5.070,358	+ 4,7%	2.847,104	+ 1,4%

Bruttoinlandsprodukt, Aufwendungen des Bundes

in Mio. Euro

pv2611	BIP ab 1995 gem. ESVG 2010		Aufwendungen des Bundes *) lt. Ergebnisrechnung	
1970	27.316,260		7.021,000	
1980	73.845,770		20.953,000	
1981	78.613,110	+ 6,5%	22.913,000	+ 9,4%
1982	84.385,510	+ 7,3%	25.258,000	+ 10,2%
1983	89.923,910	+ 6,6%	27.778,000	+ 10,0%
1984	94.402,740	+ 5,0%	29.237,000	+ 5,3%
1985	99.496,380	+ 5,4%	31.468,000	+ 7,6%
1986	104.579,120	+ 5,1%	33.776,000	+ 7,3%
1987	108.582,660	+ 3,8%	34.836,000	+ 3,1%
1988	118.580,000	+ 9,2%	37.632,000	+ 8,0%
1989	126.840,000	+ 7,0%	39.292,000	+ 4,4%
1990	136.210,000	+ 7,4%	41.041,000	+ 4,5%
1991	146.080,000	+ 7,2%	45.047,000	+ 9,8%
1992	154.210,000	+ 5,6%	47.816,000	+ 6,1%
1993	159.160,000	+ 3,2%	50.848,000	+ 6,3%
1994	167.010,000	+ 4,9%	53.156,000	+ 4,5%
1995	175.916,998	+ 5,3%	55.565,000	+ 4,5%
1996	181.541,916	+ 3,2%	54.853,000	- 1,3%
1997	187.778,736	+ 3,4%	54.478,000	- 0,7%
1998	195.274,450	+ 4,0%	56.510,000	+ 3,7%
1999	203.064,920	+ 4,0%	57.249,000	+ 1,3%
2000	212.406,815	+ 4,6%	58.247,000	+ 1,7%
2001	219.373,302	+ 3,3%	60.409,000	+ 3,7%
2002	225.087,921	+ 2,6%	61.818,000	+ 2,3%
2003	230.541,872	+ 2,4%	61.387,000	- 0,7%
2004	240.541,727	+ 4,3%	64.977,000	+ 5,8%
2005	252.354,933	+ 4,9%	66.041,000	+ 1,6%
2006	265.933,651	+ 5,4%	70.561,000	+ 6,8%
2007	282.208,227	+ 6,1%	72.332,000	+ 2,5%
2008	291.846,203	+ 3,4%	80.298,000	+ 11,0%
2009	286.274,126	- 1,9%	69.457,000	- 13,5%
2010	294.050,606	+ 2,7%	67.287,000	- 3,1%
2011	308.167,045	+ 4,8%	67.814,000	+ 0,8%
2012	316.589,410	+ 2,7%	72.880,000	+ 7,5%
2013	321.191,709	+ 1,5%	78.110,000	+ 7,2%
2014	330.113,483	+ 2,8%	79.849,000	+ 2,2%
2015	342.083,540	+ 3,6%	79.201,000	- 0,8%
2016	355.665,600	+ 4,0%	82.809,000	+ 4,6%
2017	367.294,903	+ 3,3%	78.945,730	- 4,7%
2018	383.234,317	+ 4,3%	79.925,950	+ 1,2%
2019	395.706,770	+ 3,3%	81.001,760	+ 1,3%
2020	380.317,879	- 3,9%	100.129,230	+ 23,6%
2021	406.231,494	+ 6,8%	105.417,020	+ 5,3%
2022	449.384,617	+ 10,6%	106.463,710	+ 1,0%
2023	479.907,754	+ 6,8%	109.420,630	+ 2,8%
2024	499.949,913	+ 4,2%	119.329,710	+ 9,1%
2025	518.196,086	+ 3,6%	121.316,990	+ 1,7%
2026	534.079,100	+ 3,1%		
2027	553.641,100	+ 3,7%		
2028	573.478,100	+ 3,6%		
2029	593.705,400	+ 3,5%		
2030	612.951,300	+ 3,2%		
2031	631.965,400	+ 3,1%		

*) bis 2012 Allgemeiner Haushalt lt. Bundesrechnungsabschluss

ab 2013: Aufwendungen (Ergebnishaushalt) lt. Bundesrechnungsabschluss (Rechnungshof)

Daten auf Basis der neuen Haushaltsrechtslage sind nur bedingt mit den Vorperioden vergleichbar (Zeitreihenbrüche: 2008/2009 und 2012/2013)

Erträge der PV in % des Bruttoinlandsproduktes

(ohne Bundesmittel)

pv2611	gesamte PV	davon ASVG	davon GSVG+FSVG	davon BSVG
1970	5,70%	5,38%	0,21%	0,11%
1980	7,75%	7,25%	0,30%	0,21%
1981	7,85%	7,39%	0,26%	0,20%
1982	7,60%	7,17%	0,25%	0,18%
1983	7,39%	6,97%	0,24%	0,17%
1984	7,78%	7,28%	0,29%	0,21%
1985	7,91%	7,38%	0,31%	0,21%
1986	7,96%	7,38%	0,38%	0,21%
1987	7,88%	7,37%	0,30%	0,21%
1988	7,54%	7,04%	0,29%	0,21%
1989	7,53%	7,04%	0,29%	0,20%
1990	7,81%	7,35%	0,28%	0,19%
1991	7,80%	7,35%	0,27%	0,18%
1992	7,85%	7,39%	0,29%	0,18%
1993	7,99%	7,51%	0,29%	0,18%
1994	7,95%	7,46%	0,30%	0,18%
1995	7,83%	7,34%	0,31%	0,18%
1996	8,03%	7,50%	0,34%	0,19%
1997	7,98%	7,40%	0,39%	0,20%
1998	7,95%	7,36%	0,40%	0,20%
1999	7,93%	7,33%	0,41%	0,19%
2000	8,20%	7,61%	0,40%	0,19%
2001	8,32%	7,59%	0,54%	0,19%
2002	8,11%	7,50%	0,42%	0,18%
2003	7,80%	7,17%	0,45%	0,19%
2004	7,74%	7,10%	0,46%	0,18%
2005	7,78%	7,22%	0,41%	0,15%
2006	7,74%	7,18%	0,43%	0,14%
2007	7,68%	7,12%	0,42%	0,13%
2008	7,77%	7,22%	0,42%	0,13%
2009	8,10%	7,50%	0,46%	0,14%
2010	8,24%	7,66%	0,44%	0,13%
2011	8,18%	7,58%	0,46%	0,13%
2012	8,24%	7,64%	0,47%	0,13%
2013	8,54%	7,85%	0,55%	0,14%
2014	8,61%	7,97%	0,51%	0,13%
2015	8,65%	7,98%	0,53%	0,14%
2016	8,67%	7,98%	0,55%	0,13%
2017	8,92%	8,23%	0,55%	0,13%
2018	8,78%	8,08%	0,56%	0,14%
2019	8,94%	8,23%	0,57%	0,14%
2020	9,46%	8,77%	0,56%	0,14%
2021	9,28%	8,54%	0,61%	0,13%
2022	8,87%	8,18%	0,57%	0,12%
2023	8,97%	8,30%	0,56%	0,12%
2024	9,30%	8,62%	0,56%	0,11%
2025	9,43%	8,74%	0,58%	0,11%
2026	9,49%	8,79%	0,60%	0,10%
2027	9,63%	8,88%	0,63%	0,12%
2028	9,65%	8,90%	0,63%	0,12%
2029	9,64%	8,89%	0,63%	0,11%
2030	9,62%	8,87%	0,64%	0,11%
2031	9,59%	8,84%	0,64%	0,11%

Aufwendungen der PV in % des Bruttoinlandsproduktes

(ohne AZ)

pv2611	gesamte PV	davon ASVG	davon GSVG+FSVG	davon BSVG
1970	7,53%	6,80%	0,48%	0,25%
1980	9,29%	7,85%	0,80%	0,65%
1981	9,48%	8,01%	0,82%	0,66%
1982	9,69%	8,21%	0,82%	0,66%
1983	9,91%	8,41%	0,84%	0,66%
1984	10,21%	8,68%	0,85%	0,67%
1985	10,37%	8,81%	0,86%	0,69%
1986	10,53%	8,96%	0,88%	0,69%
1987	10,84%	9,22%	0,92%	0,71%
1988	10,33%	8,79%	0,87%	0,67%
1989	10,22%	8,69%	0,86%	0,66%
1990	10,14%	8,62%	0,86%	0,66%
1991	10,18%	8,65%	0,87%	0,66%
1992	10,22%	8,68%	0,87%	0,67%
1993	10,15%	8,61%	0,88%	0,66%
1994	9,95%	8,42%	0,89%	0,64%
1995	9,99%	8,45%	0,89%	0,65%
1996	10,19%	8,64%	0,89%	0,66%
1997	10,10%	8,58%	0,88%	0,64%
1998	10,07%	8,56%	0,87%	0,63%
1999	10,13%	8,62%	0,88%	0,63%
2000	10,16%	8,66%	0,88%	0,63%
2001	10,20%	8,68%	0,88%	0,65%
2002	10,23%	8,70%	0,89%	0,64%
2003	10,23%	8,71%	0,89%	0,64%
2004	10,20%	8,68%	0,90%	0,62%
2005	10,06%	8,57%	0,88%	0,61%
2006	9,95%	8,49%	0,87%	0,60%
2007	9,80%	8,37%	0,85%	0,58%
2008	10,00%	8,54%	0,87%	0,59%
2009	10,74%	9,17%	0,94%	0,63%
2010	10,88%	9,30%	0,95%	0,62%
2011	10,73%	9,19%	0,94%	0,61%
2012	10,95%	9,38%	0,95%	0,61%
2013	11,23%	9,63%	0,98%	0,62%
2014	11,35%	9,73%	1,01%	0,61%
2015	11,27%	9,64%	1,02%	0,61%
2016	11,17%	9,55%	1,02%	0,60%
2017	11,04%	9,44%	1,02%	0,58%
2018	10,98%	9,39%	1,02%	0,57%
2019	11,11%	9,51%	1,04%	0,57%
2020	12,14%	10,40%	1,14%	0,61%
2021	11,93%	10,22%	1,13%	0,58%
2022	11,45%	9,82%	1,09%	0,55%
2023	11,68%	10,01%	1,13%	0,54%
2024	12,46%	10,68%	1,22%	0,56%
2025	12,89%	11,03%	1,29%	0,57%
2026	13,08%	11,20%	1,31%	0,57%
2027	13,25%	11,34%	1,35%	0,56%
2028	13,39%	11,46%	1,38%	0,56%
2029	13,46%	11,53%	1,39%	0,55%
2030	13,56%	11,62%	1,41%	0,54%
2031	13,67%	11,71%	1,42%	0,53%

Gesamtaufwendungen der PV in % des Bruttoinlandsproduktes

(Aufwendungen und Ersatz für AZ)

pv2611	gesamte PV	davon ASVG	davon GSVG+FSVG	davon BSVG
1970	8,02%	7,17%	0,60%	0,25%
1980	9,85%	8,17%	0,88%	0,80%
1981	10,02%	8,32%	0,90%	0,81%
1982	10,22%	8,51%	0,90%	0,81%
1983	10,42%	8,70%	0,91%	0,81%
1984	10,71%	8,96%	0,92%	0,82%
1985	10,83%	9,08%	0,93%	0,83%
1986	10,98%	9,21%	0,94%	0,83%
1987	11,27%	9,46%	0,97%	0,84%
1988	10,73%	9,02%	0,92%	0,79%
1989	10,58%	8,90%	0,91%	0,77%
1990	10,53%	8,84%	0,91%	0,79%
1991	10,59%	8,89%	0,91%	0,79%
1992	10,65%	8,93%	0,92%	0,81%
1993	10,62%	8,88%	0,93%	0,80%
1994	10,45%	8,72%	0,94%	0,79%
1995	10,45%	8,73%	0,93%	0,78%
1996	10,62%	8,90%	0,94%	0,78%
1997	10,53%	8,84%	0,92%	0,77%
1998	10,47%	8,81%	0,91%	0,75%
1999	10,50%	8,85%	0,91%	0,74%
2000	10,51%	8,87%	0,91%	0,73%
2001	10,60%	8,94%	0,91%	0,75%
2002	10,64%	8,97%	0,92%	0,75%
2003	10,70%	9,03%	0,93%	0,74%
2004	10,53%	8,89%	0,92%	0,72%
2005	10,38%	8,77%	0,91%	0,70%
2006	10,27%	8,70%	0,89%	0,69%
2007	10,13%	8,58%	0,88%	0,67%
2008	10,33%	8,76%	0,89%	0,68%
2009	11,09%	9,40%	0,96%	0,72%
2010	11,21%	9,53%	0,98%	0,71%
2011	11,05%	9,40%	0,96%	0,68%
2012	11,26%	9,60%	0,98%	0,69%
2013	11,55%	9,85%	1,01%	0,69%
2014	11,66%	9,94%	1,03%	0,69%
2015	11,55%	9,84%	1,04%	0,68%
2016	11,44%	9,74%	1,04%	0,66%
2017	11,31%	9,63%	1,04%	0,64%
2018	11,23%	9,57%	1,04%	0,63%
2019	11,36%	9,68%	1,06%	0,62%
2020	12,42%	10,59%	1,16%	0,67%
2021	12,20%	10,41%	1,15%	0,64%
2022	11,70%	9,99%	1,11%	0,60%
2023	11,92%	10,19%	1,15%	0,59%
2024	12,71%	10,87%	1,24%	0,60%
2025	13,14%	11,22%	1,31%	0,61%
2026	13,33%	11,39%	1,33%	0,61%
2027	13,50%	11,52%	1,37%	0,60%
2028	13,64%	11,65%	1,40%	0,59%
2029	13,70%	11,71%	1,41%	0,58%
2030	13,79%	11,80%	1,43%	0,57%
2031	13,89%	11,89%	1,44%	0,56%

Bundesbeitrag zur PV in % des Bruttoinlandsproduktes

(gesamt; ohne AZ)

pv2611	gesamte PV	davon ASVG	davon GSVG+FSVG	davon BSVG
1970	2,02%	1,55%	0,27%	0,19%
1980	1,64%	0,69%	0,51%	0,45%
1981	1,69%	0,66%	0,56%	0,47%
1982	2,14%	1,08%	0,58%	0,48%
1983	2,57%	1,48%	0,60%	0,49%
1984	2,59%	1,56%	0,56%	0,47%
1985	2,53%	1,50%	0,55%	0,48%
1986	2,62%	1,62%	0,51%	0,49%
1987	2,97%	1,86%	0,61%	0,50%
1988	2,80%	1,75%	0,58%	0,46%
1989	2,69%	1,65%	0,57%	0,47%
1990	2,34%	1,28%	0,58%	0,47%
1991	2,39%	1,31%	0,59%	0,48%
1992	2,23%	1,17%	0,57%	0,49%
1993	2,16%	1,10%	0,58%	0,48%
1994	2,01%	0,96%	0,59%	0,46%
1995	2,16%	1,11%	0,58%	0,47%
1996	2,16%	1,14%	0,55%	0,46%
1997	2,12%	1,18%	0,49%	0,44%
1998	2,11%	1,21%	0,48%	0,43%
1999	2,20%	1,29%	0,47%	0,43%
2000	1,96%	1,04%	0,48%	0,44%
2001	1,87%	1,08%	0,34%	0,45%
2002	2,12%	1,20%	0,46%	0,46%
2003	2,43%	1,54%	0,44%	0,45%
2004	2,45%	1,58%	0,43%	0,44%
2005	2,28%	1,34%	0,47%	0,46%
2006	2,21%	1,32%	0,44%	0,46%
2007	2,12%	1,24%	0,43%	0,45%
2008	2,22%	1,32%	0,45%	0,46%
2009	2,64%	1,67%	0,48%	0,49%
2010	2,64%	1,64%	0,51%	0,49%
2011	2,56%	1,61%	0,47%	0,47%
2012	2,71%	1,75%	0,49%	0,48%
2013	2,69%	1,78%	0,43%	0,48%
2014	2,74%	1,76%	0,50%	0,48%
2015	2,62%	1,66%	0,49%	0,47%
2016	2,50%	1,57%	0,47%	0,46%
2017	2,12%	1,21%	0,46%	0,45%
2018	2,20%	1,31%	0,46%	0,43%
2019	2,17%	1,27%	0,47%	0,43%
2020	2,68%	1,63%	0,58%	0,47%
2021	2,65%	1,68%	0,52%	0,45%
2022	2,58%	1,64%	0,52%	0,43%
2023	2,71%	1,71%	0,57%	0,43%
2024	3,16%	2,06%	0,66%	0,45%
2025	3,46%	2,30%	0,71%	0,46%
2026	3,59%	2,41%	0,71%	0,47%
2027	3,62%	2,45%	0,72%	0,44%
2028	3,74%	2,56%	0,74%	0,44%
2029	3,82%	2,64%	0,76%	0,43%
2030	3,94%	2,75%	0,77%	0,42%
2031	4,07%	2,87%	0,78%	0,42%

Bundesmittel zur PV in % des Bruttoinlandsproduktes

(Bundesbeitrag gesamt und AZ)

pv2611	gesamte PV	davon ASVG	davon GSVG+FSVG	davon BSVG
1970	2,51%	1,93%	0,39%	0,19%
1980	2,19%	1,01%	0,59%	0,60%
1981	2,23%	0,97%	0,64%	0,62%
1982	2,67%	1,38%	0,66%	0,63%
1983	3,08%	1,77%	0,67%	0,64%
1984	3,09%	1,84%	0,63%	0,62%
1985	3,00%	1,77%	0,62%	0,62%
1986	3,06%	1,87%	0,57%	0,62%
1987	3,40%	2,10%	0,67%	0,63%
1988	3,20%	1,98%	0,63%	0,58%
1989	3,06%	1,86%	0,62%	0,58%
1990	2,73%	1,50%	0,63%	0,60%
1991	2,80%	1,55%	0,64%	0,61%
1992	2,66%	1,42%	0,62%	0,62%
1993	2,62%	1,37%	0,63%	0,62%
1994	2,50%	1,25%	0,64%	0,61%
1995	2,62%	1,39%	0,63%	0,60%
1996	2,59%	1,40%	0,60%	0,59%
1997	2,55%	1,45%	0,54%	0,57%
1998	2,52%	1,45%	0,52%	0,55%
1999	2,57%	1,52%	0,51%	0,55%
2000	2,30%	1,25%	0,51%	0,54%
2001	2,27%	1,34%	0,37%	0,56%
2002	2,52%	1,46%	0,50%	0,57%
2003	2,90%	1,86%	0,48%	0,55%
2004	2,79%	1,79%	0,46%	0,54%
2005	2,60%	1,54%	0,50%	0,56%
2006	2,53%	1,52%	0,47%	0,55%
2007	2,45%	1,46%	0,46%	0,54%
2008	2,56%	1,53%	0,47%	0,55%
2009	2,99%	1,90%	0,50%	0,58%
2010	2,98%	1,87%	0,53%	0,58%
2011	2,87%	1,82%	0,50%	0,55%
2012	3,02%	1,96%	0,51%	0,55%
2013	3,01%	1,99%	0,45%	0,56%
2014	3,05%	1,97%	0,52%	0,55%
2015	2,91%	1,86%	0,51%	0,54%
2016	2,77%	1,76%	0,48%	0,53%
2017	2,39%	1,40%	0,48%	0,51%
2018	2,45%	1,49%	0,48%	0,49%
2019	2,42%	1,45%	0,48%	0,48%
2020	2,96%	1,83%	0,60%	0,53%
2021	2,92%	1,87%	0,54%	0,50%
2022	2,83%	1,81%	0,54%	0,47%
2023	2,95%	1,89%	0,59%	0,47%
2024	3,41%	2,24%	0,68%	0,49%
2025	3,72%	2,48%	0,73%	0,50%
2026	3,84%	2,60%	0,73%	0,51%
2027	3,86%	2,64%	0,74%	0,48%
2028	3,98%	2,74%	0,76%	0,48%
2029	4,06%	2,82%	0,78%	0,47%
2030	4,17%	2,93%	0,79%	0,46%
2031	4,30%	3,05%	0,80%	0,45%

Bundesbeitrag zur PV in % der Aufwendungen des Bundes

(gesamt; ohne AZ)

Register 13

pv2611	gesamte PV	davon ASVG	davon GSVG+FSVG	davon BSVG
1970	7,84%	6,04%	1,05%	0,75%
1980	5,78%	2,42%	1,78%	1,58%
1981	5,80%	2,27%	1,93%	1,60%
1982	7,16%	3,59%	1,94%	1,62%
1983	8,33%	4,80%	1,94%	1,60%
1984	8,37%	5,03%	1,82%	1,52%
1985	8,01%	4,75%	1,75%	1,51%
1986	8,10%	5,00%	1,58%	1,51%
1987	9,27%	5,79%	1,91%	1,57%
1988	8,81%	5,52%	1,83%	1,46%
1989	8,69%	5,33%	1,85%	1,50%
1990	7,75%	4,26%	1,94%	1,56%
1991	7,74%	4,26%	1,92%	1,56%
1992	7,18%	3,77%	1,84%	1,57%
1993	6,77%	3,44%	1,83%	1,50%
1994	6,31%	3,02%	1,84%	1,45%
1995	6,83%	3,53%	1,83%	1,48%
1996	7,13%	3,76%	1,83%	1,53%
1997	7,30%	4,07%	1,70%	1,53%
1998	7,30%	4,17%	1,64%	1,49%
1999	7,79%	4,59%	1,67%	1,53%
2000	7,14%	3,80%	1,74%	1,60%
2001	6,80%	3,94%	1,22%	1,64%
2002	7,70%	4,35%	1,68%	1,67%
2003	9,12%	5,78%	1,66%	1,67%
2004	9,09%	5,85%	1,60%	1,64%
2005	8,70%	5,12%	1,81%	1,77%
2006	8,34%	4,96%	1,67%	1,72%
2007	8,28%	4,84%	1,69%	1,74%
2008	8,08%	4,78%	1,63%	1,67%
2009	10,89%	6,90%	1,96%	2,03%
2010	11,55%	7,18%	2,22%	2,14%
2011	11,62%	7,30%	2,16%	2,16%
2012	11,78%	7,58%	2,12%	2,08%
2013	11,08%	7,31%	1,78%	1,98%
2014	11,33%	7,27%	2,08%	1,99%
2015	11,30%	7,16%	2,11%	2,04%
2016	10,73%	6,74%	2,00%	1,99%
2017	9,87%	5,62%	2,15%	2,09%
2018	10,53%	6,26%	2,20%	2,08%
2019	10,61%	6,22%	2,28%	2,11%
2020	10,19%	6,18%	2,22%	1,79%
2021	10,22%	6,48%	2,00%	1,74%
2022	10,91%	6,92%	2,19%	1,80%
2023	11,87%	7,50%	2,51%	1,86%
2024	13,25%	8,63%	2,75%	1,88%
2025	14,80%	9,81%	3,02%	1,96%

Bundesmittel zur PV in % der Aufwendungen des Bundes

(Bundesbeitrag gesamt und AZ)

Register 14

pv2611	gesamte PV	davon ASVG	davon GSVG+FSVG	davon BSVG
1970	9,76%	7,49%	1,52%	0,75%
1980	7,73%	3,55%	2,07%	2,11%
1981	7,65%	3,34%	2,20%	2,12%
1982	8,93%	4,62%	2,20%	2,11%
1983	9,98%	5,74%	2,17%	2,07%
1984	9,98%	5,95%	2,04%	1,99%
1985	9,49%	5,59%	1,95%	1,95%
1986	9,47%	5,78%	1,76%	1,92%
1987	10,61%	6,55%	2,09%	1,97%
1988	10,08%	6,25%	1,99%	1,84%
1989	9,87%	6,01%	2,00%	1,86%
1990	9,06%	4,99%	2,09%	1,99%
1991	9,06%	5,01%	2,07%	1,99%
1992	8,59%	4,58%	1,99%	2,01%
1993	8,22%	4,29%	1,98%	1,94%
1994	7,85%	3,94%	2,00%	1,90%
1995	8,30%	4,41%	1,98%	1,91%
1996	8,59%	4,64%	1,98%	1,96%
1997	8,80%	4,98%	1,85%	1,96%
1998	8,71%	5,02%	1,78%	1,91%
1999	9,11%	5,38%	1,80%	1,93%
2000	8,40%	4,56%	1,86%	1,98%
2001	8,26%	4,88%	1,35%	2,03%
2002	9,19%	5,32%	1,81%	2,06%
2003	10,88%	6,98%	1,81%	2,08%
2004	10,33%	6,62%	1,70%	2,01%
2005	9,93%	5,90%	1,91%	2,13%
2006	9,55%	5,72%	1,76%	2,06%
2007	9,56%	5,68%	1,79%	2,09%
2008	9,29%	5,58%	1,72%	1,99%
2009	12,31%	7,84%	2,07%	2,40%
2010	13,01%	8,17%	2,33%	2,52%
2011	13,05%	8,28%	2,26%	2,52%
2012	13,13%	8,51%	2,21%	2,41%
2013	12,37%	8,20%	1,87%	2,29%
2014	12,61%	8,15%	2,17%	2,29%
2015	12,55%	8,03%	2,19%	2,33%
2016	11,90%	7,56%	2,08%	2,26%
2017	11,11%	6,50%	2,24%	2,37%
2018	11,76%	7,13%	2,28%	2,35%
2019	11,82%	7,09%	2,37%	2,37%
2020	11,24%	6,93%	2,29%	2,01%
2021	11,24%	7,22%	2,08%	1,94%
2022	11,93%	7,65%	2,27%	2,00%
2023	12,94%	8,28%	2,59%	2,06%
2024	14,30%	9,40%	2,83%	2,07%
2025	15,87%	10,61%	3,11%	2,15%

Stand:
30.10.26

Deckungsrate der Aufwendungen der PV durch Bundesbeiträge

(ohne AZ)

pv2611	gesamte PV	davon ASVG	davon GSVG+FSVG	davon BSVG
1970	26,77%	22,85%	56,15%	76,50%
1980	17,65%	8,77%	63,41%	68,67%
1981	17,83%	8,26%	68,89%	70,75%
1982	22,10%	13,11%	70,58%	73,18%
1983	25,98%	17,62%	71,65%	74,19%
1984	25,40%	17,94%	66,10%	69,71%
1985	24,45%	17,03%	64,23%	69,48%
1986	24,83%	18,04%	57,81%	70,50%
1987	27,43%	20,14%	66,98%	70,93%
1988	27,06%	19,93%	66,63%	69,15%
1989	26,34%	19,00%	66,55%	70,28%
1990	23,04%	14,87%	67,92%	71,57%
1991	23,43%	15,17%	68,22%	72,71%
1992	21,79%	13,47%	65,44%	72,82%
1993	21,30%	12,78%	66,44%	72,22%
1994	20,16%	11,40%	65,83%	71,80%
1995	21,62%	13,18%	65,23%	71,86%
1996	21,16%	13,16%	62,21%	70,75%
1997	20,98%	13,77%	56,04%	69,37%
1998	20,98%	14,09%	54,41%	68,26%
1999	21,69%	15,00%	53,68%	69,01%
2000	19,26%	12,03%	54,36%	69,96%
2001	18,34%	12,49%	38,36%	69,72%
2002	20,68%	13,74%	52,10%	71,31%
2003	23,73%	17,69%	49,82%	70,14%
2004	24,07%	18,19%	48,18%	71,25%
2005	22,64%	15,65%	53,71%	75,82%
2006	22,23%	15,49%	50,94%	76,50%
2007	21,65%	14,84%	50,80%	77,00%
2008	22,24%	15,41%	51,59%	77,94%
2009	24,60%	18,24%	50,79%	78,06%
2010	24,29%	17,67%	53,41%	78,60%
2011	23,82%	17,49%	50,58%	78,34%
2012	24,76%	18,60%	51,05%	78,17%
2013	23,98%	18,46%	44,07%	78,07%
2014	24,15%	18,07%	49,82%	78,51%
2015	23,23%	17,20%	47,80%	77,45%
2016	22,37%	16,43%	45,70%	77,60%
2017	19,21%	12,80%	45,50%	77,39%
2018	20,02%	13,91%	44,89%	76,18%
2019	19,55%	13,39%	44,92%	76,16%
2020	22,08%	15,66%	51,22%	77,15%
2021	22,22%	16,45%	45,96%	77,30%
2022	22,56%	16,69%	47,60%	77,87%
2023	23,18%	17,08%	50,73%	78,58%
2024	25,39%	19,27%	53,76%	80,25%
2025	26,87%	20,81%	54,99%	80,58%
2026	27,43%	21,50%	53,97%	82,71%
2027	27,29%	21,63%	53,44%	78,82%
2028	27,92%	22,31%	54,03%	78,95%
2029	28,41%	22,88%	54,43%	78,97%
2030	29,06%	23,63%	54,81%	79,02%
2031	29,79%	24,50%	55,07%	79,05%

Stand:
30.10.26

Deckungsrate der Gesamtaufwendungen der PV durch Bundesmittel

(inkl. AZ)

pv2611	gesamte PV	davon ASVG	davon GSVG+FSVG	davon BSVG
1970	31,27%	26,85%	64,99%	76,50%
1980	22,27%	12,33%	66,86%	74,57%
1981	22,26%	11,70%	71,65%	76,14%
1982	26,15%	16,25%	73,06%	78,10%
1983	29,60%	20,38%	73,86%	78,87%
1984	28,87%	20,55%	68,57%	75,10%
1985	27,70%	19,47%	66,63%	74,58%
1986	27,86%	20,29%	60,42%	75,22%
1987	30,20%	22,22%	68,85%	75,42%
1988	29,79%	21,98%	68,46%	73,82%
1989	28,88%	20,91%	68,21%	74,53%
1990	25,92%	16,99%	69,53%	76,22%
1991	26,39%	17,39%	69,84%	77,22%
1992	24,98%	15,91%	67,25%	77,39%
1993	24,73%	15,44%	68,26%	77,08%
1994	23,92%	14,39%	67,72%	76,99%
1995	25,09%	15,96%	67,02%	76,73%
1996	24,42%	15,75%	64,03%	75,56%
1997	24,23%	16,35%	58,11%	74,39%
1998	24,06%	16,49%	56,39%	73,44%
1999	24,48%	17,15%	55,49%	73,74%
2000	21,93%	14,11%	55,96%	74,30%
2001	21,45%	15,03%	40,80%	74,03%
2002	23,73%	16,30%	53,94%	75,43%
2003	27,08%	20,60%	52,01%	74,50%
2004	26,50%	20,12%	49,78%	75,22%
2005	25,04%	17,60%	55,05%	79,03%
2006	24,65%	17,47%	52,34%	79,63%
2007	24,20%	16,96%	52,22%	80,09%
2008	24,74%	17,52%	52,93%	80,81%
2009	26,93%	20,23%	52,07%	80,79%
2010	26,54%	19,61%	54,54%	81,16%
2011	26,00%	19,38%	51,72%	80,85%
2012	26,84%	20,41%	52,11%	80,59%
2013	26,04%	20,25%	45,24%	80,45%
2014	26,16%	19,84%	50,82%	80,80%
2015	25,15%	18,89%	48,79%	79,73%
2016	24,22%	18,06%	46,67%	79,76%
2017	21,12%	14,50%	46,49%	79,53%
2018	21,83%	15,54%	45,85%	78,30%
2019	21,31%	14,99%	45,84%	78,15%
2020	23,82%	17,23%	52,07%	79,16%
2021	23,91%	17,98%	46,92%	79,21%
2022	24,16%	18,15%	48,47%	79,66%
2023	24,74%	18,53%	51,53%	80,24%
2024	26,86%	20,66%	54,50%	81,72%
2025	28,28%	22,14%	55,69%	81,95%
2026	28,79%	22,79%	54,68%	83,85%
2027	28,62%	22,90%	54,14%	80,20%
2028	29,20%	23,54%	54,71%	80,26%
2029	29,65%	24,08%	55,08%	80,24%
2030	30,26%	24,80%	55,44%	80,24%
2031	30,94%	25,62%	55,68%	80,24%